

Integrationsarbeit im Nationalparklandkreis Birkenfeld



Konzept zur Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten im Nationalparklandkreis Birkenfeld unter besonderer Berücksichtigung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt

Februar 2018

mit finanzieller
Unterstützung durch



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR FAMILIE,
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Auftraggeber und Bearbeitung



Bearbeitung



Institut für
Regionalmanagement

Inhaltsübersicht

1	Einleitung	6
2	Erarbeitung	13
3	Aufbau der Konzeption	17
4	Übersicht: Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Birkenfeld	19
5	Übersicht: Leistungen und Akteure	23
6	Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung und Kompetenz	31
7	Handlungsfeld Sprache	37
8	Handlungsfeld KITA und Schule	43
9	Handlungsfeld Wohnen und Mobilität	51
10	Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	57
11	Handlungsfeld Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration	63
12	Handlungsfeld Familienleben und Gesundheit	70
13	Handlungsfeld Integrationsarbeit vor Ort - Akteurs- und Angebotslandschaft	76
14	Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit	84
15	Zentrale Erkenntnisse und Fragestellungen	88
16	Ausblick und nächste Schritte	94
17	Zusammenfassung	97
18	Eingeflossene Informationsquellen und Materialien	100

Impressum



Nationalparklandkreis
Birkenfeld

Auftraggeber und
Bearbeitung

Dr. Matthias Schneider
Landrat

Dirk Köbrich
Abteilungsleiter Soziales

Danica Brucker
Asylkoordination

Laura Brenner
Bildungskoordination



Ministerium für Familie,
Frauen, Jugend,
Integration und
Verbraucherschutz

Finanzielle
Unterstützung

Miguel Vicente
Beauftragter für Migration und Integration

Gerlinde Schneider
*Referat 723, Förderung der
Integrationsarbeit, ehrenamtliches
Engagement im Flüchtlingsbereich*



IfR Institut für
Regionalmanagement

Bearbeitung

Mathias Rettermayer
Sven Lachmann

Inhalt

1	Einleitung	6
1.1	Hintergrund und Anlass des Integrationskonzeptes	6
1.2	Wichtige Begriffe	6
1.3	Funktionen des Integrationskonzeptes	8
1.3.1	Orientierung für das Handeln des Landkreises	8
1.3.2	Orientierung für weitere handelnde Akteure	8
1.3.3	Instrument zur Herstellung von Transparenz: „Wer tut was“?	8
1.3.4	Informationen und Signale transportieren	9
1.3.5	Fördergrundlage für Umsetzungsprojekte	9
1.3.6	Steuerung der Integrationsmittel des Kreises	9
1.3.7	Vorbereitung auf künftige Entwicklungen und verstärkten Zuzug	9
1.4	Prämissen der Konzepterstellung	10
1.4.1	Betrachtete Zielgruppen	10
1.4.2	Konzept ist konzeptioneller Zwischenschritt in einem fortlaufenden Prozess	10
1.4.3	Offene Herangehensweise	10
1.4.4	Schwerpunkte herausarbeiten	11
1.4.5	„lebendes Konzept“ als Grundlage eines lebendigen Prozesses	11
1.5	Was kann das Konzept nicht leisten	11
2	Erarbeitung	13
2.1	Erarbeitung allgemein	13
2.2	Expertengespräche mit zentralen Akteuren	13
2.3	Einbindung der ehrenamtlich tätigen Personen im Kreis	15
2.4	Einbeziehung von Migranten	15
2.5	Steuerungsgruppe	16
2.6	Arbeitstreffen in der Kreisverwaltung	16
3	Aufbau der Konzeption	17
4	Übersicht: Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Birkenfeld	19
4.1	Integration: kein neues Thema - Erfahrungen im Landkreis	19
4.2	Statistische Dimension und Erfassbarkeit der Zuwanderung	19
4.3	Im Integrationskonzept zu unterscheidende Gruppen	20
5	Übersicht: Leistungen und Akteure	23
5.1	Wohlfahrtsverbände und Kirchen	23
5.2	Kommunen	25
5.3	Kreisverwaltung	27
5.4	Schulen und KITAs	28
5.5	Betreuung im Arbeitsmarkt	28
5.6	Ehrenamtliche / Private	29
5.7	Weitere Akteure und Institutionen	29
6	Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung und Kompetenz	31
6.1	Ist-Situation / Handlungsbedarfe	31
6.2	Zielsetzung	32
6.2.1	Interkulturelle Kompetenz stärken	32
6.2.2	Interkulturelle Öffnung stärken	32
6.2.3	Bewusstsein für die Bedeutung von Interkultureller Öffnung und Kompetenz erzeugen	33
6.3	Handlungsansätze	33
6.3.1	Schulungen für Migranten	33
6.3.2	Schulungen für Fachakteure	34
6.3.3	Information und Bewusstseinsbildung breite Bevölkerung: „Integration geht uns alle an“	35
6.3.4	Internationaler Integrations-Workshop: „Erwartungen – Kulturelle Unterschiede – gemeinsame Zukunft“	36
7	Handlungsfeld Sprache	37
7.1	Ist-Situation / Handlungsbedarfe	37

7.2	Zielsetzung	39
7.2.1	Sprache lernen und anwenden.....	39
7.2.2	Angebotslandschaft der Sprachkurse verbessern – alle Zielgruppen in den Blick nehmen	39
7.3	Handlungsansätze.....	39
7.3.1	Integrationskurs-Angebote weiter verbessern	40
7.3.2	Berufsbegleitender Spracherwerb.....	40
7.3.3	Alphabetisierungskurse	41
7.3.4	Dolmetscher-Pool.....	41
8	Handlungsfeld KITA und Schule	43
8.1	Ist Situation / Handlungsbedarfe	43
8.2	Zielsetzung	45
8.2.1	Rolle von KITAs und Schulen in der Integrationsarbeit weiter stärken: Ressourcen in den Einrichtungen schaffen und Unterstützung von außen geben.....	45
8.3	Handlungsansätze.....	45
8.3.1	Werbung für Besuch der Ganztagschule.....	46
8.3.2	Netzwerk Integrationsarbeit in Bildung und Betreuung	46
8.3.3	Traumata-Bewältigung.....	47
8.3.4	Stärkere Einbeziehung der Eltern: gemeinsame Aktivitäten.....	47
8.3.5	„Alle Kinder in die Kita“	48
8.3.6	„Mama lernt mit“: Sprachkurse an KITAs / Schulen.....	49
8.3.7	Informationsbroschüre „Kindsein in Deutschland“	49
9	Handlungsfeld Wohnen und Mobilität.....	51
9.1	Ist Situation / Handlungsbedarfe	51
9.2	Zielsetzungen	53
9.2.1	Wohnungsfindung und Wohnungsführung erleichtern	53
9.2.2	Soziale Segregation vermeiden / soziale Durchmischung fördern.....	53
9.3	Handlungsansätze.....	53
9.3.1	Unterstützung bei Wohnungsfindung und Wohnungsführung.....	53
9.3.2	Möbellager für gespendete Möbel / Sozialkaufhaus	54
9.3.3	Wohnen in kleineren Orten für Migranten attraktiver machen	54
9.3.4	Integrationsarbeit vor Ort: Stadtteilprojekte, Quartiersmanagement und Streetworking	55
10	Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	57
10.1	Ist-Situation / Handlungsbedarfe	57
10.2	Zielsetzung	58
10.2.1	Die Teilhabe und das Miteinander in der Gesellschaft stärken	58
10.2.2	Orte und Gelegenheiten für Begegnungen schaffen	59
10.2.3	gemeinsame Angebote und Themen entwickeln	59
10.3	Handlungsansätze.....	59
10.3.1	Begegnungsstätten fördern - Cafés International stärken.....	60
10.3.2	Gärten der Begegnung / Interkultureller Garten	61
10.3.3	Unterstützung der Integrationsarbeit in den Vereinen	61
11	Handlungsfeld Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration	63
11.1	Ist Situation / Handlungsbedarfe	63
11.2	Zielsetzung	65
11.2.1	Menschen schnell in Arbeit bringen	65
11.2.2	Erlernen der Sprache, Aus- und Weiterbildung dabei nicht vernachlässigen	65
11.3	Handlungsansätze.....	66
11.3.1	Kompetenzfeststellung.....	66
11.3.2	Ausbau Qualifizierungsmöglichkeiten und Berufsvorbereitung	66
11.3.3	Begleitperson / Pate im Betrieb	67
11.3.4	Plattformen zu Angebot und Nachfrage von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Praktika	67
11.3.5	Information der Unternehmen.....	68
11.3.6	Einfache Beschäftigungsmöglichkeiten	68
12	Handlungsfeld Familienleben und Gesundheit	70
12.1	Ist-Situation / Handlungsbedarfe.....	70

12.2	Zielsetzung	72
12.2.1	Einzelbetreuung ausbauen	72
12.2.2	Frauen bei allen Fragen der Integrationsarbeit speziell in den Blick nehmen	72
12.2.3	Vereinbarkeit von Familienleben mit Integration und Spracherwerb ermöglichen.....	72
12.3	Handlungsansätze.....	73
12.3.1	Schwangerenberatung und Integrationsarbeit.....	73
12.3.2	Frauentreffs und Frauen-Gesprächsrunden	74
12.3.3	Kleinkindbetreuung während Sprachkursen.....	74
12.3.4	Integrationsarbeit in der Jugendarbeit	75
13	Handlungsfeld Integrationsarbeit vor Ort - Akteurs- und Angebotslandschaft	76
13.1	Ist-Situation / Handlungsbedarfe	76
13.2	Zielsetzung	78
13.2.1	Koordination der Leistungen und Hilfsangebote stärken	78
13.2.2	den einzelnen Menschen in den Fokus rücken	78
13.2.3	Migranten selbst in Verantwortung / Aktivität bringen.....	78
13.3	Handlungsansätze.....	79
13.3.1	Aufsuchende und Präventive Integrationsarbeit	79
13.3.2	stärkere Einzelbetreuung: persönliche Integrationsbegleiter oder Paten	80
13.3.3	Zentrale Informationsplattform des Kreises.....	81
13.3.4	Aktive Vernetzung und Koordination der Integrationsarbeit / „Kordinierungsstelle Integration“ beim Landkreis	82
14	Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit	84
14.1	Ist-Situation / Handlungsbedarfe	84
14.2	Zielsetzung	85
14.2.1	Bedeutung und Funktion des Ehrenamtes verdeutlichen, stärken und schützen.....	85
14.3	Handlungsansätze.....	85
14.3.1	Wertschätzung Ehrenamt.....	85
14.3.2	Regionale und lokale Netzwerke Ehrenamt.....	86
14.3.3	Akquise von neuen Ehrenamtlichen	86
15	Zentrale Erkenntnisse und Fragestellungen.....	88
15.1	Vieles ist gut – aber Veränderungen sind notwendig	88
15.2	Chancen-orientierte Sichtweise	88
15.3	Erwartungshaltungen kennen und respektieren	89
15.4	Integration – aber richtig!	90
15.5	Zentrale Handlungsansätze – entscheidend für gelingende Integration	91
15.6	Sortierungsarbeit für Landkreis, Kommunen und Verbände / Klärung Trägerschaften.....	91
15.7	Der Prozess ist ebenso wichtig wie das Konzept.....	92
15.8	Integrationsarbeit als Bestandteil der Regionalentwicklung begreifen	92
15.9	Langfristigkeit des Ansatzes anerkennen	93
16	Ausblick und nächste Schritte	94
16.1	Konzept umsetzen - Handlungsansätze weiterentwickeln und realisieren.....	94
16.2	Mit den Akteuren weiter arbeiten	95
16.3	Ressourcen bereitstellen und erschließen	95
17	Zusammenfassung	97
18	Eingeflossene Informationsquellen und Materialien	100

1 Einleitung

1.1 Hintergrund und Anlass des Integrationskonzeptes

In den Jahren 2015 und 2016 wurde der Landkreis Birkenfeld, ebenso wie die meisten Regionen in Deutschland, mit einem historischen Höchststand an schutzsuchenden Menschen konfrontiert. Diese Folgen verschiedener, teilweise globaler Entwicklungen und Katastrophen mit insgesamt mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht trafen auch den Landkreis Birkenfeld weitestgehend unvorbereitet.

Der Landkreis Birkenfeld als Teil des Hunsrücks war immer schon Zu-, Durch-, und Wegzugsregion. So erhielt z.B. das Thema der Auswanderung aus dem Hunsrück eine große Bekanntheit durch die „Heimat“-Filme von Edgar Reitz. In der jüngeren Geschichte wurde die Region dann durch den Zuzug von Spätaussiedlern in den 1990er Jahren mit dem Thema Integration direkt vertraut. Dennoch stellte der aktuelle Zuzug von Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 eine Belastungsprobe dar, in deren Zuge die bestehenden Strukturen für Hilfen und Integrationsarbeit im Landkreis Birkenfeld, ebenso wie in der gesamten Bundesrepublik, an ihre Grenzen stießen.

Für den Landkreis Birkenfeld war dies Anlass, das Thema Integration nach der Phase der „reinen Nothilfe“ in 2015 und 2016 und mit Stabilisierung der Situation in 2017 strategisch und konzeptionell umfassend anzugehen.

Der Kreistag fasste entsprechend im Frühjahr 2017 den Beschluss zur Erarbeitung einer Konzeption zur Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten. Grundsätzlich sollte die Konzeption dabei auf alle diese genannten Gruppen eingehen, wobei ein Schwerpunkt auf die aktuelle Situation rund um die Integration der in den letzten Jahren zu uns geflüchteten Menschen gesetzt werden sollte. Das Konzept sollte dabei verschiedene Funktionen erfüllen, die nachfolgend in Kap. 1.3 ausführlich beschrieben werden.

Der Aufbau des nun vorliegenden Konzeptes orientierte sich grundsätzlich an den spezifischen Gegebenheiten und Erfordernissen im Landkreis Birkenfeld. Ein wichtiges Grundgerüst lieferten das Integrationskonzept für Flüchtlinge 2015 des Landes Rheinland-Pfalz sowie die strategischen Leitlinien und Best Practices „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen“ des deutschen Landkreistags (vgl. auch Kap. 3).

Entscheidendestes Kriterium für die Erarbeitung war die Einbeziehung von möglichst vielen im Thema aktiven Experten. Nur auf diese Weise konnten die vorhandenen individuellen Bedarfe im Landkreis erfasst und die hierzu passgenauen Handlungsansätze bestmöglich in das Konzept einfließen (vgl. Kap. 2).

1.2 Wichtige Begriffe

Im Zuge der Erarbeitung wurde schnell deutlich, dass ohne ein gemeinsames Verständnis zu den grundlegenden Begriffen rund um das Thema Integration die notwendige Grundvoraussetzung für die Verständlichkeit und letztlich für die Akzeptanz des Konzeptes fehlen würde. In den Gesprächen mit den Experten kam dies immer wieder zum Ausdruck. Und: Selbst unter den Experten gab und gibt es unterschiedliche Interpretationen zu den verschiedenen Aspekten. Vorangestellt sei deshalb eine kurze Aufzählung der wichtigsten Begrifflichkeiten:

Integration

Das Bundesministerium des Innern definiert die Integration von in Deutschland lebenden, zugewanderten Menschen als „eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben“ unseres Landes. Ziel von Integration ist es hiernach, „alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in unserem Land leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Dies betrifft die Gewährung von Rechten genauso wie die Beachtung von Pflichten.“

Die Ausgestaltung der Integration wird derart beschrieben, dass „das Zusammenleben von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein soll. Die Integration von Zuwanderern soll Chancengleichheit und die tatsächliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen, insbesondere am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.“

Der Landkreis Birkenfeld orientiert sich an diesen Grundsätzen und stellt sich mit seinen Aktivitäten und dem hier vorliegenden Konzept der Fragestellung, in welcher Weise die Integration vor Ort in den Nachbarschaften und Gemeinden bestmöglich gelingen kann.

Integrationsarbeit

Das gemeinsame Bestreben und die damit einhergehenden Tätigkeiten, die das Ziel verfolgen, die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, werden im Konzept als „Integrationsarbeit“ bezeichnet. Den gleichen Begriff verwendet hierfür auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um hauptamtliche oder ehrenamtliche Aktivitäten handelt.

Der Begriff der Integrationsarbeit beinhaltet das Wort „Arbeit“, womit aber weniger die „Mühen“ der Tätigkeiten beschrieben werden, sondern vielmehr ausgedrückt werden soll, dass man Integration aktiv und Ressourcen-gestützt betreiben muss, wenn die Ziele erreicht werden sollen. Integration ohne begleitende Integrationsarbeit ist dem hohen Risiko des Nicht-Gelingens ausgesetzt.

Flüchtlinge – Asylbewerber - Migranten

Aufgrund der Entwicklungen v.a. in den letzten beiden Jahren wird in der öffentlichen Diskussion sehr häufig der Fokus auf die Situation der Flüchtlinge gelegt. Teils wird der Begriff im Zuge dessen sehr umfassend benutzt und – teils fälschlicherweise - andere Migranten subsumiert. Um hier eine eindeutige Zuordnung zu ermöglichen werden die einzelnen Gruppen in Kap. 4 im Einzelnen näher beschrieben.

Wenn im Folgenden die Begriffe „Flüchtlinge“ oder „geflüchtete Menschen“ verwendet werden, dann bezieht sich das Geschriebene auf die in den letzten zwei bis drei Jahren aus den Kriegs- und Krisengebieten v.a. des nahen Ostens und Afrika zu uns geflüchteten Menschen, die sich in unterschiedlichen Phasen des Asylverfahrens befinden.

Da die meisten Aspekte der Integrationsarbeit grundsätzlich aber alle bzw. die Mehrheit der zu uns zugewanderten Menschen betreffen (siehe wiederum Kap. 4), wird in diesem Konzept nach Möglichkeit der Begriff „Migranten“ verwendet.

Zur einfacheren Lesbarkeit wird nur die männliche Form „Migranten“ statt „Migrantinnen und Migranten“ benutzt.

1.3 Funktionen des Integrationskonzeptes

Das Integrationskonzept des Landkreises erfüllt folgende Funktionen:

1.3.1 Orientierung für das Handeln des Landkreises

Das Themenfeld der Integration zeichnet sich – nicht erst durch die Ereignisse der letzten Jahre – durch eine insgesamt große Komplexität aus. Dies rührt u.a. aus den für die Allgemeinheit nicht leicht verständlichen Abläufen des Asylverfahrens aber auch aus einer mittlerweile komplexen Angebots- und Akteurslandschaft im Bereich der Integrationsarbeit.

Hinzu kommt: Rund um das Thema werden von verschiedenen Seiten eine Vielzahl von Handlungsbedarfen und möglichen Initiativen formuliert und an die politischen Vertreter und Gremien herangetragen.

Hier soll das Konzept ein Stück weit Orientierung schaffen, an welchen Stellen effektiv angesetzt und das Handeln des Landkreises und der Kommunen in den nächsten Jahren ausgestaltet werden soll. Das Konzept erfüllt somit insbesondere eine strategische Funktion als Grundlage für den fortlaufenden Prozess der Integrationsarbeit im Landkreis.

1.3.2 Orientierung für weitere handelnde Akteure

Neben der Funktion des Konzeptes als strategische Grundlage und Orientierungsrahmen für das Handeln des Landkreises selbst ist das Konzept explizit auch für weitere, insbesondere Fachakteure und im Thema tätige Ehrenamtliche, als Orientierungsrahmen zu verstehen.

Viele der im Konzept definierten Handlungsansätze können nur durch oder in Zusammenarbeit mit weiteren Fachakteuren und Partnern weiter ausgearbeitet, mit Projekten unterfüttert und damit in die Umsetzung gebracht werden. Insbesondere die einzelnen Verbände und Institutionen, welche Leistungen und Hilfen im Rahmen ihrer Arbeit anbieten und eine Hauptlast der laufenden Integrationsarbeit tragen, sind hier zu nennen.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Landkreis, den Kommunen und den weiteren Partnern auf Basis des definierten Handlungsrahmens ist für eine erfolgreiche Konzeptumsetzung unumgänglich.

Für die breite Bevölkerung wird über das Konzept aber v.a. über den zugehörigen Umsetzungsprozess erkennbar, welche Relevanz das Thema für die gesamte Region besitzt und dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

1.3.3 Instrument zur Herstellung von Transparenz: „Wer tut was“?

Bereits vor Aufnahme der Erarbeitung lag die breite und zum Teil unübersichtliche Angebotslandschaft der Integrationsarbeit im Fokus der Betrachtung. Eine Aufgabe des Konzeptes war es entsprechend nach Möglichkeit einen Beitrag zur Transparenz und Verständlichkeit der Angebote zu leisten.

Zur Erfüllung dieser Funktion konnte ein erster Schritt getan werden – die Fülle und Komplexität der Angebote macht hier allerdings noch weitere Bemühungen notwendig. Hinzu kommt, dass eine genaue Auflistung aller Angebote in einem Konzept der ständigen Aktualisierung derselben nicht gerecht werden würde („bei Druck schon veraltet“). Letztlich haben nur die einzelnen Anbieter und verschiedenen Träger einen aktuellen Überblick über ihre eigenen Angebote.

Der Bedarf zur Herstellung von Transparenz über die angebotenen Leistungen wird entsprechend in einem eigenen Handlungsansatz (vgl. Kap. 13.3.3: Zentrale Informationsplattform des Kreises) aufgegriffen.

1.3.4 Informationen und Signale transportieren

Auf vielfältige, die Integrationsarbeit maßgeblich bestimmende Rahmenbedingungen, haben der Landkreis und seine Partner keinen direkten Einfluss. Manche Aspekte erschweren die tägliche Integrationsarbeit des Kreises und der Leistungsanbieter im Kreis erheblich. Das Integrationskonzept des Nationalparklandkreises Birkenfeld will bewusst auch solche Aspekte im Sinne einer Informationsweitergabe an Bund, Land und weitere mit dem Thema Integration betraute Stellen benennen.

1.3.5 Fördergrundlage für Umsetzungsprojekte

Mit dem Integrationskonzept gibt sich der Nationalparklandkreis Birkenfeld eine strategische Grundlage für den weiteren Integrationsprozess im Kreis (vgl. Kap. 1.3.1). Über den umfassenden Erarbeitungsprozess (vgl. Kap. 2) mit den relevanten Institutionen und Akteuren konnte sichergestellt werden, dass die im Konzept definierten Handlungsansätze die tatsächlichen Handlungsbedarfe im Landkreis passgenau aufgreifen.

Mögliche (finanzielle) Förderungen der beschriebenen Handlungsansätze sind dem entsprechend aus fachlicher Sicht ausdrücklich zu befürworten. Viele Handlungsansätze werden ohne zusätzliche Finanzmittel nicht in die Umsetzung gehen können. Gleiches gilt für Einzelprojekte, die thematisch den Handlungsansätzen zugeordnet werden können bzw. die entsprechenden Ziele verfolgen. Zur Entwicklung und Ausarbeitung solcher Projekte im Rahmen der Konzeptumsetzung sind explizit alle Partner der Integrationsarbeit angesprochen.

In diesem Sinne kann das Konzept die inhaltlich-fachliche Begründung für mögliche (künftige) Förderantragstellungen (Bundesförderungen, Landesförderungen etc.) liefern.

1.3.6 Steuerung der Integrationsmittel des Kreises

Der Landkreis verfügt über die Zuteilung von Bundesmitteln über sog. „Integrationsmittel“, ein Teil dieser Mittel wurde an die Kommunen des Kreises weitergegeben. Die beim Kreis verbliebenen Mittel stehen zweckgebunden für die weitere Integrationsarbeit zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund und in Verbindung mit der Funktion 1.3.1 „Orientierung für das Handeln des Landkreises“ übernimmt das Integrationskonzept Steuerungsfunktion für diese Integrationsmittel.

Hierbei existiert jedoch ausdrücklich kein Automatismus in dem Sinne, dass alle im Konzept genannten Handlungsansätze und/oder Projekte automatisch eine Förderung über diese Mittel erfahren. Die Steuerungsfunktion ist inhaltlich-fachlicher Art, analog zur in Kap. 1.3.5 beschriebenen Funktion „Fördergrundlage für Umsetzungsprojekte“.

1.3.7 Vorbereitung auf künftige Entwicklungen und verstärkten Zuzug

Wie bereits in Kapitel 1.1 ausgeführt, nutzt der Landkreis Birkenfeld die nach den Jahren 2015 und 2016 im Jahr 2017 eingetretene Phase des relativ geringen Zuzugs von Schutzsuchenden, um sich im Thema umfassend zu orientieren und sich mit dem Konzept strategisch für den fortlaufenden Prozess der Integration aufzustellen. Dabei ist die die Vorbereitung auf einen erwartbaren künftig wieder

stärker werden Zuzug insbesondere von Schutzsuchenden explizit eine Funktion des Konzeptes und des verknüpften Prozesses der Umsetzung.

1.4 Prämissen der Konzepterstellung

1.4.1 Betrachtete Zielgruppen

Wie in der Einleitung bereits ausgeführt, geht die Konzeption grundsätzlich auf alle in Kap. 4 genannten Menschen mit Migrationshintergrund ein, wobei der Schwerpunkt bewusst auf die aktuelle Situation rund um die Integration der in den letzten Jahren zu uns geflüchteten Menschen gesetzt wurde. Hier bestehen einerseits aktuell die größten Handlungsbedarfe, andererseits aber auch die größten Steuerungsmöglichkeiten für eine gelingende Integration.

Auch wenn dabei viele der in vorliegendem Integrationskonzept definierten Handlungsansätze für alle Gruppen gleichermaßen gelten, muss dennoch im Rahmen des Umsetzungsprozesses zum Konzept bzw. im Sinne des „lebenden Konzeptes“ (s. Kap. 1.4.6) eine detaillierte Beschäftigung mit weiteren Zielgruppen wie z.B. der Gruppe der Chinesen im Landkreis erfolgen.

Zwei wichtige Punkte sind mit Blick auf die Zielgruppe zu beachten:

- Die größten Herausforderungen liegen bei jenen Menschen, die NICHT die Angebote in Anspruch nehmen oder nehmen können
- Die Fragestellungen sind zwar zunächst auf Migranten ausgerichtet, können aber in vielen Fällen auch auf Einheimische angewendet werden bzw. es gilt, letztere dabei nicht aus dem Blickfeld zu verlieren

1.4.2 Konzept ist konzeptioneller Zwischenschritt in einem fortlaufenden Prozess

Die im Landkreis seit Jahren mit großem Engagement und Professionalität geleistete Integrationsarbeit sowie die künftigen Arbeiten stellen einen fortlaufenden Prozess dar, an den zu Recht sehr hohe Anforderungen gestellt werden. Sind es doch diese Arbeiten, die maßgeblichen Einfluss auf das Gelingen oder das Scheitern der Integration vieler Menschen in unsere Gesellschaft nehmen. Der hohe Anspruch geht mit der hohen Komplexität des Themas einher.

Das vorliegende Integrationskonzept übernimmt dabei die unter Kap. 1.3 beschriebenen wichtigen Funktionen. Es markiert mit seiner konzeptionell-strategischen Funktion einen Zwischenschritt im laufenden Gesamtprozess.

Diese wichtigen Funktionen dürfen jedoch nicht den Blick versperren hinsichtlich der Einordnung der Bedeutung des Konzeptes für den Gesamtprozess: Eine tatsächliche Wirkung auf die Integration entfaltet das Konzept nur über seine Umsetzung. Die Inhalte des Konzeptes sollen in der laufenden Arbeit berücksichtigt und, im Sinne des lebenden Konzeptes, an neue Herausforderungen angepasst werden.

1.4.3 Offene Herangehensweise

Die Herangehensweise zur Erarbeitung des Integrationskonzeptes des Nationalparklandkreises war von Beginn an geprägt von einer großen Offenheit. Die Akteure konnte alle Aspekte einbringen, die sie für das Konzept und damit für die Integrationsarbeit im Landkreis für relevant hielten.

Hierauf abgestimmt und analog zur Prämisse 1.4.5 „lebendes Konzept“ ist der weitere Prozess zu sehen, indem das Konzept ausgefüllt und fortgeführt werden kann und soll, ebenfalls ohne strikte Vorgaben des Landkreises.

Dem entsprechend erfolgt mit dem Konzept auch keine „Zuteilung“ von Aufgaben oder Mitteln oder die Definition von Trägerschaften für Projekte o.ä. Alle Akteure sind eingeladen, sich im Rahmen der Konzeptumsetzung aktiv einzubringen.

1.4.4 Schwerpunkte herausarbeiten

Das Themenfeld der Integrationsarbeit weist eine Reihe von verschiedenen Handlungsfeldern auf, die in diesem Konzept betrachtet wurden. Dabei hat sich die Annahme bestätigt, dass über das Konzept eine große Zahl von Handlungsansätzen identifiziert werden konnten.

Um wie gefordert, Schwerpunkte herauszuarbeiten wurden auf Basis ihrer Bedeutung und ihres übergreifenden Charakters sog. „zentrale Handlungsansätze“ definiert. Diese werden in Kap. 15.5 noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Darüber hinaus ist es aber entscheidend, dass sich im Zuge der Umsetzung des Konzeptes die verantwortlichen Stellen – Landkreis, Kommunen, Verbände und weitere Partner – über Schwerpunktsetzungen und Umsetzungs-Prioritäten explizit verständigen.

1.4.5 „lebendes Konzept“ als Grundlage eines lebendigen Prozesses

Die Integrationsarbeit ist von stetigem Wandel und, wie beschrieben, auch von Rahmenbedingungen geprägt, welche der Landkreis und auch die weiteren regionalen Akteure nicht in der Hand haben.

Insofern ist es von hoher Bedeutung, das Konzept nicht als statisches Papier zu verstehen. Sich wandelnde Anforderungen in vielfältiger und auch grundlegender Art und Weise müssen immer neu erfasst und in der konzeptionellen Grundlage im Sinne einer Anpassung der Handlungsansätze umgesetzt werden.

Dabei soll das Konzept, ganz im Sinne der Funktionen unter Kap. 1.3.1 und 1.3.3. für die handelnden Akteure als gemeinsame konzeptionelle Basis und Orientierung dienen. Nach der erfolgreichen gemeinsamen Erarbeitung des Konzeptes gilt es, dieses auch gemeinsam fortlaufend im Rahmen des Umsetzungsprozesses „am Leben zu halten“.

1.5 Was kann das Konzept nicht leisten

Das Integrationskonzept für den Landkreis Birkenfeld muss naturgemäß den Schwerpunkt seiner Betrachtung auf die vor Ort gegebenen Handlungsmöglichkeiten und Spielräume legen. Damit sind zuvorderst der Landkreis selbst, die Kommunen aber auch alle weiteren Akteure und Institutionen angesprochen.

Darüber hinaus gibt es im Thema Integration aber eine Vielzahl von Bedingungen, die per se nicht auf regionaler Ebene veränderbar sind, sondern auf Landes- oder Bundesebene bestimmt werden.

Einige dieser Bedingungen spielen nichtsdestotrotz in der Integrationsarbeit vor Ort eine wichtige Rolle und bestimmen das Handeln der Aktiven. Um nur drei der Aspekte aufzugreifen:

- Integrationsgesetz. Teils werden gesetzliche Vorgaben vermisst. Vielfach wird der Wunsch nach einem gebündelten Integrationsgesetz mit Regelungen und Aufgabenzuweisungen für die Kommunen und weitere Akteure geäußert

- Dauer der Verfahren. Für die teils lange Dauer der Asylverfahren besteht bei den Aktiven vor Ort zwar Verständnis, da die Rahmenbedingungen und die besondere Situation aufgrund der „Flüchtlingskrise“ allgemein bekannt sind. Dennoch wirken sich v.a. die Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung in vielfacher Weise negativ auf die Integrationsarbeit aus
- Bleibe- und Zuzugsrecht. Die Relevanz der Frage, welche Personen unter welchen Bedingungen nach Deutschland kommen oder hier bleiben dürfen, wird besonders deutlich am aktuell ausgesetzten Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte sowie an der unterschiedlichen Abschiebungspraxis in die verschiedenen Länder. Beide Aspekte haben unmittelbare Auswirkungen auf die Integrationsarbeit können aber vor Ort nicht bestimmt werden

2 Erarbeitung

2.1 Erarbeitung allgemein

Der Kreistag des Nationalparklandkreises Birkenfeld hat die Aufstellung des vorliegenden Integrationskonzeptes beschlossen. Hierzu wurde das Institut für Regionalmanagement (IfR) als unterstützendes Fachbüro beauftragt.

Für die Erarbeitung standen 30.000 Euro brutto an kreiseigenen sowie Fördermitteln zur Verfügung.

Die Aufgaben des IfR umfassten:

- die inhaltliche Vorbereitung und Moderation der verschiedenen Termine
- die Durchführung der Expertengespräche inklusive Erstellung der Ergebnisvermerke
- die Zusammenstellung des Integrationskonzeptes als Bericht

Die Erarbeitung erfolgte im Zeitraum Juni 2017 bis Februar 2018. Der Kreisausschuss und der Sozialausschuss haben das Konzept in ihrer gemeinsamen Sitzung am 19.2.2018 beschlossen.

2.2 Expertengespräche mit zentralen Akteuren

Zentrales Element der Erarbeitung des Konzeptes war die Beteiligung der regionalen Experten der Integrationsarbeit im Landkreis Birkenfeld. Hierzu wurden insgesamt 30 Einzelgespräche geführt.

Auflistung Expertengespräche (in chronologischer Reihung)

Organisation	Person(en)	Datum/Ort
Hilfsorganisationen / Verbände / Kirchen		
Internationaler Bund	Herr Mayer	3.7.17 in Idar-Oberstein
	Herr Worst	3.7.17 in Idar-Oberstein
WeShare	Herr Penner	4.7.17 in Idar-Oberstein
Caritas	Frau Müller-Ensel und Frau Koch	4.7.17 in Idar-Oberstein
DRK	Herr Schmitt und Herr Hermann	5.7.17 in Birkenfeld
Elisabeth-Stiftung	Frau Verse	5.7.17 in Birkenfeld
AWO	Herr Pees, Frau Castelo-Branco und Frau Gehres	11.8.17 in Idar-Oberstein
Diakonisches Werk	Herr Pfarrer Witting und Frau Lambio	24.8.17 in Idar-Oberstein
Katholische Kirche	Frau Kutscher	12.9.17 in Birkenfeld
Islamische Gemeinde Idar-Oberstein	Herr Artemni, Imam (gemeinsam mit Frau Koch, Caritas)	13.9.17 in Idar-Oberstein
Diakonisches Werk, Suchtberatung	Herr Weber und Herr Pfarrer Witting	28.9.17 in Idar-Oberstein
Frauenhaus Idar-Oberstein	Frau Konrad-Allmann	Telefonat am 26.10.17

Weitere Akteure		
Beirat für Migration und Integration der Stadt Idar-Oberstein	Herr Ruprecht	4.7.17 in Idar-Oberstein
UCB Birkenfeld	Frau Prof. Sparmann, Vize-Präsidentin Hochschule Trier	30.6.17 in Birkenfeld, Umweltcampus
Herr Dr. Kraft	Gemeinsam mit Herrn Alomar	15.1.18 in Idar-Oberstein
Verbandsgemeinden und Städte, Einzelgespräche mit den hauptamtlichen Bürgermeistern:		
Stadt Idar-Oberstein	OB Frühauf	26.10.17 in Idar-Oberstein
VG Herrstein	Bgm. Uwe Weber	30.10.17 in Birkenfeld
VG Birkenfeld	Bgm. Dr. Alscher	10.11.17 in Birkenfeld
VG Rhaunen und OG Rhaunen	Bgm. Dräger und Ortsbgm. Klingel	15.11.17 in Rhaunen
VG Baumholder	Bgm. Bernd Alsfasser	9.1.18 in Baumholder
Akteure der Kreisverwaltung (Hinweis: Weitere zentrale Akteure der Kreisverwaltung (Herr Landrat Dr. Schneider, Herr Köbrich, Frau Enders, Frau Brucker und Frau Brenner) waren über die Arbeitsgruppe Konzepterarbeitung und/oder die Steuerungsgruppe direkt eingebunden)		
Ausländerwesen des Landkreises	Herr Kupke	19.9.17 in Birkenfeld
Jugendbüro des Landkreises	Herr Lauer	19.9.17 in Birkenfeld
VHS	Frau Wipfler	19.9.17 in Birkenfeld
Sozialamt des Landkreises	Herr Hausen	19.9.17 in Birkenfeld
Weitere Behörden		
Jobcenter	Frau Rektenwald	5.7.17 in Birkenfeld
Agentur für Arbeit	Frau Kaufmann	17.8.17 in Birkenfeld
Geflüchtete		
Hinweis: Über die Ergebnisse der Regionalanalyse sowie den Erfahrungen der Experten konnte bereits ein sehr gutes Bild in Bezug auf die Sichtweisen, Bedürfnisse etc. der Geflüchteten selbst gewonnen werden. Ergänzend wurden folgende Gespräche geführt, um die ermittelten Aspekte zu verifizieren.		
Herr Ibrahim Hamoush	Geflüchteter aus Syrien	5.12.17 in Birkenfeld
Herr Alomar	Geflüchteter aus Syrien	15.1.18 in Idar-Oberstein
Schulen und KITAs		
Hinweis: Ergänzend zu den Gesprächen wurde durch Frau Brenner, Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte des Landkreises, im November 2017, ein Arbeitsgespräch mit den Schulen des Kreises durchgeführt. Die Ergebnisse des Gespräches flossen ebenfalls in das Konzept ein.		
Grundschule Algenrodt, Idar-Oberstein	Frau Tonn, Schulleiterin	Telefonat am 23.8.17
Grundschule Oberstein, Idar-Oberstein	Frau Kroll, Schulleiterin	Telefonat am 11.10.17
Kita Amselweg, Birkenfeld	Frau Hornberger, stellv. Leiterin	Telefonate am 18.10. und 19.10.17
Grundschule Birkenfeld	Frau Schmitt, Schulleiterin	25.10.17 in Birkenfeld

Hinweis: Zu jedem Gespräch wurde ein Protokoll gefertigt, das dem Landkreis Birkenfeld vorliegt.

Zweites Expertengespräch mit den Vertretern der LIGA der Wohlfahrtsverbände am 10.1.2018

Mit den Vertretern der LIGA der Wohlfahrtsverbände (AWO, Diakonisches Werk, Caritas, DRK) wurde ein zweites gemeinsames Arbeitsgespräch am 10.1.2018 durchgeführt.

2.3 Einbindung der ehrenamtlich tätigen Personen im Kreis

Zur Einbindung der ehrenamtlich tätigen Integrationshelferinnen und Integrationshelfer wurde am 10.10.2017 ein Workshop in der Kreisverwaltung Birkenfeld durchgeführt. Am Workshop nahmen ca. 20 Ehrenamtliche teil. Im Rahmen des Workshops wurden mit den Teilnehmern zwei Bereiche beleuchtet:

Zum einen grundsätzliche Dinge zur Integration im Landkreis, losgelöst von der Thematik „Ehrenamt“. Dem Landkreis war es wichtig, die wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen der Ehrenamtler im Thema Integration, auch abseits der direkten eigenen ehrenamtlichen Tätigkeit, aufzunehmen. Hier konnten wertvolle Erkenntnisse für das Konzept (Defizite, positive Aspekte, Handlungsbedarfe, Handlungsansätze) gewonnen werden.

Zum zweiten wurde danach das Thema „Ehrenamtliche Tätigkeiten in der Integration“ speziell in den Blick genommen. Auch hier brachten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Hinweise, Bedarfe und Wünsche für die künftige Integrationsarbeit im Landkreis sehr aktiv ein. Hinweise zu Unterstützungsmöglichkeiten für das Ehrenamt, zu Hindernissen in der praktischen Arbeit sowie zu Grenzen des Ehrenamts wurden ebenso eingebracht wie Ideen für weitere Einsatzbereiche des Ehrenamts.

Die Ergebnisse wurden in einer gesonderten Dokumentation zum Workshop zusammengefasst und flossen in vorliegendes Konzept ein.

2.4 Einbeziehung von Migranten

Der Einbezug der Sichtweise von Migranten bzw. Flüchtlingen in vorliegendes Konzept erfolgte zunächst indirekt über die beschriebenen Expertengespräche. Die einzelnen Experten verfügen durch ihre Arbeit allesamt über einen sehr guten Einblick in die Bedürfnisse, Sichtweisen, Probleme und Nöte der betroffenen Menschen. Gebündelte Informationen für die Gruppe der Muslime konnten in diesem Zusammenhang über das Gespräch mit dem Imam der muslimischen Gemeinde Idar-Oberstein (ca. 400 Personen in der Gemeinde, 33 verschiedene Nationen) gewonnen werden.

Das Konzept wollte von Beginn an auch einen direkten Einbezug derjenigen Menschen gewährleisten, deren gelingende Integration alle Anstrengungen der Integrationsarbeit und nicht zuletzt das vorliegende Konzept zum Ziel haben. Zu diesem Zweck konnte auf umfassende und aktuelle Befragungsergebnisse der Akademie Junges Land e.V. und der Katholische Hochschule NRW zurückgegriffen werden.¹ Im Rahmen der Analyse wurden insgesamt 42 Flüchtlinge befragt (25 Syrer, 9 Afghanen, 2 Iraner, 2 Eriträer sowie 4 Personen aus anderen Herkunftsländern). Die Ergebnisse der Befragung wurden in vorliegendes Integrationskonzept eingearbeitet.

Über diese Informationen hinaus flossen Informationen aus zwei Einzel-Gesprächen ein, die mit aus Syrien geflüchteten Personen geführt wurden.

¹ Dokumentation zur Regionalanalyse im Landkreis Birkenfeld, Akademie Junges Land e.V. (Hrsg.), Bad Honnef-Rhöndorf, 2017

2.5 Steuerungsgruppe

Zur Steuerung des Erarbeitungsprozesses und der Inhalte des Konzeptes wurde eine Steuerungsgruppe gebildet. In ihr waren der Landrat, die direkt berührten Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie alle Fraktionen des Kreistages mit je einem Vertreter vertreten.

Zu den Aufgaben der Steuerungsgruppe zählten die Validierung der inhaltlichen Ausrichtung des Konzeptes (Erwartungshaltung, formulierte Ziele, Handlungsansätze etc.) sowie insbesondere die politische Verankerung über die Fraktionsvertreter.

In zwei Sitzungen am 4.10.2017 und 24.1.2018 wurden die jeweiligen inhaltlichen Arbeitsstände vorgestellt und diskutiert. Mit einbezogen wurden auch die Überlegungen zum Erarbeitungsprozess sowie Fragen der grundlegenden Ausrichtung, zu Zielsetzungen und Funktionen des Konzeptes sowie zu den weiteren Schritten seiner Umsetzung.

2.6 Arbeitstreffen in der Kreisverwaltung

Um einen intensiven Austausch mit den entscheidenden Stellen der Kreisverwaltung zu gewährleisten fanden über den Zeitraum der Bearbeitung mehrere Arbeitstreffen in unterschiedlicher Besetzung je nach Fragestellung statt. Dem Startgespräch im Juni 2017 folgten weitere Arbeitstreffen bis zu den zwei Terminen im Dezember 2017 und Januar 2018, in denen die Handlungsfeld-Kapitel abgestimmt wurden. An den Arbeitstreffen nahmen in wechselnder Besetzung u.a. Asylkoordination, Bildungskoordination, Ausländerwesen, VHS sowie die Leitungen der Abteilung Jugend/Schulen und Soziales teil.

3 Aufbau der Konzeption

Der Aufbau der Konzeption orientierte sich grundsätzlich an den spezifischen Bedingungen im Landkreis Birkenfeld. Das Integrationskonzept für Flüchtlinge 2015 des Landes Rheinland-Pfalz sowie die strategischen Leitlinien und Best Practices „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen“ des deutschen Landkreistags lieferten ein Grundgerüst, das jedoch auf die Situation im Landkreis angepasst wurde.

Aufnahme der Ist-Situation und der Handlungsbedarfe

Erster Baustein des vorliegenden Konzeptes war die Aufnahme der verfügbaren Informationen zur Ist-Situation der Integrationsarbeit. Hier zählte zum einen die Berücksichtigung der bei der Kreisverwaltung vorliegenden relevanten Informationen und Daten und zum zweiten die Aufnahme der laufenden Aktivitäten über die einzelnen Akteure und Institutionen.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in:

- Kap. 4, Übersicht: Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Birkenfeld
- Kap. 5, Übersicht: Leistungen und Akteure
- sowie jeweils im ersten Abschnitt der einzelnen Handlungsfelder (Kap. 6 bis Kap. 14)

Um eine künstliche Trennung zu vermeiden und die Lesbarkeit zu verbessern werden Ist-Situation und Handlungsbedarfe jeweils in direktem Zusammenhang dargestellt. Dies entspricht auch dem Duktus nahezu aller Gespräche mit den Experten.

Handlungsfelder

Im Anschluss an die Bestandsaufnahme wurden insg. neun Handlungsfelder definiert, die sich jeweils einzelnen thematischen Bereichen der Integrationsarbeit widmen. Die Vorgaben aus der Konzeption des Landes Rheinland-Pfalz wurden hierbei aufgegriffen und entsprechend der Situation vor Ort leicht angepasst.

Wie in den meisten Themen-übergreifenden Konzeptionen sind auch hier die einzelnen Handlungsfelder nicht scharf voneinander trennbar. Überschneidungen sind eher die Regel, als die Ausnahme. Des Weiteren liegen bestimmte Handlungsfelder, z.B. das Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung und Kompetenz (Kap. 6) quer zu den anderen Handlungsfeldern und müssen jeweils mit berücksichtigt werden.

Zielsetzungen

Aus der Betrachtung der Ist-Situation und den Handlungsbedarfen lassen sich fachliche Zielsetzungen ableiten, entlang derer sich die Integrationsarbeit in den nächsten Jahren ausrichten sollte.

Eine Diskussion und weitere Ausarbeitung der Ziele, z.B. mit den Experten bzw. in Arbeitsgruppen, war im Rahmen der im Projekt vorhandenen Möglichkeiten noch nicht möglich. Dies wäre aber durchaus ein wünschenswerter und sinnvoller Arbeitsschritt, der auch im Zuge der anschließenden Umsetzung noch aufgegriffen werden kann.

Handlungsansätze

Im letzten Abschnitt der einzelnen Handlungsfeld-Kapitel werden die jeweils benannten Handlungsansätze aufgeführt. Die Mehrzahl dieser Handlungsansätze gilt es, im Zuge der Umsetzung gemeinsam mit den Akteuren noch weiter auszuarbeiten.

Unter den Handlungsansätzen sind zu unterscheiden:

- Geplante und angedachte Projekte: Handlungsansätze, die von Akteuren im Zuge der Konzepterarbeitung eingebracht wurden
- Einzelmaßnahmen: Handlungsansätze, die sich auf einzelne, eher eng abgegrenzte Maßnahmen beziehen, wie z.B. eine Veranstaltung
- Maßnahmenbündel: Handlungsansätze, die aus mehreren einzelnen möglichen Maßnahmen bestehen die den gleichen Bedarfsbereich aufgreifen und i.d.R. noch weiter zu konkretisieren sind
- Zentrale Handlungsansätze: Einzelmaßnahmen oder Maßnahmenbündel, die sich oft auf mehrere Handlungsfelder beziehen bzw. in ihrer Bedeutung so hoch angesiedelt sind, dass sie erst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die weiteren Handlungsansätze überhaupt wirksam werden können

„Dopplungen“ – thematische Wiederholungen

Aufgrund der Komplexität des Themas und des methodischen Aufbaues des vorliegenden Konzeptes zur Integrationsarbeit finden sich teilweise thematische Wiederholungen in verschiedenen Kapiteln.

Dies erklärt sich u.a. durch die methodische Struktur in den Handlungsfeldern, in der die einzelnen Themen zuerst unter ihrem Handlungsbedarf betrachtet werden und anschließend als Zielsetzung und Handlungsansatz noch weitere Male aufgegriffen werden können. Ein letztes Mal kann ein Thema dann zudem noch im Kap. 15 „Zentrale Erkenntnisse und Fragestellungen“ Erwähnung finden.

4 Übersicht: Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Birkenfeld

4.1 Integration: kein neues Thema - Erfahrungen im Landkreis

Wie schon in der Einleitung kurz angerissen, war die Region des heutigen Landkreises Birkenfeld auch in der Vergangenheit bereits Zu-, Durch-, und Wegzugsregion. In der jüngeren Geschichte erfuhr die Region die Präsenz und auch Zuzug von Amerikanern, den Zuzug der Spätaussiedler in den 1990er Jahren und seit einigen Jahren einen verstärkten Zuzug von Chinesen.

Im Vergleich mit den anderen Landkreisen in Rheinland-Pfalz lag der Anteil an ausländischen Mitbürgern zum Stichtag am 31.12.2015 mit 5,9 % niedriger als der Durchschnittswert von 7,6%.²

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Menschen im Landkreis mit dem Thema der Integration auch schon vor der aktuellen Zuzugs-Bewegung der letzten drei Jahre grundsätzlich vertraut waren.

Aus den Integrations-Bemühungen der vergangenen Jahre resultieren Erfahrungswerte sowohl positiver als auch negativer Natur. So weisen viele Experten darauf hin, dass einige der heute in bestimmten Gruppen vorhandenen Probleme auf die nicht erfolgte bzw. nicht erfolgreiche Integrationsarbeit zurückzuführen sind. Zum einen gelang es immer nur Teile der Migranten zu integrieren. Zum zweiten zeigen sich teils noch heute Sprachschwierigkeiten auch bei Migranten, die schon viele Jahre im Landkreis wohnen.

4.2 Statistische Dimension und Erfassbarkeit der Zuwanderung

Nach Angabe der Kreisverwaltung sind im Landkreis Birkenfeld aktuell 7.558 ausländische Mitbürger registriert. Davon sind 2.618 EU-Ausländer sowie 4.940 Nicht-EU Ausländer, wovon wiederum 377 Menschen als Asylbewerber erfasst sind.

Die neun am stärksten vertretenen Nationen im Landkreis Birkenfeld sind: Syrien 872, China 680, Rumänien 581, Polen 571, USA 416, Russland 351, Afghanistan 257, Bulgarien 245, Italien 221 Mitbürger.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt aktuell durchschnittlich bei 12,5 Prozent, wobei diese zwischen den einzelnen Nationalitäten stark schwanken. So liegt er bspw. bei den Menschen aus Syrien fast doppel so hoch – bei den Menschen aus Russland hingegen nur bei etwa 5 Prozent.

Die rein Zahlen-mäßige Erfassung der Migration stößt an verschiedenen Stellen an ihre Grenzen, insbesondere was die Interpretation der Zahlen und die hieraus zu ziehenden Rückschlüsse angeht. Ausländische Mitbürger werden als solche mit ihren Nationalitäten erfasst. Dabei kann jedoch die entscheidende Frage, wie lange die Menschen bereits in Deutschland leben, wie gut oder schlecht diese integriert sind etc., nicht beantwortet werden.

Eine statistische Auswertung bzw. Aussage zu den Spätaussiedlern im Landkreis ist nicht möglich, da diese die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und in keiner eigenen Statistik geführt werden. Ebenso wenig lässt sich die Zahl der Menschen direkt beziffern, die mittlerweile die Staatsangehörigkeit angenommen haben, jedoch über einen Migrationshintergrund verfügen. Ganz außen vor bleiben die aus anderen Regionen Deutschlands zugewanderten deutschen Staatsbürger,

² <http://infothek.statistik.rlp.de/MeineHeimat>

die in diesem Sinne keinen Migrationshintergrund haben, bei denen aber durchaus der Bedarf für integrierende Maßnahmen bestehen kann.

Allein diese statistischen „Brüche“ zeigen auf, dass das Thema der Migration und der Integration von zugewanderten Menschen mit einem weiteren Blickwinkel betrachtet werden muss, als es alleine auf die aktuell zu uns geflüchteten Menschen zu beziehen.

4.3 Im Integrationskonzept zu unterscheidende Gruppen

Flüchtlinge

Aufgrund der starken Zuwanderung von geflüchteten Menschen in den zurückliegenden drei Jahren hat sich allgemein der Begriff „Flüchtlinge“ eingebürgert. Dabei wirkt sich die starke Verallgemeinerung des Begriffes eher nachteilig aus, lässt sie doch den Blick für die unterschiedlichen Herkunftsländer und Kulturen außen vor.

Im Verständnis des Asylrechts umfasst der Begriff „Flüchtlinge“ ausschließlich anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention, d.h. Personen, die nach Abschluss eines Asylverfahrens den Flüchtlingsschutz erhalten. Aus diesem Grund werden entlang der Definition des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge³ folgende Personengruppen unterschieden:

- Asylsuchende: Personen, die beabsichtigen, einen Asylantrag zu stellen und die noch nicht als Asylantragstellende beim Bundesamt erfasst sind
- Asylantragstellende: Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die sich im Asylverfahren befinden und deren Verfahren noch nicht entschieden wurde
- Schutzberechtigte sowie Bleibeberechtigte: Personen, die eine Asylberechtigung, den Flüchtlingsschutz oder einen subsidiären Schutz erhalten oder aufgrund eines Abschiebungsverbots in Deutschland bleiben dürfen

Für die Gruppe der Flüchtlinge ist der im Asylverfahren erreichte Aufenthaltsstatus das entscheidende Kriterium für ihre individuelle Integration. Wann welche Maßnahmen einsetzen können ist dabei einerseits klar geregelt, steht aber andererseits auch immer wieder in der politischen Diskussion. Hierzu gehört u.a. die Frage, inwieweit die Wartezeit auf eine Entscheidung im Verfahren – auch unabhängig von den Bleibeperspektiven - mit sinnvollen Tätigkeiten besser ausgefüllt werden kann.

EU-Ausländer

Menschen aus anderen Ländern der Europäischen Union bewegen sich innerhalb Deutschlands entlang der Freizügigkeits-Regelung völlig frei. Ihnen steht es frei, Integrations- oder Sprachkurse zu besuchen (grundsätzlich als Selbstzahler, jedoch ist bei Bedürftigkeit auf Antrag seitens Arbeitsagentur eine Kostenübernahme möglich) – eine Verpflichtung besteht nicht.

Eine starke Gruppe bilden die Migranten aus osteuropäischen Ländern. Hier gibt es die Tendenz, dass Personen mit vorhandener Arbeitsstelle nach Deutschland kommen (oft LKW-Fahrer bzw. Fahrer für Logistikbetriebe). Verlieren diese ihre Stelle, haben sie aufgrund fehlender deutscher Sprachkenntnisse Schwierigkeiten eine Anschlussbeschäftigung zu erhalten. Die Motivation zur Erlangung der deutschen Sprache ist bei diesen Menschen oft eher gering, aber auch die Möglichkeiten oft ungünstig durch fehlende berufs begleitende Integrationskurse, z.B. am Abend.

³ <http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/AblaufAsylv/Schutzformen/schutzformen-node.html>

Handlungsansätze für diese Menschen sind nicht leicht zu konzipieren, für einige Gruppen bzw. Nationalitäten aber durchaus notwendig. Gerade Familien aus EU-Ländern, die keinen Anspruch auf Leistungen haben, entlang der Freizügigkeit aber hier wohnen dürfen, geraten teils in schwierige individuelle Situationen, in denen die Kommunen fallweise eingreifen müssen.

Nicht EU-Ausländer

Die Nicht-EU-Ausländer sind betreffend ihrer Nationalitäten eine überaus heterogene Gruppe. Die meisten dieser Menschen sind – insofern es sich nicht um geflüchtete Menschen handelt - aufgrund von bestehenden Arbeitsverhältnissen im Landkreis ansässig. Unter den Nicht-EU-Ausländern nimmt dabei im Landkreis Birkenfeld die Gruppe der Chinesen eine besondere Rolle ein.

Sonderrolle: Chinesen

Die Zahl der chinesischen Mitbürger ist im Landkreis aufgrund der mittlerweile intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen stetig gewachsen.

Seit 2012 haben sich in Hoppstädten-Weiersbach, Verbandsgemeinde Birkenfeld, eine stetig steigende Zahl chinesischer Firmen angesiedelt. In direkter Nachbarschaft zum Umweltcampus Birkenfeld im Ortsteil Neubrücke befindet sich das ICCN (International Commercial Center Neubrücke) mit aktuell mehr als 250 chinesischen Firmen. Im sog. „Oak Garden“ wohnen teilweise auch die Familien der chinesischen Geschäftsleute, was die hohe Zahl an Chinesen im Landkreis erklärt. Ein wesentlicher Faktor für die Beliebtheit des Standortes ist die intakte Natur mit (für die Chinesen) nicht selbstverständlichen Faktoren wie guter Luft oder sauberem Wasser in Kombination mit (im Vergleich zu chinesischen Großstädten) kurzen Wegen. So wird z.B. die aus dem Oak Garden fußläufig erreichbare Kita als Standortfaktor genannt.

Die Gruppe der Chinesen und ihre Aktivitäten besitzen für den Landkreis Birkenfeld eine nicht unerhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Verschiedenste Ansätze zur stärkeren Zusammenarbeit und zum Ausbau der (nicht nur wirtschaftlichen) Verflechtungen im Kreis existieren, wie z.B. die erfolgreichen Kooperationen mit dem Hochschule Trier bzw. dem Umweltcampus oder die Überlegungen des Gymnasiums Birkenfeld zur Einführung des internationalen Abiturs. Auch gibt es Überlegungen zu Ansätzen im Bereich „Pflege“ und „Medizintourismus“.

Eine gelingende Integration der Chinesen stellt für den Landkreis eine wichtige Aufgabe dar. Wichtige Partner für die Integration sind v.a. die Bildungseinrichtungen (Umweltcampus, v.a. aber auch die Kitas, Grund- und weiterführenden Schulen).

Der Gruppe der Chinesen wird insgesamt ein großer Integrationswille bescheinigt, regelmäßig nehmen die Menschen an örtlichen Festen und Aktivitäten teil. Negativ kann sich auswirken, dass für die Geschäftsführer der Unternehmen im Oak Garden selbst der Erwerb der deutschen Sprache nicht die oberste Priorität besitzt, da sie diese oftmals für ihre Arbeit nicht benötigen. Die Anwendung der deutschen Sprache in den Familien ist dem entsprechend eher gering ausgeprägt.

Insgesamt bestehen in einer stärkeren Annäherung und Integration sehr große Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung und den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch.

Sonderrolle: Spätaussiedler

Eine Gruppe von Migranten, die auch im Zuge der aktuellen Flüchtlingsbewegungen noch einmal ins Blickfeld gerückt ist, sind die Spätaussiedler, z.T. auch als „Russlanddeutsche“ bezeichnet. Die in den 90er Jahren bis heute gemachten Erfahrungen in der Integration dieser Menschen liefern wertvolle Anhaltspunkte für die heutige Praxis. Zum Teil weisen Experten darauf hin, dass nach wie vor bei vielen Menschen dieser Gruppe Integrationsdefizite z.B. in Bezug auf die Sprache bestehen.

Da es bei ihnen nicht um Ausländer, sondern um Deutsche handelt, tauchen sie in verschiedenen Statistiken nicht auf und sind als Gruppe nur schwer erfassbar. Auch selbst sehen sich die meisten Spätaussiedler nicht als „Migranten“ im eigentlichen Sinne, da der Begriff ein „Nicht-Deutschsein“ impliziert. Auch in den Migrationsbeiräten sind sie nur in geringem Maße bis gar nicht vertreten.

Insgesamt lässt sich sagen, dass sich die Migrations-Situation mit jener der Flüchtlinge der letzten drei Jahre nur bedingt vergleichen lässt. Die Spätaussiedler kamen in den 90er Jahren als relativ homogene Gruppe i.d.R. im Familienverbund und in geregelter Migration nach Deutschland. Es gab Fälle von Menschen, die im Familienverbund „mitziehen mussten“, jedoch keine qualitativ und quantitativ mit der aktuellen Migration vergleichbaren Flucht-Traumata.

Das beiderseitige Aufeinander-Zugehen war und ist bis heute teilweise nur schwach ausgeprägt, was z.T. zu relativ abgeschotteten Nachbarschaften geführt hat. Auch die unterschiedliche Religionsausübung (katholisch/evangelisch gegenüber menonitisch bei den Spätaussiedlern) war für die Integration nur ein bedingt hilfreicher Faktor bzw. wurde nicht entsprechend aktiv aufgegriffen.

Mehrere Experten verweisen darauf, dass es in der Gruppe der Spätaussiedler zahlreiche Menschen mit Vorbehalten gegenüber den aktuellen Flüchtlingen gibt. Teilweise werden Benachteiligten befürchtet oder es soll eine bewusste Abgrenzung zu nicht-deutschen Migranten hergestellt werden.

5 Übersicht: Leistungen und Akteure

Es kann als nahezu unmöglich angesehen werden, in einem Konzept zur Integrationsarbeit einen vollständigen und aktuellen Überblick über die einzelnen Leistungen und Akteure darzustellen. Zum einen ist die Angebotslandschaft sehr komplex ausgeprägt, teilweise haben ganz ähnliche Leistungen andere Bezeichnungen, z.B. auf Basis dessen aus welchem Förderprogramm die Finanzmittel bereitgestellt werden. Zum zweiten verändern sich die Angebote ständig – neue Angebote werden entwickelt, andere fallen aus verschiedensten Gründen weg. Diese Unstetigkeit der Angebote (bedingt durch kurz laufende Förderprogramme) ist an dieser Stelle als gewichtiges Defizit in der Integrationsarbeit insgesamt zu nennen. Auch Personalstellen fallen dem entsprechend oft weg bzw. wechseln, was die Integrationsarbeit sehr erschwert.

Hinzu kommt: Oft sind auch die Internet-Seiten der einzelnen Anbieter sowie auch die übergreifenden Informationsplattformen nicht auf dem aktuellen Stand.

Dennoch soll nachfolgend versucht werden mit einem knappen – stichwortartigen - Überblick ein grobes Verständnis für die angebotenen Leistungen zu erzeugen.

5.1 Wohlfahrtsverbände und Kirchen

AWO

AWO Fachdienst für Migration und Integration, Beratungsstelle Idar-Oberstein

- Individuelle Integrationsbegleitung: Migrationsberatung für erwachsende Zuwanderer (MBE) und Migrationsfachdienst MFD (entlang Landesförderung)
- Zielgruppe: erwachsene Zuwanderer
- Einzelne Bausteine: professionelles Fallmanagement inkl. Entwicklung Förderplan durch hauptberufliche Migrationsberater; Hilfestellung bei aufenthaltsrechtlichen Fragen, sozialpädagogische Begleitung in Integrationssprachkursen; Beratungen zu sozialen Leistungen; Unterstützung bei Problemen in den Bereichen Familien, Schule und Beruf; Beratung zum Asylverfahren

Caritas

Caritasverband Rhein-Hunsrück-Nahe e.V.

Asyl-Verfahrensberatung

- Zielgruppen: Asylsuchende, Menschen mit dem Aufenthalts-Status Duldung, Menschen mit ungeklärtem Aufenthalts-Status
- Einzelne Bausteine: Hilfe beim Ankommen und Zurechtfinden in Deutschland; Informationen über den Ablauf des Asylverfahrens; Vorbereitung auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Informationen über möglichen Familiennachzug; Hilfen bei Ablehnung des Asylantrages (Möglichkeiten gerichtlicher Verfahren, Härtefallregelung, mögliche Perspektiven bei Rückkehr in das Heimatland);

Willkommenspatenschaften für Flüchtlinge im Landkreis Birkenfeld: Koordination der Paten

- über 100% Kirchensteuermittel finanziert; Willkommenspaten helfen Geflüchteten, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden. Paten kommen regelmäßig zu den Menschen nach Hause. Aufgaben der Paten (können sehr unterschiedlich sein): deutsche Sprache üben;

zuhören und Fragen beantworten; Briefe und Dokumente erklären; mit den Kindern spielen; beim Einkaufen begleiten; mit der Familie zum Arzt oder zu einer Behörde gehen; Gepflogenheiten vor Ort näherbringen

Diakonisches Werk

Diakonisches Werk des Kirchenkreises obere Nahe

Flüchtlingssozialarbeit

- Einzelne Bausteine: Beratung und Hilfe in Fragen zum Asylverfahren, zur Familienzusammenführung o.ä., Allgemeine Sozialberatung, Vermittlung zu Sprachkurs-Angeboten o.ä., Vermittlung zu weiteren Fachdiensten, Netzwerkarbeit

Diakonie-Lotsen: Ansprechpartner für die Lotsen

- Die Diakonie-Lotsen sind ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für Menschen mit Fluchterfahrung, die die Selbständigkeit der Flüchtlinge fördern möchten.
- Tätigkeit der Lotsen: Vermittlung und Erklärung von Anlaufstellen in den Kommunen, Vermittlung von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, Begleitung zu Behörden, Beratungsstellen, Schulen und Kitas, Unterstützung bei einfachem Briefverkehr (nicht mit Behörden), Vermittlung an professionelle Beratungsangebote
- Suchtberatung
- Suchtberatungsstelle in Idar-Oberstein

DRK

AfA Birkenfeld (nicht mehr aktiv)

- Betrieb der AfA Birkenfeld mit 38 hauptamtlichen Beschäftigten

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

- Zielgruppe: Erwachsene Zuwanderer mit Aufenthaltstitel
- verschiedenste Hilfen: Unterstützung bei Behördenangelegenheiten, Unterstützung bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, Zeugnissen, Hilfen bei der Bewältigung des Alltags (Formulare ausfüllen, Briefe beantworten etc.), Weitervermittlung an weitere Stellen mit spezielleren Hilfen. 4 Tage / Woche in I.-O., 1 Tag in Birkenfeld
- Fall-Management, nur für ausgewählte Personen, wird im Einzelfall entschieden

Koordinierungsstelle Ehrenamt in Birkenfeld

- Koordinierung ehrenamtlicher Leistungen und Treffpunkt

Katholische Kirche

Individuelle Integrationsbegleitung („Flüchtlingsarbeit“)

- bedarfsgerechte Hilfen, keine Vorgabe für bestimmte Leistungen o.ä., Hilfe für alltägliche Probleme, Angebot hat sich entwickelt aus dem Leitungsteam der Tafel Birkenfeld
- ehem. Betreuungsangebot durch Ehrenamtliche ist ausgelaufen

Evangelische Kirche

Betreuung ehrenamtlicher Helfer in Baumholder

Islamische Gemeinde Idar-Oberstein

Funktion als Multiplikator (Imam), Vermittler, Beratung zu verschiedenen Lebenslagen

- Behandlung von Themen der Integrationsarbeit in Gottesdienste. Gottesdienste sind sehr gut frequentiert; Gemeinde hat ca. 400 Mitglieder aus über 30 Nationen, veranstaltet Feste, etc.; Moschee stößt an Kapazitätsgrenzen, Antrag auf Erweiterung ist gestellt. Islamische Gemeinde besitzt insgesamt große Bedeutung für eine gelingende Integration in Idar-Oberstein und dem Landkreis

Internationaler Bund, Freier Träger der Jugend-,Sozial- u. Bildungsarbeit e.V.

Individuelle Integrationsbegleitung

- Zielgruppe: Migrantinnen und Migranten mit Aufenthaltstitel im Alter von 17 bis 27 Jahren („Jugendmigrationsdienst“)
- inhaltlicher Schwerpunkt: Schnittstelle zw. Schule und Beruf, Case Management
- einzelne Bausteine: Hilfe bei Anerkennung von Zeugnissen, Abschlüssen; Kompetenzfeststellung und Orientierung bei Berufswegeplanung; Unterstützung bei Job- und Ausbildungsplatzsuche und Bewerbung; Hilfe bei Fragen zu Ämtern und Behörden; Beratung in Krisensituationen und persönlichen Probleme

Projekt: Pro Indi

- Projekt läuft in Juni 2018 aus, keine Fortführung geplant
- geplantes Folgeprojekt, Zielgruppe Jugendliche, Heranführung an das Gemeinwesen in Vernetzung mit Schulen, Vereinen, etc.; Installation von regelmäßigen Treffs in den Wohngebieten: Hohl, Schlossberg, Auf der Lay / Röhrenkump und Barbararing; Vermittlung und Begleitung zu Sportvereinen; Unterstützung bei Alltagsproblemen; interkulturelle Veranstaltungen; ...
- Projektumsetzung: Rekrutierung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Zusammenarbeit mit dem Beirat für Migration; Kooperation mit Schulen, Vereinen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie Cafe International in den Stadtteilen Idar und Oberstein

Elisabeth-Stiftung

Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Wohngruppe unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)

5.2 Kommunen

Grundsätzlich sind alle Kommunen im Landkreis von den Fragestellungen der Integration berührt – wenn auch in unterschiedlicher Intensität und Weise. Menschen mit Migrationshintergrund finden sich in allen Gemeinden, die Wohnorte der in den letzten Jahren aufgenommenen Flüchtlinge sind v.a. Idar-Oberstein, Birkenfeld, Baumholder und Rhaunen. In den meisten kleineren Orten und Dörfern des Landkreises wohnen keine Flüchtlinge.

Die organisatorische Aufstellung der Integrationsarbeit variiert in den Kommunen. Hingewiesen wird auf teils fehlende (rechtliche) Vorgaben, um in der Integration stärker tätig werden zu können, z.B. durch ein Einwanderungsgesetz auf nationaler Ebene.

Vielfach wird auf die Notwendigkeit einer deutlicheren Abstimmung über die Frage, wer welche Angebote und Infrastrukturen vorhält hingewiesen. Eine stärkere Bündelung von Angeboten kann hier sinnvoll sein.

Idar-Oberstein

Die Stadt Idar-Oberstein stellt in mehrfacher Hinsicht eine Schwerpunktgemeinde für die Integration im Landkreis Birkenfeld dar. Schon in der Vergangenheit wählten viele Migranten Idar-Oberstein als ihren Wohnort, teils aufgrund der Arbeitsplätze sowie teils wegen der guten Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen, Schulen, etc.. Nach Schätzungen von Experten haben 20 bis 25 Prozent der Menschen in Idar-Oberstein einen Migrationshintergrund. Heute sind nach Angaben der Stadt ca. 50 bis 60 Prozent aller Flüchtlinge des Landkreises in Idar-Oberstein ansässig.

Bei der Stadt Idar-Oberstein ist das Ordnungsamt als Anlaufstelle für geflüchtete Menschen zuständig. Darüber hinaus sind auch Jugendamt und Sozialamt jeweils involviert. Eine eigene Stelle im Sinne eines Ausländer- oder Integrationsbeauftragten o.ä. existiert bislang nicht.

Eine aktive Rolle übernimmt in Idar-Oberstein auch der Beirat für Migration und Integration, z.B. mit der Einrichtung einer Sprechstunde, in der Zugewanderte ihre Anliegen vorbringen können. Der Beirat nimmt eine wichtige beratende Funktion und auch eine Multiplikatorenrolle ein, ist aber nicht an eine operative Stelle in der Verwaltung angebunden. Die Möglichkeiten des Beirates selbst Initiativen zu ergreifen, z.B. als Träger von Projekten, sind aufgrund der Beiratsstruktur jedoch begrenzt.

Rhaunen

Rhaunen blickt im Bereich der Integration auf eine intensive Vorgeschichte zurück. Zwischen 1992-1994 wurden bei seinerzeit 1.500 Einheimischen insg. ca. 800 Spätaussiedler aufgenommen. Die Kapazitäten waren aufgrund von nicht mehr genutzten Kasernen gegeben. Mittlerweile haben sich die meisten der Spätaussiedler in Rhaunen eine neue Existenz aufgebaut. Die Bemühungen um eine vollständige Integration dieser Menschen dauern aber auch weiterhin an.

Die Integrationsarbeit rund um die aktuell ca. 70 in Rhaunen aufgenommenen Flüchtlinge (ausschließlich Familien) folgt einer etwas anderen Aufstellung als in den anderen Kommunen. In enger Abstimmung mit der Verbandsgemeinde sind die Integrationsmaßnahmen stark an die Ortsgemeinde und hier v.a. an den Ortsbürgermeister gebunden. Alle etwa 25 ehrenamtlichen Integrationsbegleiter werden direkt über die Kommune organisiert (vertraglich abgesichert) und vernetzt. Caritas und Diakonisches Werk (Behinderten-Einrichtung, Mutter-Kind-Haus, Jugendarbeit, ...) sind in Rhaunen in verschiedenen Aufgaben präsent, treten aber in der Integrationsarbeit in den Hintergrund.

In Rhaunen ist jeder Flüchtlingsfamilie ein bestimmter Begleiter zugewiesen, der die klassischen Hilfestellungen der Integrationsbegleitung übernimmt. Aufgrund der häufig notwendigen Fahrten zu Stellen in Birkenfeld oder an andere Orte, spielt in der Begleitung die Mobilitätshilfe eine wichtige Rolle. Hinzu kommen eine Kraft speziell für bürokratische Abläufe, eine Wäschekammer, ein 14-tägiges Kennenlern-„Café“ sowie ein Lager für gespendete Möbel.

Ein wichtiger Baustein war, dass Integrationsförderkurse (2 Kurse à 100 Std.) durch die VHS sowie ein Alphabetisierungskurs durch den Internationalen Bund direkt in Rhaunen realisiert werden konnten. Generell wird in Rhaunen das Prinzip verfolgt, dass die Flüchtlinge erst die Sprache gut lernen und nicht zu früh ins Arbeitsleben einsteigen.

Es wird explizit darauf verwiesen, dass aufgrund der intensiven Einzelbetreuung die Kontakte in die Familien hinein und auch zu den Frauen und Müttern gut funktionieren. Themen wie Gleichberechtigung werden offensiv angesprochen.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit des Handelns existiert in Rhauen die Überlegung, dass die Intensität der ehrenamtlichen Tätigkeiten auf Dauer nicht durchhaltbar sein wird und sukzessive in hauptamtliches Handeln überführt werden sollte. Dies könnte z.B. über ein Sozialraum-Management bzw. den Aufbau eines „Dienstleistungs-Zentrums“ erfolgen.

Birkenfeld

In der Verbandsgemeinde Birkenfeld zeigt sich ein ähnliches Bild wie im gesamten Landkreis. Flüchtlinge wohnen in der VG überwiegend im Stadtgebiet, entsprechend der Versorgungsangebote. Ebenso wie in Idar-Oberstein ist hier die Gefahr einer sozialen Segregation in bestimmten Bereichen vorhanden. Die Vorteile einer Unterbringung in kleineren Orten werden hier gesehen.

Vor allem im Stadtgebiet sind auch die Wohlfahrtsverbände und weitere Partner mit ihren Angeboten aktiv. Zentraler Ort zur Begegnung in der Stadt ist das Café International.

Von Seiten der Verbandsgemeinde wurden verschiedene unterstützende Aktivitäten ergriffen, z.B. die Einrichtung eines Spendekontos für Bekleidung sowie die Anschaffung von Tablets zur Unterstützung des Spracherwerbs.

Baumholder

In Baumholder befinden sich aktuell ca. 80 Flüchtlinge. Diese wohnen fast alle in der Stadt selbst, einige wenige waren in Heimbach untergebracht.

Auch in Baumholder sind es die engagierten ehrenamtlichen Begleiter, die in der Integrationsarbeit die wichtigste Aufgabe vor Ort übernehmen. Zahlreiche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Integration sind in Baumholder an die evangelische Kirchengemeinde angebunden. Angebote der Integration finden auch im Jugendzentrum statt.

Eine wichtige Funktion übernimmt das Café International, in dem die AWO stundenweise Betreuungsangebote anbietet.

In Baumholder wird die Unterbringung in kleineren Orten als grundsätzlich vorteilhaft angesehen. Größere Mobilitäts-Nachteile bestehen nicht, da viele Mobilitätsbedarfe über Ehrenamtliche und die vorhandene Bahnverbindung aufgefangen werden können.

Herrstein

Im Bereich der Verbandsgemeinde Herrstein sind zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Konzeptes ca. 20 Flüchtlinge untergebracht. Viele ehemals in der Verbandsgemeinde untergebrachte Flüchtlinge wollten zunächst wieder wegziehen in größeren Städte mit größerem Angebot an geeigneten Arbeitsplätzen. Hier ist aktuell ein leichter Umkehrtrend feststellbar. Auch in Herrstein herrscht grundsätzlich die Haltung vor, dass die Integration „auf dem Land“ eher möglich als im urbanen Raum. Eine stärkere dezentrale Unterbringung wird deshalb generell begrüßt.

5.3 Kreisverwaltung

Die verschiedenen Aktivitäten der Kreisverwaltung verteilen sich auf die folgenden Stellen:

Asylkoordination

- Koordination von Haupt- und Ehrenamt
- Ausstellung von Verpflichtungen zur Teilnahme an Integrationskursen (für Personen im Asylverfahren mit guter Bleibeperspektive)

Bildungskoordination

- Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
- Netzwerkarbeit

Ausländerwesen

- Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen

Allgemeiner sozialer Dienst für unbegleitete Flüchtlinge

- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden in Obhut genommen und, je nach Alter, in einem Heim / betreutem Wohnen oder einer Gastfamilie untergebracht

Sozialamt (Abt. Soziales)

- finanzielle Hilfen (Personen ohne Bescheid)

VHS

- Integrationskurs 100 h: In 2017 4 Kurse (Landesförderung über ADD). Zielgruppe: Alle Menschen, auch solche ohne Aufenthaltstitel. „Füllung“ der Kurse erfolgt über die Sozialabteilung bzw. Asylkoordination des Kreises
- B1-Kurse, B2-Kurse, Interkulturelle Schulungen, Feriensprachkurse in Schulen,
- Abendsprachkurse für Selbstzahler (keine Abschlussprüfung, nur Teilnahmezertifikat)

5.4 Schulen und KITAs

Im Rahmen der Erarbeitung des Integrationskonzeptes konnten auch einige Vertreter der KITAs und Schulen einbezogen werden. Beide Institutionen leisten einen sehr hoch einzuschätzenden Beitrag für die Integration von Migranten.

Eine ausführliche Beschreibung der Ist-Situation und der Handlungsbedarfe in diesem Bereich erfolgt in Kap. 8.1.

5.5 Betreuung im Arbeitsmarkt

Agentur für Arbeit

Die Agentur für Arbeit leistet die Vermittlung bzw. Beratung zur Eingliederung in Arbeit. Bezogen auf Migranten richtet sich ihre Leistungen im Schwerpunkt an Personen ohne positiven Bescheid im Asylverfahren. Hierzu gehören:

- Eignungsabklärung/Kompetenzfeststellung in Zusammenarbeit mit Trägern und dem Berufspsychologischen Service der Agentur für Arbeit
- Inkl. Anstoßen der Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen

Finanzielle Leistungen

- Reisekosten nach §309 SGB III; Leistungen aus dem Vermittlungsbudget (Reisekosten, Bewerbungskosten, Übersetzungskosten, Anerkennungskosten für Zeugnisse,

Berufsabschlüsse, Führerscheine etc.); Eingliederungszuschuss; Praktikum; Förderung der beruflichen Weiterbildung; Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung; Arbeitslosengeld

Jobcenter

Im Unterschied zur Agentur für Arbeit befasst sich das Jobcenter im Schwerpunkt mit anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigte. Die Leistungen sind u.a.:

Passive Leistungen / finanzielle Hilfen

- Regelleistung; Kosten der Unterkunft; Kosten der Krankenversicherung; Kosten für Bildung und Teilhabe

Eingliederungsleistungen

- Zielgruppe: Asylberechtigte (positiver Bescheid vom BAMF erhalten)
- Bausteine: Beratung, Vermittlung in Ausbildung und Arbeit; Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs; Ausstellung der Berechtigung zur nationalen Deutschförderung; Anerkennung schulischer und/oder beruflicher Abschlüsse anstoßen; Eignungserklärungen/Kompetenzfeststellungen in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern, Gesundheitsamt, Ärztl. Dienst und Berufspsychologischem Service der Agentur für Arbeit; Beratung zur Anerkennung oder Neuerwerb Führerschein; finanzielle Unterstützung zur Integration in Arbeit (diverse Leistungen)
- Insgesamt hat das Jobcenter in 2017 ca. 110 Personen vermittelt; Ende 2017 waren 500 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, sowie insgesamt rund 850 Menschen im SGBII-Leistungsbezug. Ca. 230 Personen stehen kurz davor, von der Zuständigkeit der Kreisverwaltung zum Jobcenter zu wechseln. Ziel ist ein Betreuungsverhältnis von 1 : 75, die Trägerversammlung hat ein personellen Aufstockung zugestimmt.

5.6 Ehrenamtliche / Private

Ein großer Teil der betreuenden Integrationsarbeit wird durch Ehrenamtliche Begleiter geleistet. Diese sind meistens an die Wohlfahrtsverbände bzw. an eine Kommune „angedockt“. In den selteneren Fällen handelt es sich um völlig frei agierende Personen. Hinzu kommen die zahlreichen Aktiven in den Vereinen. Eine detaillierte Beschreibung des Ehrenamtes erfolgt in Kap. 14.

5.7 Weitere Akteure und Institutionen

Umwelt Campus Birkenfeld UCB

Die Integrationsarbeit spielt für die Hochschule schon lange eine wichtige Rolle. So sind seit jeher ausländische Studierende „zu integrieren“, wobei hier im Schwerpunkt v.a. die informellen Kontakte unter den Studierenden zum Tragen kommen. Gleiches gilt auch für ausländische Lehrkräfte. Initiativen, die darüber hinaus sind z.B.:

Buddy-Programme

- ähnlich Paten-Modell, Begleitung einzelner Personen; Zielgruppe „ausländische Studenten“

Engagement von Studierenden für Flüchtlinge

- Zielgruppe „Flüchtlinge allgemein im regionalen / lokalen Umfeld“
- gefördert über DAAD-Programm, „welcome“
- Studierende bieten versch. Hilfen und Projekte an: Sportkurse/-treffen in der Sporthalle des UCB; Sprachkurse (v.a. von arabisch sprechenden Studierenden); Internationales Café als Treffpunkt; Schachturnier

Sprachkurse für Flüchtlinge mit Studienzugangsberechtigung

- Zielgruppe „Flüchtlinge mit Studienzugangsberechtigung (ohne Bereich Sprache)“:
- Spezieller Sprachkurs für Hochschulen mit dem Ziel der Erlangung des Sprachniveaus für das Studium. Sofern einzelne Plätze in den Kursen freibleiben, können diese im Einzelfall auch mit sonstigen Flüchtlingen besetzt werden.

Frauenhaus Idar-Oberstein

Träger des Frauenhauses ist der eigenständige Verein „Frauen helfen Frauen“. Die Hilfe suchenden Frauen sind mit einem Anteil von ca. 60 Prozent Migrantinnen. Konkrete Angebote sind:

- Frauenhaus: Zufluchtsort und Ambulante Beratung, Hintergrund ist immer Gewalt in jeglicher Form
- Frauen Notruf
- Pro Aktive Erstberatung

6 Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung und Kompetenz

6.1 Ist-Situation / Handlungsbedarfe

Interkulturelle Kompetenz ist als zentraler Schlüssel für eine gelingende Integration zu bezeichnen. Sie ist sowohl bei den Einheimischen zum Verständnis und zur Akzeptanz der Migranten und Ihrer Hintergründe erforderlich - als auch bei den Neubürgern (zum Verständnis der Einheimischen, zum Verständnis der sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland etc.). Basis dafür ist immer der gegenseitige Respekt, das Begegnen auf Augenhöhe sowie das „sich öffnen“ der Menschen füreinander.

Dass nach Aussagen der meisten Experten das Bewusstsein für diese Tatsache bei den Menschen (Einheimische und Neubürger) insgesamt noch zu schwach ausgeprägt ist, zeugt von einem Handlungsbedarf bereits an dieser grundlegenden Stelle.

Zentrale Herausforderung: Gegenseitige Unkenntnis / fremde Kultur

Die Unkenntnis der jeweils fremden Kultur, ihrer Hintergründe und ihrer mannigfaltigen Unterschiede (Bsp. stark individualisierte Gesellschaft in Deutschland vs. stark gemeinschaftlich geprägte Gesellschaft im arabischen Raum) führt nicht selten zu Missverständnissen auf beiden Seiten und daraus resultierenden Problemen.

In der Förderung des Kennenlernens des „Fremden“ einerseits über Information, Bewusstseinsbildung und Schulung sowie andererseits über den direkten Kontakt und das Kennenlernen der Menschen untereinander lässt sich ein zentraler Handlungsbedarf identifizieren.

Funktionales Dreieck aus „Information/Wissen“, „Begegnung/Kennenlernen“ und „Sprache als Basis der Verständigung“

Die drei Bereiche „Information/Wissen“, „Begegnung/Kennenlernen“ und „Sprache als Basis der Verständigung“ sind funktional in einem Dreiecksverhältnis verflochten:

Ohne Sprachkenntnis gibt es keinen Austausch und kein Kennenlernen. Das Kennenlernen ist deshalb von so großer Bedeutung weil es immer auch dem Austausch von Information und der Gewinnung von Wissen über die andere Kultur dient – oder zumindest dienen sollte. Nur auf diese Weise gelingt es, ein Verständnis für Andersartigkeit zu entwickeln und Missverständnisse zu vermeiden.

In der praktischen Integrationsarbeit vor Ort erfahren das die Aktiven an vielen Stellen, wenn Konflikte geschlichtet oder Situationen harmonisiert werden müssen, die letztlich darauf zurückzuführen sind, dass man den anderen, seine Kultur und seine Bedürfnisse nicht verstanden oder nichts davon gewusst hat.

An diesem Punkt liegt ein Schwerpunkt des vorliegenden Konzeptes, sowohl bei der Analyse als auch bei den hieraus abgeleiteten Handlungsansätzen.

Um eine Übersichtlichkeit der Handlungsansätze zu gewährleisten, wird in vorliegendem Kapitel 6 zunächst eine Konzentration auf den ebenfalls bereits facettenreichen Bereich der „Information, Wissenvermittlung/Schulung sowie der Bewusstseinsbildung“ vorgenommen, während die Handlungsfelder „Sprache“ und „Partizipation/Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ in den Kap. 7 bzw. 10 behandelt werden.

Das Handlungsfeld interkulturelle Öffnung und Kompetenz besitzt darüber hinaus Verflechtungen in alle weiteren Handlungsfelder des vorliegenden Konzeptes und wird dort entsprechend als

„querliegender Ansatz“ immer mit berücksichtigt und findet Niederschlag in mehreren Handlungsansätzen in den jeweiligen Kapiteln.

Information, Bewusstseinsbildung und Schulung

Angebote, welche die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz über Informationen, bewusstseinsbildende Maßnahmen oder Schulungen zum Ziel haben, sind im Landkreis noch unterrepräsentiert. Der Bedarf hierzu wurde von zahlreichen Experten benannt.

Dies gilt für alle Zielgruppen in den Gruppen der Neubürger und der einheimischen Bevölkerung sowie der handelnden Akteure im Thema Integration. Auch und insbesondere die in den Integrationskursen neben der Sprache vermittelten Inhalte sind unzureichend.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass bestehende Angebote zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz für handelnde Personen (z.B. eine existierende Schulung „interkulturelle Kompetenz“ der VHS) zu wenig nachgefragt werden.

Hieraus lassen sich Handlungsnotwendigkeiten bei der zielgruppenspezifischen Schaffung solcher Angebote ableiten (für Flüchtlinge und sonstige Migranten, einheimische Bevölkerung, Anbieter von Hilfen / Betreuer, Verwaltungsmitarbeiter, Fachakteure wie z.B. Schulleitungen etc.). Parallel ist aber auch an dem bereits erwähnten grundsätzlichen Bewusstsein der Menschen für die Bedeutung der interkulturellen Kompetenz zu arbeiten.

6.2 Zielsetzung

6.2.1 Interkulturelle Kompetenz stärken

Das Wissen um die Eigenschaften, Werte und Regeln der jeweils fremden Kulturen und die Unterschiede zur Eigenen werden von der großen Mehrheit der Experten als Basis für eine gelingende Integration angesehen.

Das Fehlen dieser Kompetenz führt erst zu zahlreichen der Handlungsbedarfe, die in den nachfolgenden Handlungsfeldern beschrieben werden. Barrieren und Probleme sind oft durch Unwissenheit bedingt, wofür die Experten aus allen Bereichen zahlreiche Beispiele aus der Praxis eingebracht haben.

Ziel muss es deshalb sein, mit geeigneten Formaten dieses Wissen sowohl bei Migranten als auch bei Einheimischen zu mehren.

6.2.2 Interkulturelle Öffnung stärken

Mindestens von ebenso hoher Bedeutung wie das Wissen um die fremde Kultur ist eine Offenheit gegenüber derselben sowie gegenüber den Menschen, die aus einem anderen Kulturkreis stammen. Dies bedingt jeweils den notwendigen gegenseitigen Respekt und die Begegnung auf Augenhöhe.

Aufeinander-Zugehen und Gegenseitiges Kennenlernen sind die praktischen elementaren Bausteine, die eine Überwindung des Fremd-Seins erst ermöglichen. Die damit verbundenen Bedarfe und Ansätze werden v.a. auch im Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Kap. 10) näher ausgeführt.

6.2.3 Bewusstsein für die Bedeutung von Interkultureller Öffnung und Kompetenz erzeugen

Dass die beiden oben aufgeführten Zielsetzungen –Offenheit und Kompetenz - von so hoher Bedeutung sind, ist weiten Teilen der Menschen im Landkreis nicht in dem Maße bewusst, wie es für eine erfolgreiche Integrationsarbeit auf allen Ebenen notwendig wäre.

Vielfach ist der Gedanke ausgeprägt, dass die Integration schon „irgendwie funktionieren“ wird – auch ohne, dass sich Einzelne gegenüber dem fremden Menschen öffnet oder sein Wissen über dessen Kultur verbessern würde.

Nach breit getragener Überzeugung der Experten ist es aber unerlässlich, das Bewusstsein für die Bedeutung von Interkultureller Öffnung und Kompetenz zu stärken bzw.dort wo es gänzlich fehlt, zu erzeugen: „Es ist wichtig, dass Du Dich mit Deinem Gegenüber auseinandersetzt, anders kann Integration nicht gelingen“.

Diese Zielsetzung richtet sich generell an alle Menschen im Landkreis, Migranten wie Einheimische, aktive Experten ebenso wie vermeintlich nicht direkt berührte Bürgerinnen und Bürger.

Das Bewusstsein, dass jeder Einzelne hier aufgefordert ist, „mehr zu tun“, ist letztlich die Voraussetzung, dass die nachfolgend dargestellten Handlungsansätze überhaupt funktionieren können. Sonst gehen z.B. Angebote wie interkulturelle Schulungen und Veranstaltungen das Risiko ein, nicht frequentiert zu werden.

6.3 Handlungsansätze

Aufgrund seiner hohen Bedeutung und des übergreifenden Charakters finden sich für das Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung und Kompetenz – neben den nachfolgend beschriebenen Handlungsansätzen – weitere relevante Handlungsansätze in den anderen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes. Dies sind u.a.:

- Begegnungsstätten fördern - Cafés International stärken (Kap. 10.2.2)
Schulungen können u.a. in den Begegnungsstätten / Cafés International stattfinden
- gemeinsame Angebote und Themen entwickeln (Kap. 10.2.3)
Es ist grundsätzlich von großer Bedeutung, dass auch Schulungsangebote nicht einfach „verordnet“, sondern möglichst vom Anbieter mit der Zielgruppe abgestimmt und im besten Fall gemeinsam entwickelt werden

6.3.1 Schulungen für Migranten

Einstufung	zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	Der Informationsbedarf unter den Migranten geht über das in den Integrationskursen vermittelte Wissen hinaus. Oft sind einerseits grundlegende sowie andererseits praktische Kenntnisse gewünscht und notwendig
Zielsetzung	Vermittlung von Kenntnissen im Bereich soziale und gesellschaftliche Kompetenzen Zielgruppe: Migranten
Maßnahmen	Schulungen und Info-Veranstaltungen für Migranten <ul style="list-style-type: none"> ▪ über die Inhalte der Integrationskurse hinausgehend bzw. diese ergänzend ▪ Betonung auf Praxis-nahe Inhalte (zugleich Teilnahme-Argument) ▪ Denkbar als dezentrale Veranstaltungsreihe (Mobilitätsprobleme)

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ nicht notwendigerweise neues Projekt/Programm, ggf. Stärkung des bestehenden Angebotes der VHS <p>Spektrum der Themen und Inhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestehende Bildungs- und Betreuungsangebote im Landkreis ▪ Information und Bewusstseinsbildung zur Bedeutung der Ausbildung / Arbeitsmarktqualifikation für das Leben in Deutschland ▪ Vermittlung von grundlegenden Fähigkeiten und Kenntnisse, die für den hiesigen Arbeitsmarkt bzw. Arbeitgeber von entscheidender Bedeutung sind (Pünktlichkeit, Einhaltung von Regeln im Betrieb, äußeres Erscheinungsbild) ▪ Kulturelle Hintergründe, Unterschiede und Besonderheiten ▪ Demokratie (s. Modellprojekt „Demokratie Leben“) ▪ Erwartungshaltungen, Regeln des Zusammenlebens ▪ Geschlechter-Rollen, Gleichberechtigung ▪ Wichtige Rechtsgrundlagen, Schulpflicht, etc. ▪ Haushaltsführung (s. HF Wohnen und Mobilität); verschiedene Fragestellungen zur Bewältigung des Alltags
Träger	<p>n.n. definiert, denkbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordination durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration beim Landkreis in Kooperation mit VHS und Verbänden
Akteure	<p>VHS</p> <p>Institutionen, die bereits Bildungsangebote/Vorträge anbieten</p> <p>neue Akteure, die Praxis-Erfahrungen einbringen und vermitteln können</p>
Kostenbausteine	<p>Personalkosten (Koordination, Organisation) → neue Koordinierungsstelle</p> <p>Kosten für Referenten; Veranstaltungskosten</p>
Nächste Schritte	<p>Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung</p> <p>Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz</p>

6.3.2 Schulungen für Fachakteure

Einstufung	zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	Die Fachakteure – gleich ob Hauptamtliche oder Ehrenamtliche – haben einen hohen fortlaufenden Informations- und Weiterbildungsbedarf in verschiedenen Bereichen der Integrationsarbeit
Zielsetzung	<p>Vermittlung von Kenntnissen zu den verschiedenen Kulturen</p> <p>Förderung des Verständnisses gegenüber den Menschen anderer Kulturen</p> <p>Impulse für die Ausgestaltung konkreter Hilfsangebote</p> <p>Zielgruppe: Fachakteure</p>
Maßnahmen	<p>Informationen und Schulungen für in der Integrationsarbeit aktive Personen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zielgruppe Ehrenamtliche und Hauptamtliche ▪ nicht notwendigerweise neues Projekt/Programm, ggf. Stärkung des bestehenden Angebotes der VHS ▪ Migranten selbst als Referenten integrieren <p>Spektrum der Themen und Inhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kulturelle Hintergründe, Unterschiede und Besonderheiten (z.B. Essensgewohnheiten) und hieraus resultierende Konsequenzen / Anforderungen der verschiedenen Kulturen ▪ Rechtsgrundlagen, Informationen zu Verfahrensfragen

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Austausch und Information zu neuen / nicht bekannten Angeboten ▪ Austausch und Information zu wiederkehrende Herausforderungen in der praktischen Integrationsarbeit
Träger	<p>n.n. definiert, denkbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordination durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration beim Landkreis in Kooperation mit VHS und Verbänden
Akteure	<p>VHS Verschiedene Akteure der Integrationsarbeit, die für ihren Bereich referieren Migranten als mögliche Referenten Zielgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitarbeiter der Behörden und weiteren Institutionen, die im Thema Integration tätig sind ▪ Ehrenamtliche ▪ Leitungen, Lehrkräfte und Erzieher von Schulen und KITAs
Kostenbausteine	<p>Personalkosten (Koordination, Organisation) → neue Koordinierungsstelle Kosten für Referenten; Veranstaltungskosten</p>
Nächste Schritte	<p>Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz</p>

6.3.3 Information und Bewusstseinsbildung breite Bevölkerung: „Integration geht uns alle an“

Einstufung	zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	<p>Das Zusammentreffen verschiedener Kulturen sollte von den Beteiligten als Chance genutzt werden, voneinander zu lernen Das eigene Verhalten (und der oftmals begründende kulturelle und soziale Hintergrund) sollten als „nicht in Stein gemeißelt“ wahrgenommen werden. Eine Chance hierfür bietet das Kennenlernen des Gegenüber und seiner Kultur und ggf. auch das Lernen hiervon für die eigene Lebenssituation</p>
Zielsetzung	<p>Information und Vermittlung von Kenntnissen zu den verschiedenen Kulturen Zielgruppe: breite Bevölkerung, Bürgerinnen und Bürger mit Interesse an den neuen Mitbürgern und fremden Kulturen</p>
Maßnahmen	<p>Presse-Arbeit und/oder Info-Veranstaltungen. Mögliche Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ kulturelle Besonderheiten, Hintergründe, etc. ▪ Chancen der Integration ▪ Voneinander Lernen, gute Beispiele kommunizieren ▪ Soziales Engagement, Möglichkeiten sich einzubringen ▪ Eigenverantwortung und Verantwortung für die Gesellschaft <p>Wichtiger Baustein:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Gesicht zeigen, mit gutem Beispiel vorangehen“ ▪ Bekannte Persönlichkeiten des Landkreises (Politiker, Unternehmer, weitere) positionieren und zeigen sich in Verbindung mit Integrationsarbeit und nehmen der Bevölkerung die Scheu zur Kontaktaufnahme ▪ Hierüber auch Kontakte zu einzelnen Ehrenamtlichen exempl. herausstellen ▪ Beispiele: Besuche in Vereinen, Café International, Frauenhaus, Integrationskursen, Unternehmen <p>Aktuell geplantes Projekt Landkreis / Asylkoordination: Projekt „Asyl ist Menschenrecht“: Ausstellung in der Art Gallery in Birkenfeld (Plakate</p>

	Pro Asyl) in Verbindung mit einer Reihe von acht Veranstaltungen (Theaterstück von Migranten, Musikaufführungen durch Migranten, Filmabend, etc.), Start / Eröffnung Ausstellung am 8. April 2018
Träger	n.n. definiert, denkbar: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis (mögliche neue Koordinierungsstelle) in Kooperation mit VHS und Verbänden
Akteure	VHS Institutionen, die Bildungsangebote/Vorträge im Thema anbieten Migranten als mögliche Referenten Bürgerinnen und Bürger mit Interesse an den „neuen Mitbürgern“ und „fremden Kulturen“
Kosten	Personalkosten (Koordination, Organisation) → neue Koordinierungsstelle Kosten für Referenten; Veranstaltungskosten Kosten für Pressearbeit
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

6.3.4 Internationaler Integrations-Workshop: „Erwartungen – Kulturelle Unterschiede – gemeinsame Zukunft“

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	Neben den Schulungen der einzelnen Zielgruppen kommt der aktiven Zusammenführung eine entscheidende Bedeutung zu. Ausgangspunkt für den Workshop sollten die grundlegenden Fragen zur Integration sein, bevor in den weiteren Schritten praktische Fragestellungen zum Zuge kommen sollten. Der Workshop kann als Baustein zur Umsetzung/weiteren Ausarbeitung des Integrationskonzeptes betrachtet werden.
Zielsetzung	Austausch zu kulturellen Unterschieden Erzeugung von gegenseitigem Verständnis
Maßnahmen	Gemeinsamer Workshop zur Integration <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwartungshaltungen beider Seiten / Was fehlt jeweils? ▪ Haltungen offen kommunizieren und aufnehmen ▪ Wie kann eine gemeinsame Zukunft in der Region gestaltet werden?
Träger	n.n. definiert, denkbar: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Landkreis (mögliche neue Koordinierungsstelle Integration) in Kooperation mit Verbänden
Akteure	Migranten Fachakteure der Integrationsarbeit Interessierte Bürgerinnen und Bürger Moderationsunterstützung
Kostenbausteine	Personalkosten (Koordination, Organisation) → mögliche neue Koordinierungsstelle Integration Veranstaltungskosten
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

7 Handlungsfeld Sprache

7.1 Ist-Situation / Handlungsbedarfe

Allgemeine Einordnung / Bedeutung der Sprache

Der Erwerb von Sprachkompetenz wird von der überwiegenden Mehrheit der im Thema aktiven Personen als DAS Erfolgskriterium für eine gelingende Integration benannt. Alle weiteren Schritte wie z.B. Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsmarktintegration oder auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben können nicht gelingen, wenn keine ausreichende Sprachkompetenz vorliegt.

In Anbetracht der großen Bedeutung dieses Handlungsfeldes sind die hier nach wie vor bei vielen Migranten vorhandenen Defizite und Bedarfe als kritisch einzustufen:

- Mangelnde Sprachkompetenz trotz Teilnahme an Sprachkursen (s.u.)
- Teilweise Analphabetismus bei Flüchtlingen, der zunächst aufgegriffen werden muss
- Chancen des deutschen Bildungssystems werden von vielen Menschen, v.a. mit niedrigem Bildungsniveau, nicht erkannt
- Ohne Sprachkompetenz keine Aussicht auf Praktika oder Arbeitsstellen (Betriebe fordern mindestens B 1, eher B 2 für eine Ausbildung)
- Fehlende Anwendung der erworbenen Sprachkompetenz im Alltag
- Teilweise bestehen auch bei Migranten, die schon länger in Deutschland sind (z. B. bei den Spätaussiedlern) noch erhebliche Sprachprobleme

Für das Handlungsfeld Sprache und v.a. mit Blick auf das Erlernen der Sprache gilt es zu berücksichtigen, dass die Menschen mit sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen nach Deutschland kommen. Neben gebildeten Personen gibt es auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben nie eine Schule besucht haben. Hier existieren dem entsprechend sehr unterschiedliche Anforderungen an die Lern-Angebote.

Festzuhalten ist aber auch, dass fast alle Migranten sehr motiviert sind, die deutsche Sprache zu lernen.

Integrationskurse (Sprachkurse)

Eines der wichtigsten Elemente der Integrationsarbeit sind die Sprach- bzw. Integrationskurse. Die Handlungskompetenz liegt v.a. beim Bundesamt und ist in der Integrationskurs-Verordnung festgehalten.

Handlungsbedarfe und Möglichkeiten der Weiterentwicklung werden an verschiedenen Stellen gesehen. Diese betreffen u.a. Inhalte, Organisation oder den Leistungsanspruch der Kurse:

- Teils lange Wartezeiten auf Sprachkurse
- Sehr große Diversität in den Kursen bzgl. des Leistungsniveaus der Schüler; führt zu Frustration. Es wird teilweise zu wenig auf das individuelle Leistungsniveau der Schüler eingegangen, manche bleiben deshalb (unbemerkt) zurück
- Die Inhalte der Kurse sind zu teils sehr auf Vermittlung der Grammatik ausgerichtet und zu wenig auf die Anwendung der Sprache

- Die Ergebnisse der Kurse sind nicht immer zufriedenstellend. Entweder der angestrebte Abschluss (z.B. B 1) wird nicht erreicht oder die tatsächliche Sprachkompetenz entspricht nicht dem „auf dem Papier“ erreichten Abschluss B 1.
- In der Folge setzen z.B. Unternehmen bereits die Anforderungen hoch (statt B 1 wird C 1 gefordert)
- Stärkere Verpflichtung zur Teilnahme (u.a. können Personen mit guter Bleibeperspektive von der Kreisverwaltung auch dann zu einem Integrationskurs verpflichtet werden, wenn diese in der Betreuung der Agentur für Arbeit sind; ansonsten nur Verpflichtung durch Jobcenter möglich)
- Stärkere Frequentierung auch von EU-Ausländern (der Besuch eines Integrationskurses ist für Europäer beitragspflichtig - ca. 800 Euro / Kurs - die Arbeitsagentur kann jedoch auf Antrag bei Bedürftigkeit eine Übernahme der Kosten leisten)
- Selbstzahler in Sprachkursen: „Können kommen und gehen wann sie möchten“, mit negativen Auswirkungen auf die Motivation der anderen Teilnehmenden

Anwendung der erlernten Sprache

Der Anwendung der in den Kursen erlernten Sprache im Alltag kommt eine überragende Bedeutung zu. Generell lässt sich sagen, dass hierfür im Lebensalltag der Menschen zu wenige Möglichkeiten existieren. Wenn die deutsche Sprache im Alltag jedoch nicht im Dialog mit Deutschen angewendet werden kann, geht die erworbene Kompetenz nach Erfahrungen der Experten schnell wieder verloren.

Aus dieser Begründung heraus ist, leitet sich die elementare Forderung ab, Möglichkeiten für die Flüchtlinge zu schaffen, abseits der Sprachkurse die deutsche Sprache zu nutzen und das Gelernte weiter zu vertiefen. Dazu müssen Menschen bewusst einem deutschsprachigen Umfeld „ausgesetzt“ sein.

Konkrete Handlungsansätze hierzu sind v.a. in Kapitel 10 „Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ sowie in Kapitel 12 „Handlungsfeld Familienleben und Gesundheit“ festgehalten.

Sprachpaten / Sprachmittler

Neben den hauptamtlichen Dolmetscherinnen und Dolmetschern, die z.B. im Zuge der Asylverfahren zum Einsatz kommen, agieren in der Integrationsarbeit auch sog. „Sprachpaten“ oder „Sprachmittler“. Diese arbeiten i.d.R. ehrenamtlich und sind an verschiedene Verbände bzw. Initiativen angeschlossen (z.B. WeShare in Idar-Oberstein).

Sprachprobleme durch nicht-deutschsprachiges Umfeld

In Ermangelung von Kontakten zu Deutschen oder auch bedingt durch das Arbeitsumfeld kann es konkret zu Sprachproblemen kommen.

So ist es in manchen Betrieben bzw. machen Berufsbildern möglich, den Beruf auszuüben, ohne die deutsche Sprache zu sprechen. Dies ist ambivalent zu beurteilen, denn einerseits behindert dies die weitere Integration (keine Motivation zum Erlernen der deutschen Sprache). Andererseits gibt es viele Personen, für die solche Arbeitsplätze eine gute Chance auf eine schnelle Arbeitsmarktintegration darstellen.

Ähliche Beobachtungen können auch bei der Gruppe der Chinesen gemacht werden. So benötigen die geschäftsführenden Mitarbeiter der ansässigen Unternehmen per se keine Deutschkenntnisse,

um eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen, ebenso wenig deren Ehefrauen. Die Kinder verfügen dem entsprechend auch über sehr geringe Deutschkenntnisse.

Auch in der Gruppe der Migranten aus osteuropäischen Ländern lassen sich diesbzgl. Tendenzen beobachten. Hier kommen einige Menschen mit vorhandener Arbeitsstelle nach Deutschland (oft Fahrer für Logistikbetriebe), verlieren jedoch teilweise die Stelle nach einer gewissen Zeit. Aufgrund fehlender deutscher Sprachkenntnisse finden die Menschen dann i.d.R. keine neue Stelle mehr. Die Motivation und auch die praktischen Möglichkeiten zur Erlangung der deutschen Sprache sind bei dieser Gruppe oft relativ schwach ausgeprägt.

Bezogen auf die Flüchtlinge finden sich aufgrund der häufigen Beschäftigungslosigkeit sowie der schwachen Sprachkenntnisse Tendenzen zur Gruppenbildung und Bildung von Nachbarschaften von Menschen mit gleichem Herkunftsland oder kulturell-religiösem Hintergrund. Dies hat im Sinne eines „Teufelskreises“ wiederum nachteilige Auswirkungen auf den (weiteren) Erwerb der deutschen Sprache und allgemein auf die Integration (siehe hierzu auch Handlungsfeld Wohnen und Mobilität zum Thema Segregation).

7.2 Zielsetzung

7.2.1 Sprache lernen und anwenden

Sprachkompetenz ist das entscheidende Erfolgskriterium für eine gelingende Integration. Alle weiteren Schritte der Integration, wie die Arbeitsmarktintegration und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind letztlich von einer guten Kenntnis der deutschen Sprache abhängig.

Darum bleibt es weiterhin eines der wichtigsten Ziele, dass die in die Region kommenden Migranten die deutsche Sprache erlernen und ihre erworbenen Kenntnisse auch anwenden können.

7.2.2 Angebotslandschaft der Sprachkurse verbessern – alle Zielgruppen in den Blick nehmen

Voraussetzung für den Spracherwerb ist – neben der Bereitschaft der Migranten die Sprache zu lernen – v.a. die Verfügbarkeit der entsprechenden Angebote sowie die Möglichkeit diese zu besuchen. Dies gilt auch für Menschen, die bereits einen Einstieg in das Berufsleben gefunden haben.

Ein besonderes Augenmerk richtet sich hier auf die Frauen unter den Migranten, die leider weiterhin in geringerem Maße die Integrationskurse besuchen bzw. die deutsche Sprache erlernen als die Männer. Hier gilt es, passgenaue Lösungen zu entwickeln, die den Spracherwerb ermöglichen (vgl. hierzu auch Zielsetzung 12.2.3: Vereinbarkeit von Familienleben mit Integration und Spracherwerb).

7.3 Handlungsansätze

Aufgrund seiner hohen Bedeutung und des übergreifenden Charakters finden sich für das Handlungsfeld Sprache – neben den nachfolgend beschriebenen Handlungsansätzen – zahlreiche weitere relevante Handlungsansätze in den anderen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes. Dies sind u.a.:

- „Mama lernt mit“: Sprachkurse an KITAs / Schulen (Kap. 8.3.6)
Integrationskurse / Sprachkurse in den KITAs/Schulen während der Betreuungs- bzw. Unterrichtszeiten

7.3.1 Integrationskurs-Angebote weiter verbessern

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Eines der wichtigsten Elemente der Integrationsarbeit sind die Sprachkurse. Die Handlungskompetenz liegt v.a. beim Bundesamt: Integrationskurs-Verordnung. Handlungsbedarfe und Möglichkeiten der Weiterentwicklung werden an verschiedenen Stellen gesehen.
Zielsetzung	Wartezeiten vermeiden Angebote inhaltlich weiter optimieren Angebote effektiver auslasten durch verbesserte Abstimmung und Kooperation
Maßnahmen	Mögliche Einzelmaßnahmen (basierend auf eingebrachten Bedarfen): <ul style="list-style-type: none"> ▪ durchgängige Integrationskurse von A1 bis C1; für Migranten, die das wollen und in deren Lebenssituation das passt ▪ mehr Kurse zur Erlangung B1 und C1 ▪ Schaffung von mehr Transparenz (wie viele Kurse werden angeboten mit wie vielen Teilnehmern), dadurch bessere Koordinationsmöglichkeiten, Ermöglichen von Kooperationen von unterschiedlichen Anbietern ▪ Inhalte der Kurse kritisch überprüfen und ggf. weiter optimieren. U.a. haben sich Erziehungs- und Lehrkräfte angeboten, die Inhalte der Kurse mit Blick auf ihre Praxis-Erfahrungen mit zu überarbeiten (Kinder spiegeln das Gelernte der Eltern wieder) ▪ ggf. Verknüpfung der „offiziellen“ Teile der Kurse mit Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens und Austausches / Anwenden der Sprache ▪ „Best-Practice-Bsp.“ (Personen, die sehr gute Sprachkenntnisse erworben haben) als Referenten einladen, um auf die Bewusstseinsbildung hinsichtlich der Bedeutung der Sprachkenntnisse hinzuwirken ▪ Nutzung der Kurse für weitere Aktivitäten wie z.B. Akquise von Personen für die ehrenamtliche Arbeit etc.
Träger	n.n. definiert, denkbar: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordination über Landkreis (mögliche neue Koordinierungsstelle Integration) in Kooperation mit Anbietern
Akteure	VHS, weitere Anbieter von Integrationskursen, Jobcenter
Kosten	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

7.3.2 Berufsbegleitender Spracherwerb

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Die meisten Migranten möchten verständlicherweise schnell ein Arbeitsverhältnis eingehen. Dies führt häufig zur Vernachlässigung des Spracherwerbs. Teils führen Maßnahmen des Jobcenters dazu, dass Menschen aus den Sprachkursen „abgezogen“ werden. Hier müssen kombinierte Angebote geschaffen werden
Zielsetzung	Vereinbarkeit von Arbeitstätigkeit und Spracherwerb herstellen
Maßnahmen	1. Berufsbegleitende Sprachkurse z.B. am Abend <ul style="list-style-type: none"> ▪ a) Vertiefung der Sprachkenntnisse ▪ b) zur Erlangung der Sprachkenntnisse für arbeitende Menschen

	<p>2. Inhouse-Schulungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Angebot von Inhouse-Schulungen in Unternehmen mit auf die Bedürfnisse des Unternehmens angepassten Lehrinhalten ▪ VHS könnte hier Schulungen anbieten <p>3. Möglichkeiten von Deutschförderkursen nach der Deutschsprachförderverordnung–DeuFÖV prüfen und nutzen</p>
Träger	Träger der jeweiligen Integrationskurse Ggf. unterstützende Koordination Landkreis (mögliche neue Koordinierungsstelle Integration)
Akteure	VHS; Weitere Anbieter von Integrations- und Sprachkursen; Unternehmen, Jobcenter
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

7.3.3 Alphabetisierungskurse

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	Der Bedarf an Alphabetisierungskursen wird weiterhin groß eingeschätzt. Aktuell wurde in Birkenfeld ein Alphabetisierungskurs gestartet. Alphabetisierungskurse wurden und werden von Menschen, die eigentlich schon höher qualifiziert wären, teils zur „Zeitüberbrückung“ genutzt.
Zielsetzung	Alphabetisierungsgrad erhöhen und damit die Grundvoraussetzungen schaffen für weitere Integrations-Schritte
Maßnahmen	Alphabetisierungskurse
Träger	Träger der Kursangebote
Akteure	VHS; Anbieter von Integrations- und Sprachkursen, Jobcenter
Kosten	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung, u.a. Prüfung welche Anbieter zusätzliche Kurse anbieten könnten Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

7.3.4 Dolmetscher-Pool

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	Es besteht weiterhin Bedarf für Dolmetscherinnen und für verschiedene Sprachen. Oft sind nur Männer als Dolmetscher verfügbar, was in spezifischen Situationen ein Problem darstellt.
Zielsetzung	Bessere Verfügbarkeit von Dolmetscherinnen und Dolmetschern herstellen
Maßnahmen	Aufstellung eines Pools an hauptamtlichen Dolmetschern und ehrenamtlichen Sprachmittlern (männlich und weiblich). Einsatz je nach Fragestellung Führung der Informationen beim „zentralen Ansprechpartner Integration“ beim Kreis (=mögliche neue Koordinierungsstelle Integration)
Träger	n.n. definiert, denkbar: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordination durch Landkreis (mögliche neue Koordinierungsstelle)

	Integration)
Akteure	Dolmetscherinnen und Dolmetscher Sprachpaten und Sprachmittler
Kosten	Personalkosten (Koordination, Organisation) → mögliche neue Koordinierungsstelle Integration Veranstaltungskosten
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

8 Handlungsfeld KITA und Schule

8.1 Ist Situation / Handlungsbedarfe

Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen der Region setzen sich aktiv mit der Thematik Integration auseinander und verfügen über ihre intensive Integrationsarbeit in den letzten Jahren über umfangreiche und sehr wertvolle Erfahrungen. Einzelne Einrichtungen können hier, auch überregional, als Best-Practice-Beispiele gelten.

Kinder mit Migrationshintergrund in KITAs und Schulen der Region

Grundsätzlich sind alle Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen des Landkreises vom Thema Integration berührt, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und auch hinsichtlich der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So haben z.B. die Kinder der KITA Amselweg in Birkenfeld zur Hälfte einen Migrationshintergrund.

Im Einzelnen waren und sind bspw. die Einrichtungen in der VG Herrstein durch die hier lebenden Spätaussiedler geprägt, während die aktuellen Flüchtlinge bzw. deren Kinder vorwiegend Einrichtungen in Stadt Idar-Oberstein, in Birkenfeld, in Baumholder sowie in Rhaunen besuchen.

Schließlich ist die Gruppe der Chinesen im Landkreis vorwiegend für die Einrichtungen im Umfeld des „Oak Garden“ in Hoppstädten-Weiersbach relevant.

Um nur zwei konkrete Beispiele aus der Region zu benennen, seien zwei Grundschulen stellvertretend kurz skizziert:

- In Idar-Oberstein entwickelte sich für die Grundschule Algenrodt die Integration zu einem Schwerpunkt-Thema, da zahlreiche Flüchtlinge in ihrem Umfeld untergebracht und die Kinder entsprechend zugeteilt wurden. Aktuell sind hier etwa 1/3 der Kinder Flüchtlingskinder. Die Grundschule kann nach Meinung mehrerer Experten in Bezug auf ihre Aktivitäten sowie wegen ihrer konzeptionelle Herangehensweise beispielgebend wirken
- Die Grundschule Birkenfeld wird von Kindern aus 21 Nationen besucht. Sie besitzt ein Inklusionskonzept aus dem Jahre 2014, das in der aktuellen Integrationsarbeit Anwendung findet und weiter überarbeitet wird. Wie andere Schulen auch, bietet die Grundschule Birkenfeld Sprachkurse an, die von der ADD mit zusätzlichen Ressourcen unterstützt werden. Im letzten Jahr konnte die Grundschule zu einem interkulturellen Fest etwa 2.000 Besucher empfangen

Integration in KITAs und Schulen

Der Integrationsleistung von KITAs und Schulen wird von allen Experten eine sehr hohe Bedeutung beigemessen. Als großer Vorteil wird angesehen, dass die Integration der Kinder über das Erlernen und Anwenden der Sprache sowie über die in den Gruppen und Klassen entstehenden sozialen Kontakte oft gut funktioniert.

Dabei sind die ErzieherInnen oder Lehrkräfte in vielen Fällen die ersten AnsprechpartnerInnen für die Kinder in Deutschland. Ihnen kommt aus diesem Grund eine sehr verantwortliche Rolle in Bezug auf die Integration der Kinder zu.

Mit Blick auf die Integrationsarbeit in den KITAs und Schulen stehen auf der einen Seite große Chancen für gelingende Integration auf der anderen Seite aber auch hohe Belastungen, zusätzlicher

Aufwand und Verantwortung, denen die Erziehungs- und Lehrkräfte mit zu geringen Ressourcen gegenüberstehen. Gleiches gilt für die Schulsozialarbeit und den schulpädagogischen Dienst.

Nach Einschätzung der Experten wird sich die Bedarfslage eher noch hin zu einem größeren Bedarf entwickeln. Konkret wird erwartet, dass die Anzahl der Flüchtlingskinder in den KITAs und Schulen noch steigen wird. Der Bedarf an Integrationsarbeit wird dem entsprechend größer werden.

Demgegenüber steht die Problematik, dass zusätzliche Personalstellen - u.a. die zusätzlich geförderten Stellen zur Integrationsarbeit - oft nicht besetzt werden können, da keine geeigneten Lehrkräfte „auf dem Markt“ sind.

Zentrale Herausforderung: Große Unterschiede zwischen den Kindern

Die Herausforderungen in Bezug auf die Integration und die Lehre werden als enorm hoch angesehen, v.a. da der persönliche Hintergrund sowie die Vorbildung der einzelnen Kinder in den einzelnen Altersklassen stark variieren. Grundsätzlich können unterschieden werden:

- Kinder, welche noch nie eine Bildungseinrichtung besucht haben (Herausforderung Alphabetisierung und Sprache UND Herausforderung grundsätzliche Regeln in der Schule)
- Kinder, welche schon einmal eine Bildungseinrichtung besucht haben (Herausforderung Sprache)

Zusammenarbeit mit den Eltern / Familien

Ein Problem stellt in vielen Fällen der Kontakt mit den Eltern dar, deren Deutschkenntnisse oft nicht ausreichen, um die notwendige Kommunikation zu führen (Aufnahmeformulare, Elternbriefe, Einverständniserklärungen, Information über Ferien oder bewegliche Ferientage, Stundenplan, Gespräche in Sprechtagen etc.).

Auch ist oftmals das Wissen um die Strukturen des hiesigen Schulsystems bei den Eltern unzureichend vorhanden. Hierdurch mangelt es teilweise an einem entsprechenden Bewusstsein für die Bedeutung des Kontaktes zwischen der Schule und den Eltern. Häufig wissen die Eltern nicht, was die Schule erwartet bzw. voraussetzt. Dies betrifft u.a. die Hausaufgabenbetreuung durch die Eltern zu Hause.

Als Folge dessen wird z.B. an der Grundschule Algenrodt an Elternsprechtagen mit Dolmetschern gearbeitet. Zu berücksichtigen ist jedoch die Tatsache, dass ein Dolmetscher oft nicht ausreicht, da mehrere Sprachen abgedeckt werden müssen.

Positive Erfahrungen konnte hier die Grundschule Oberstein machen, die über einen arabisch sprechenden jungen Mann im FSJ eine Erleichterung in Bezug auf die Kommunikation mit den Eltern erzielen konnte.

Weiterhin lässt sich die Erfahrung machen, dass Mädchen teilweise nicht die gleiche Unterstützung der Eltern erhalten, wie Jungen. Als Problem erweist sich zusätzlich, dass in manchen Familien die Mütter teilweise weniger zu bestimmen haben, als die älteren Brüder der Kinder.

Umgang mit Traumata

Eine besonders große Herausforderung stellt der richtige Umgang mit Traumatisierungen dar, die zahlreiche Kinder im Krieg oder auf der Flucht erlitten haben. Diese treten oft und häufig auch unvermutet in der KITA oder Schule zu Tage.

Hier ist eine intensive Betreuung, abseits der Lehrinhalte, erforderlich, die sich sowohl den psychosozialen als auch den motorischen Defiziten (durch Unterbringung auf engstem Raum, wenig

Bewegungsmöglichkeiten etc.) widmet. Existierende Angebote der Schulsozialarbeit und des schulpsychologischen Dienstes können hier positiv wirken.

Einsatz von Ehrenamtlichen in KITA und Schule

Ehrenamtliche Helfer werden grundsätzlich als begrüßenswerte und wichtige Unterstützung für die Aufgaben in KITAs und Schulen angesehen. Verschiedentlich wurde jedoch die Erfahrung gemacht, dass durch „übermotivierte“ Helfer auch Probleme und Verwirrung verursacht werden können, z.B. bei Einmischung in Belange, die ausschließlich im Zuständigkeitsbereich der Eltern liegen.

Bewusstsein für kulturelle Unterschiede

In Schulen und Kitas fehlt, wie in anderen Einrichtungen auch, teilweise das Bewusstsein für die Besonderheiten der fremden Kulturen. Dies betrifft beispielhaft die Anforderungen an das Essen (Schweinefleisch, halal, etc.). Unkenntnis und mangelndes Bewusstsein können hier zu unerwarteten Problemen führen.

8.2 Zielsetzung

8.2.1 Rolle von KITAs und Schulen in der Integrationsarbeit weiter stärken: Ressourcen in den Einrichtungen schaffen und Unterstützung von außen geben

Unter Experten besteht große Einigkeit, dass die Bedeutung der KITAs und Schulen für eine gelingende Integration nicht hoch genug bewertet werden kann. Um dieser Bedeutung gerecht werden zu können, müssen die notwendigen strukturellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies sind v.a.:

- Eine ausreichende Anzahl von KITA- und Krippen-Plätzen durch die Träger, um Wartezeiten und v.a. Nicht-Aufnahmen zu vermeiden. Hier sind die bindenden Kita-Bedarfsplanungen (Landkreis und Stadt Idar-Oberstein) zu berücksichtigen und ggf. entsprechend dem Bedarf anzupassen
- Stärkere Personalausstattung der KITAs und Schulen zur Bewältigung der beschriebenen Aufgaben – sowohl über interne Erziehungs- und Lehrkräfte als auch über externe Unterstützung, z.B. über Schulsozialarbeit, zusätzliche Sprachförderangebote, psychologische Betreuung oder den Einsatz von Ehrenamtlichen. Die Schulen sollten hier alle existierenden Möglichkeiten (z.B. auch die Vergabe von Honorarverträgen) nutzen
- KITAs, Schulen und ggf. Ausbildungsbetriebe besser vernetzen, um den einzelnen Einrichtungen mehr Informationen, Austausch und Unterstützung zur Integrationsarbeit zukommen zu lassen

8.3 Handlungsansätze

Für das Handlungsfeld KITA und Schule ist auch – neben den nachfolgend beschriebenen sechs Handlungsansätzen, der Handlungsansatz Schulungen für Fachakteure (Kap. 6.3.2) von Bedeutung. Die Schulungen richten sich auch explizit an Erziehungs- und Lehrkräfte sowie Leitungen der Einrichtungen, die mit den Fragen der Integration betraut sind.

8.3.1 Werbung für Besuch der Ganztagschule

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Es besuchen zu wenige Kinder mit Migrationshintergrund die Ganztagesangebote. Aus Sicht einer erfolgreichen Integrationsarbeit wäre es wünschenswert wenn diese Angebote von einer breiten Mehrheit der Migranten wahrgenommen würden.
Zielsetzung	Möglichst viele Kinder in die Ganztagschule nehmen, dadurch die Zeit verlängern, in der die Kinder sich auf Deutsch unterhalten und mit einheimischen Kindern kommunizieren
Maßnahmen	Stärkere Anreize setzen, über Bewusstseinsbildung / Werbung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hinweise in Elterngesprächen ▪ Hinweise im Zuge Schulungen / Informationsveranstaltungen, siehe Handlungsansatz Schulungen für Migranten (Kap. 6.3.1) ▪ Hinweise über Integrationsbegleiter/Flüchtlingsbegleiter ▪ Flyer oder Broschüre zum Bildungs-/Betreuungssystem
Träger	ggf. koordinierende Funktion für mögliche neue Koordinierungsstelle Integration (Landkreis)
Akteure	Alle mit Migranten in Kontakt stehen Personen / Institutionen, u.a.: KITAs, Schulen Integrationsbegleiter/Flüchtlingsbegleiter Elternberatungsstelle Schulsozialarbeit
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

8.3.2 Netzwerk Integrationsarbeit in Bildung und Betreuung

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	KITAs und Schulen sind ein elementarer Baustein der erfolgreichen Integration. Dennoch sind sie teilweise in die Netzwerkarbeit nur indirekt eingebunden. Sie wünschen sich mehr Informationen, Austausch und Unterstützung zur Integrationsarbeit. Es gibt u.a. eine Kooperationsgruppe auf Ebene der Schulleitungen im Bereich VG Birkenfeld und Baumholder (drei Treffen / Jahr)
Zielsetzung	KITAs, Schulen und ggf. Ausbildungsbetriebe besser vernetzen und in das Thema Integration einbinden Kooperationen zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen fördern
Maßnahmen	Regelmäßige Netzwerktreffen von KITAs und Schulen mit den Fachakteuren der Integrationsarbeit <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erster Runder Tisch hat stattgefunden, Leitung: Bildungskoordination Landkreis (Fr. Brenner) ▪ Bildungskoordination übernimmt Schnittstelle im Netzwerk, ggf. in Abstimmung / unterstützt durch mögliche neue Stabstelle Integration des Landkreises ▪ Teilnahme von weiteren Fachakteuren der Integrationsarbeit ▪ Kommunikation von Best-Practice-Beispielen und Integrationsarbeit in

	ausgewählten Einrichtungen: „Von den erfahrenen Einrichtungen lernen“
Träger	Landkreis: Bildungskoordination, ggf. in Abstimmung / unterstützt durch mögliche neue Stabstelle Integration
Akteure	KITAs, Schulen Fachakteure (haupt- und ehrenamtlich)
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

8.3.3 Traumata-Bewältigung

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	große Herausforderung in den KITAs und Schulen: richtiger Umgang mit den häufigen Traumatisierungen von Kindern; psychische und motorische Probleme treten oft und unvermutet in der KITA oder Schule zu Tage. intensive Betreuung abseits der Lehrinhalte ist erforderlich
Zielsetzung	Intensive Betreuung der Kinder <ul style="list-style-type: none"> ▪ Individuelle Probleme und Bedürfnisse der Kinder erkennen ▪ mit professioneller externer Hilfe darauf eingehen
Maßnahmen	1. verstärkte Informationen und Schulungen von Lehrkräften zur Sensibilisierung im Thema 2. verstärkter Einsatz von Schulsozialarbeit, Schulpsychologischem Dienst und der Erziehungsberatungsstelle <ul style="list-style-type: none"> ▪ Möglicher zusätzlicher Sportförder-Unterricht 3. ggf. Arbeitskreis „Traumata-Bewältigung“, angedockt an mögliche neue Koordinierungsstelle Integration
Träger	Landkreis
Akteure	KITAs, Schulen (Lehrkräfte, Leitung) Schulsozialarbeit Schulpsychologischer Dienst (Schulpsychologisches Beratungszentrum Idar-Oberstein) Erziehungsberatungsstelle
Kosten / Ressourcen	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

8.3.4 Stärkere Einbeziehung der Eltern: gemeinsame Aktivitäten

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Die stärkere Einbeziehung der Eltern wird von vielen Seiten als wichtiger Ansatz gesehen. Dies dient zum einen der besseren Kommunikation zu den schulischen Themen, die die jeweiligen Kinder betreffen. Zum zweiten wird dadurch ein genereller Beitrag zur Integration geleistet. Neben dem Lehrbetrieb und den vielen weiteren Aktionen ist nicht an allen KITAs/Schulen die Möglichkeit und/oder Bereitschaft vorhanden, hier aktiv zu

	<p>werden.</p> <p>In diesem Bereich gibt es bereits zahlreiche gute Ansätze und Projekte, s. Bsp. Grundschule Algenrodt „Ich und Du, wir gehören dazu“; Projekt mit kulinarischen Spezialitäten aus den Heimatländern zum Schulfest.</p>
Zielsetzung	<p>Verbesserung der Kontaktfläche Schule–Eltern mit Migrationshintergrund</p> <p>Eltern stärker in das Schulleben integrieren</p>
Maßnahmen	<p>Entwicklung und Umsetzung weiterer Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ansatzpunkt: Begegnung der Menschen vor Ort in und mit der Schule/KITA, z.B. Elterncafé
Träger	Jeweilige KITA oder Schule
Akteure	<p>KITA, Schule</p> <p>Eltern, Kinder</p> <p>Ggf. externe Unterstützung durch Haupt- oder Ehrenamtliche Integrationsarbeit</p>
Kostenbausteine	<p>Kosten für Veranstaltungen</p> <p>Ressourceneinsatz / Personal</p>
Nächste Schritte	<p>Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung</p> <p>Klärung Ressourceneinsatz</p>

8.3.5 „Alle Kinder in die Kita“

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	<p>Aktuell haben die in der Integrationsarbeit tätigen Stellen der Kreisverwaltung sowie auch die weiteren Fachakteure keine Kenntnis darüber, wie viele Kinder tatsächlich die KITAs besuchen.</p> <p>Diese Information wäre aber von großer Bedeutung für weitere Schritte der Integrationsarbeit, z.B. einer verstärkten Werbung für den Besuch von KITA bzw. Ganztagesbetreuung.</p> <p>Der Ansatz bezieht sich per se auf die Kinder aller Migrantengruppen (s. auch Chinesen im Oak Garden).</p> <p>Der Handlungsansatz wird hier festgehalten, obschon allen Akteuren bewusst ist, dass die KITAs bereits mit zahlreichen Informations- und Meldepflichten betraut sind und ein weiterer Aufbau von bürokratischer Arbeit keinesfalls leichtfertig erfolgen sollte.</p>
Zielsetzung	<p>Erhöhung des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund in den KITAs</p> <p>Etablierung eines Rückmelde-Instrumentes „Wer geht in die Kita“?</p> <p>Im Anschluss: verstärkte Information und Bewusstseinsbildung bei den Familien</p>
Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Rückmeldung der Betreuungseinrichtungen (oder deren Träger) an die Kreisverwaltung (Jugendamt), welche (wie viele) Kinder in die Einrichtungen gehen. <ul style="list-style-type: none"> ▪ unter Einhaltung des Datenschutzes ▪ Meldung kann auch via Stadt/Verbandsgemeinden erfolgen 2. Abgleich wie viele Kinder tatsächlich in die KITA gehen mit den vorliegenden Daten der Ausländerbehörde. 3. Führung der Übersicht durch Jugendamt und/oder mögliche neue Stabstelle Integration 4. Ggf. Einleitung entsprechende individuelle aufsuchende Sozialarbeit (verstärkte Information und Bewusstseinsbildung bei den Familien)
Träger	Landkreis

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugendamt und/oder mögliche neue Stabstelle Integration
Akteure	KITAs
Kostenbausteine	Organisatorischer Aufwand bei KITAs und Landkreis
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Ressourceneinsatz

8.3.6 „Mama lernt mit“: Sprachkurse an KITAs / Schulen

Einstufung	Einzelmaßnahmen
Hintergrund	<p>Mütter von Kleinkindern können aufgrund fehlender Betreuungsangebote oft nicht an Sprachkursen teilnehmen.</p> <p>Sprachkurse in der KITA oder Schule sind für die Mütter oftmals besser zu erreichen, bzw. die Teilnahme ist besser zu realisieren</p> <p>Die Grundschule Birkenfeld hat ein ähnliches Angebot entwickelt und angeboten, ist aktuell ausgesetzt (ehrenamtlich durch Lehrer, Organisationsaufwand hoch, Räumlichkeiten wg. Schulbetrieb nur bedingt verfügbar)</p>
Zielsetzung	Verstärkte Integration und Spracherwerb bei Müttern
Maßnahmen	<p>Integrationskurse / Sprachkurse in den KITAs/Schulen während der Betreuungs- bzw. Unterrichtszeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entweder als reguläre Integrationskurse oder Bestandteil derselben ▪ Oder als unterstützende bzw. ergänzende Angebote ▪ Zusätzlich muttersprachliche Angebote über die Einbindung von Migranten selbst, siehe Bsp. aktuelles Angebot Grundschule Birkenfeld Arabisch, Chinesisch, Fasi ▪ Nutzung der Möglichkeit der Schulen zur Vergabe von Honorarverträgen,
Träger	Träger des Sprachkurses / KITAs, Schulen
Akteure	KITAs, Schulen
Kostenbausteine	Kosten für Durchführung der Sprachkurse begleitende Kosten Personalaufwand
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Ressourceneinsatz

8.3.7 Informationsbroschüre „Kindsein in Deutschland“

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	<p>Im März 2016 gründete sich der Arbeitskreis Frühe Hilfen für Neubürger. Mitglieder sind die Vertreter der Kreisverwaltung (Netzwerk Kinderschutz, Asylkoordination, Bildungskoordination, Projektmanagerin für Haltestrategien) sowie Vertreter der Institutionen ProFamilia, Diakonisches Werk und Caritas.</p> <p>Anlass für die Gründung des Arbeitskreises war die Notwendigkeit, verbesserten Zugang zu den Angeboten der Frühen Hilfen zu schaffen und die Eltern über wichtige Sachverhalte zu informieren. Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass bei den neuzugewanderten Eltern ein Informationsdefizit bezüglich des deutschen Systems besteht.</p>
Zielsetzung	Schaffung einer Möglichkeit zur schnellen Orientierung zu relevanten

	Informationen, Ansprechpartnern und Kontaktstellen in den Themen „Schwangerschaft und Geburt“, „Medizinische Versorgung“, „Kita“ und „Schule“
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erarbeitung / Zusammenstellung der relevanten Inhalte ▪ Erklärung von Strukturen und Abläufen in den Themenfeldern, z.B. ▪ Kompakte und übersichtliche Fassung der Inhalte, z.B. Erklärung des Systems der Krankenversicherung, Hinweis auf die Bedeutung von Impfungen, Abläufe in einer Kita etc. ▪ Zusammenstellung der Ansprechpartner (Beratungsstellen, Ärzte, Hebammen etc.) ▪ Übersetzung in versch. Sprachen ▪ Layouterische Überarbeitung und Druck ▪ Verteilung an den relevanten Stellen im Landkreis
Träger	Landkreis Birkenfeld
Akteure	Landkreis Birkenfeld
Kostenbausteine	s. Maßnahmen
Nächste Schritte	Layouterische Überarbeitung und Druck Verteilung im Kreis

9 Handlungsfeld Wohnen und Mobilität

9.1 Ist Situation / Handlungsbedarfe

Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen bei der Wahl des Wohnortes gestalten sich für die verschiedenen Migrantengruppen je nach Aufenthaltsstatus unterschiedlich. Für Asylbewerber gilt - wenn ihr Antrag auf Asyl noch nicht fertig bearbeitet wurde - eine Residenzpflicht für einen bestimmten räumlichen Bereich (Kommune, Kreis oder Bundesland).

Geduldete sowie Flüchtlinge unter subsidiärem Schutz müssen einer Wohnsitzauflage nachkommen, zumindest wenn sie Sozialleistungen empfangen.

Anerkannte Flüchtlinge gemäß § 3 des Asylgesetzes erhalten in der Regel einen Aufenthaltstitel für drei Jahre. Mit Anerkennung des Flüchtlingsstatus erhalten Sie dieselben Rechte und Pflichten wie Bundesbürger und kommen dadurch grundsätzlich in den Genuss der Freizügigkeit. Nach einer Änderung des Integrationsgesetzes besteht dennoch unter bestimmten Umständen eine Wohnsitzauflage. Diese greift nicht, wenn Betroffene oder deren Lebenspartner einer Arbeit nachgehen.

Wohnungssuche und Wohnungsführung

Die Wohnungssuche und in der Nachfolge auch das konfliktfreie Bewohnen von Wohnungen stellen in der Region weiterhin eine große Herausforderung dar.

Insgesamt bieten sich auf dem Wohnungsmarkt speziell für Migranten sehr wenige Angebote. Ein tatsächlicher Mangel an Wohnungen existiert allerdings nur bei den stark nachgefragten 1 bis 2-Zimmerwohnungen.

Der allgemein herrschende Mangel an Angeboten resultiert aus der Tatsache, dass viele Vermieter nicht oder nicht mehr an Migranten vermieten möchten. Hier wurden teilweise schlechte Erfahrungen gemacht. Häufig auftretende Konflikte bei der Wohnnutzung bezogen und beziehen sich u.a. auf die Einhaltung von Ruhezeiten und anderen Hausregeln, Umgang mit Haustechnik oder das dauerhafte Bewohnen der Wohnung durch zusätzliche Personen. Bei der Wohnungsführung kam es in einigen Fällen auch zu sehr hohen Wasser- und Energieverbräuchen und damit in Zusammenhang stehenden Kosten. Ursächlich hierfür sind teils triviale technische Gründe, wie die Unkenntnis wie eine Heizung geregelt wird

Möbellager

Im Landkreis gibt es aktuell keine praktikable Zwischen-Lagermöglichkeit für gespendete Möbel. Es tritt immer wieder der Fall auf, das gute Möbel aus Haushaltsauflösungen zur Verfügung stünden, aber nicht direkt in eine Wohnung verbracht werden können.

Das Möbellager-Lösung in Rhaunen ist für die Bedarfe in der VG Rhaunen ausgelegt.

Das bisherige Möbellager in Niederbrombach ist voll bestückt mit neuen Möbeln. Diese Möbel werden zur Ausstattung der vom Sozialamt des Kreises angemieteten Wohnungen verwendet. Personen, die sich im Leistungsbezug des Jobcenters befinden haben hierauf keinen Anspruch, da diese eine Pauschale zur Wohnungsausstattung erhalten.

Unbedingt mitbedacht werden muss die Frage des Möbeltransportes. Ein Möbellager ohne gesicherte und verfügbare Transportmöglichkeit löst nur die Hälfte des Bedarfes.

Mobilität

Eng verknüpft mit der Frage des Wohnortes von Flüchtlingen ist die Frage ihrer Mobilität. Ein Hauptgrund zur Bevorzugung der größeren Orte als Wohnorte – sowohl aus Sicht vieler Flüchtlinge als auch aus Sicht vieler in der Integrationsarbeit tätigen Menschen – sind die Vorteile der leichteren Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten.

Im Landkreis Birkenfeld - als Flächenkreis im ländlichen Raum – herrschen per se die typischen Mobilitätsprobleme für Menschen, die nicht am Individualverkehr partizipieren. Flüchtlinge gehören i.d.R. zu dieser Gruppe. Die ÖPNV-Nutzung bringt die bekannten Nachteile mit sich: Generelle Komplexität des Systems, fehlende oder schlechte Verbindungen sowie – mit Blick auf die Zielgruppe - hohe Preise.

Hieraus resultieren für Flüchtlinge oftmals Probleme, die für sie konzipierten Angebote (z.B. Sprachkurse) zu nutzen, wenn die Angebotsorte nicht dem Wohnort entsprechen.

Eine Ausnahme in Bezug auf die Qualität der Verbindungen bildet hier die Stadt Idar-Oberstein. Sie verfügt über einen eigenen Busverkehr im Stadtgebiet, d.h. Mobilitätsprobleme existieren hier so gut wie nicht.

Bei Unterbringung von Flüchtlingen „in der Fläche“ können einige der entstehenden Mobilitätsbedarfe durch private Mitnahme aufgefangen werden.

Im Rahmen des Workshops mit den Ehrenamtlichen wurde eine generell kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Geflüchtete vorgeschlagen, jedoch in der Diskussion wieder verworfen, da eine Ungleichstellung, z.B. mit einheimischen Sozialhilfe-Empfängern, entstehen würde.

Generell kann darüber hinaus festgehalten werden, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich Erstattungsmöglichkeiten von Fahrtkosten eher an die städtischen Räume angepasst sind als an den ländlichen Raum. Dem entsprechend sind hier Defizite zu verzeichnen: Höhe der möglichen Erstattungen, Erstattung einzelner Fahrten, Unflexibilität.

Sozialräumliche Segregation / mögliche „Ghettobildung“

Die Wohnorte von Flüchtlingen im Landkreis sind v.a. Idar-Oberstein, Birkenfeld, Baumholder und Rhaunen. In den meisten kleineren Orten und Dörfern des Landkreises wohnen keine Flüchtlinge. Im Landkreis ist Idar-Oberstein der beliebteste Wohnort unter Migranten.

Sobald die Möglichkeit zur freien Wohnortwahl bestand, tendierten Flüchtlinge in den vergangenen Monaten mehrheitlich in größere Städte urbane Räume im Umfeld, z.B. dem Rhein-Main-Gebiet. Dieser Trend kehrt sich seit einiger Zeit jedoch teilweise wieder um, d.h. es kehren Menschen aus den urbanen Räumen wieder in den Landkreis zurück.

Gerade die Stadt Idar-Oberstein kann aus ihrer Tradition heraus auf eine gewisse multikulturelle Prägung zurückgreifen. Die aktuelle Situation ist mit der Vergangenheit jedoch nur bedingt vergleichbar. Dies geht zum einen auf die reine Anzahl an Migranten zurück sowie auf die starken Anteile einzelner Nationen, wodurch Orientierungsprozesse innerhalb der eigenen nationalen Gruppe verstärkt werden.

In mehreren Expertengesprächen wurde auf Entwicklungen sozialräumlicher Segregation hingewiesen, die sowohl in Birkenfeld als auch in Idar-Oberstein zu beobachten seien.

Von den meisten Experten wird eine stärkere kulturelle und soziale Durchmischung bei der Wohnortwahl als besonders bedeutsam im Sinne einer gelingenden Integration angesehen. Einige der befragten Experten sehen bei (weiterem) Nicht-Gelingen einer solchen Durchmischung die Gefahr einer „Ghetto-Bildung“. Tendenzen hierzu zeigen sich, wie beschrieben, insbesondere in einzelnen Straßenzügen von Idar-Oberstein und Birkenfeld.

Teilweise negative Erfahrungen in dieser Hinsicht besitzt die Region auch seit der Zeit der Zuwanderung von Spätaussiedlern in den 1990er Jahren.

Der Wunsch einer stärkeren sozialen Durchmischung ist in Bezug auf die getroffenen und aktuell sich entwickelnden Wohnortentscheidungen nur bedingt zu beeinflussen. Die Tendenz zur Gruppierung entsprechend kultureller, religiöser oder nationaler Zuordnung ist nachvollziehbar.

9.2 Zielsetzungen

9.2.1 Wohnungsfindung und Wohnungsführung erleichtern

Aufgrund der unter 9.1 beschriebenen Situation auf dem Wohnungsmarkt ist die aktive Unterstützung wohnungssuchender Menschen erforderlich. Gleichzeitig gilt es, Kenntnisse zur Wohnungsführung zu vermitteln.

9.2.2 Soziale Segregation vermeiden / soziale Durchmischung fördern

Oberste Zielsetzung im Handlungsfeld Wohnen und Mobilität ist es, negative Folgen des Wohnumfeldes der Menschen auf ihre Integration zu vermeiden. Zuvorderst ist hier die Gefahr der sozialen Segregation in bestimmten Stadtteilen zu nennen, welcher mittels einer Kombination aus städtebaulichen Instrumenten und Ansätzen der Sozialarbeit vor Ort aktiv begegnet werden muss.

9.3 Handlungsansätze

9.3.1 Unterstützung bei Wohnungsfindung und Wohnungsführung

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Mangel an Wohnungsangeboten und teilweise Probleme bei der Wohnungsführung Zum Teil übernehmen bereits die ehrenamtlichen Begleitpersonen Aufgaben in diesem Bereich. Zur effektiven Umsetzung ist ein höherer Umfang an Betreuung notwendig
Zielsetzung	Wohnungsfindung und -führung unterstützen und Probleme vermeiden. Vermittlung zw. Vermietern und Mietern.
Maßnahmen	<p>1. „Wohnungspaten“</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Begleitung der Menschen durch „Paten“, die die Notwendigkeit der Einhaltung bestimmter Regeln und weitere grundlegende Dinge vermitteln ▪ Vermittlung von Kenntnissen, welche zur Bewältigung des Alltags wichtig sind: Wohnung heizen (Thema Kosten), Energie sparen, Mülltrennung ▪ Einbezug von Migranten selbst als Paten ▪ Siehe auch Handlungsansatz stärkere Einzelbetreuung: persönliche Integrationsbegleiter oder Paten (Kap. 13.3.2) <p>2. Wohnungsvermittlungsstelle</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zentrale Vermittlungsstelle des Landkreises oder der Kommunen, die auch als Ansprechpartner für Vermieter zur Verfügung steht ▪ s. Beispiel Landkreis Bad Kreuznach

Träger	n.n. definiert, ggf. Landkreis und/oder Kommunen
Akteure	Landkreis, Kommunen Vermieter Ehrenamtliche Wohnungspaten / Integrationsbegleiter
Kostenbausteine	Personalkosten Vermittlungsstelle
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Ressourceneinsatz

9.3.2 Möbellager für gespendete Möbel / Sozialkaufhaus

Einstufung	Einzelmaßnahme(n)
Hintergrund	Es fehlen ein oder mehrere dezentrale Möbellager für gespendete Möbel. Der Ansatz richtet sich ausdrücklich an alle bedürftigen Menschen – gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund
Zielsetzung	Gespendete Möbel und ggf. weitere Gegenstände effizient an interessierte Menschen weitergeben
Maßnahmen	Einrichtung eines oder mehrerer dezentraler Möbellager <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. auch als Sozialkaufhaus mit einer breiteren Palette ▪ Ggf. direkte Einbindung von Migranten in die begleitenden Tätigkeiten ▪ Transport der Möbel organisieren / Logistik sicherstellen
Träger	n.n. definiert <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. koordinierende Funktion für mögliche neue Koordinierungsstelle Integration
Akteure	Landkreis, Kommunen Verbände Ehrenamtliche Migranten
Kostenbausteine	Personal-Ausstattung Räumlichkeiten Transporte
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Eruierung mögliche Träger für Möbellager/Sozialkaufhaus: Landkreis, Kommunen, Verbände

9.3.3 Wohnen in kleineren Orten für Migranten attraktiver machen

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Im Workshop Ehrenamt wurde u.a. herausgestellt, dass Integrationsarbeit in kleinen Kommunen „näher am Menschen“ und damit oft erfolgreicher praktiziert werden kann. Als gutes Beispiel kann hier Rhaunen dienen. Einzelne Faktoren sind: Mehr soziale Kontrolle, bessere Einbindung, besseres Sprachverständnis. Mobilitätsnachteile gegenüber den Städten lassen sich in einigen Fällen durch die in kleinen Orten intensivere Einzelbetreuung ausgleichen.

	Ansatzpunkte bieten sich sowohl für Menschen mit freier Wohnortwahl als auch für Menschen, die neu zu uns kommen (zugeteilt werden).
Zielsetzung	Wohnen in kleineren Orten ermöglichen und stärker bewerben
Maßnahmen	<p>1. bei neu zugeheilten Flüchtlingen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Flüchtlinge bereits zu Beginn dezentral zuordnen an interessierte Gemeinden ▪ Werben um Übernahme von Verantwortung bei Ortsgemeinden / Ortsteilen; Ansatz/Motto: „1 Familie pro Dorf“ ▪ Klare Darstellung des Lebensbildes „Wie sieht das Leben einer zugewanderten Familie auf dem Dorf aus?“; Beispiel Rhaunen kann herangezogen werden; Beispiele für kleinere Orte gibt es wenige/keine <p>2. bei freier Wohnortwahl</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei den Flüchtlingen für Vorteile des Lebens auf dem Dorf werben, z.B. über bestehende Kontakte in Café International o.ä. Einrichtungen
Träger	Kommunen
Akteure	<p>Landkreis</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. koordinierende Unterstützung durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration <p>Ehrenamtliche / Verbände</p>
Kostenbausteine	<p>Personalkosten</p> <p>Unterbringungskosten</p>
Nächste Schritte	<p>Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung</p> <p>Erörterung mit den interessierten Kommunen (Gemeinden, Ortsteilen)</p>

9.3.4 Integrationsarbeit vor Ort: Stadtteilprojekte, Quartiersmanagement und Streetworking

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	<p>Aktive Integrationsarbeit nah am Wohnort der Menschen (als Quartiersmanagement, Stadtteilprojekte, etc.) wird von den Experten als entscheidender Ansatz für eine gelingende Integration gesehen.</p> <p>Hier wurden bei der Integration der Spätaussiedler Fehler gemacht, die sich wiederholen werden, wenn der Ansatz nicht intensiv verfolgt wird.</p> <p>Einsatzbereich könnte z.B. der Bereich Barbararing in Idar-Oberstein sein</p>
Zielsetzung	Die Menschen nahe am Wohnort mit aktiver Integrationsarbeit erreichen
Maßnahmen	<p>Mögliche Maßnahmenbausteine, die auch miteinander kombiniert einsetzbar sind, sind u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtteilprojekte / Quartiersmanagement ▪ Einsatz von Streetworking ▪ Einrichtung einer Begegnungsstätte, nahe am Wohnort der Menschen (s. z.B. bestehendes Projekt ProIndi), bspw. als „Haus der Integration“, o.ä. ▪ Anlaufstelle v.a. für junge Menschen, die sich einbringen möchten und Beschäftigungsmöglichkeiten suchen ▪ enge Verknüpfung mit aufsuchender Sozialarbeit, siehe Handlungsansatz Aufsuchende und Präventive Integrationsarbeit (Kap. 13.3.1)
Träger	<p>n.n. definierbar</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Empfehlenswert ist eine starke vernetzende Funktion, z.B. durch die mögliche neue Koordinierungsstelle Integration

Akteure	Landkreis, Kommunen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialarbeiter Verbände, Ehrenamtliche
Kostenbausteine	Personalkosten (ggf. als Projektstellen) Kosten für Infrastruktur, Räume (Begegnungsstätte, Haus der Integration, o.ä.)
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft und Ressourceneinsatz Definition der betroffenen Bereiche Ausarbeitung der Maßnahmen Fördermöglichkeiten prüfen (z.B. „Soziale Stadt“)

10 Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

10.1 Ist-Situation / Handlungsbedarfe

Ohne Kontakte – keine Integration

Eine große Mehrheit der Experten kommt darin überein, dass zu einer positiven Entwicklung im Bereich der Integration die Quantität und Qualität der sozialen Kontakte verbessert werden muss. Nach wie vor hat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Landkreis keinerlei direkte Kontakte zu den in den letzten drei Jahren zugewanderten Menschen. In den seltensten Fällen ist dies auf echte Ablehnung zurückzuführen, sondern i.d.R. auf mangelndes Interesse, auf das Fehlen von unkomplizierten Gelegenheiten der Begegnung oder auf das fehlende Bewusstsein für die Bedeutung einer gelingenden Integration für die gesamte Gesellschaft.

Auf Seiten der Flüchtlinge ist der Wunsch nach Kontakten und sozialer Integration mehrheitlich sehr groß. Das Ergebnis einer Befragung, die in der Vergangenheit im Café International Idar-Oberstein von Helfern durchgeführt wurde, ergab als alles überragendes Ergebnis den Bedarf an Kommunikationsmöglichkeiten mit Deutschen. Auch die Ergebnisse der Regionalanalyse unterstreichen dies. Wenn es Kontaktmöglichkeiten gibt, wie z.B. im Zuge des Integrationsfestes am 29.9.17 in der Göttenbach-Aula, werden diese gerne genutzt.

Große Bedarfe bestehen an speziellen Begegnungsmöglichkeiten für Frauen sowie allgemein für junge Menschen. Junge Menschen äußern auch insbesondere den Bedarf, sich mit jungen Einheimischen zu treffen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Aus dem Nicht-Kennenlernen des Gegenübers resultiert eine Distanz, die letztlich das Gegenteil von erfolgreicher Integration nach sich zieht. Positiv formuliert: Gegenseitiges Kennenlernen ist der Schlüssel zur gegenseitigen Akzeptanz und zur Integration.

Cafés International und Frauencafés

Einer der in der Region vielleicht bekanntesten Bausteine der Integrationsarbeit sind die Cafés International sowie Frauencafés. Die jeweiligen Träger arbeiten zum Betrieb der Cafés mit ehrenamtlich Tätigen zusammen.

Es existieren im Landkreis insg. vier solcher Begegnungsstätten:

- Café International Baumholder (ev. Kirchengemeinde) und Frauencafé „Rahil“ Baumholder (Letzteres eingestellt aufgrund fehlender Nachfrage); ursprünglich jeweils 1 x Woche à 2 Stunden, Evangelisches Jugendzentrum (Café) bzw. Katholisches Gemeindehaus (Frauencafé)
- Café International Birkenfeld (Diakonisches Werk) und Frauencafé „Rahil“ Birkenfeld (Letzteres eingestellt aufgrund fehlender Nachfrage); jeweils 1 x pro Woche 2 Stunden; „Alte Schule“, Am Kirchplatz 13. Wsh. keine künftige Fortführung, aus Mangel an Personalressourcen/Kapazitäten. Leitung: Fr. Lambio
- Internationales Bürgercafé Idar-Oberstein, Am Barbararing (IBC), 1 x pro Woche 3 Stunden, KIBB (Zentrum für Kultur, Integration, Bildung und Begegnung)
- Café International Idar-Oberstein (WeShare), Begegnungszentrum Gewerbehalle, Dr. Liesegang-Straße 1, 55743 Idar-Oberstein (Stadtteil Idar), Montags 16.00 bis 19.00 Uhr
- Aktuell neues Angebot eines Frauentreffs in Idar-Oberstein: Kooperation Stadt Idar-Oberstein mit DRK (seit Januar 2018)

Das Café International in Idar-Oberstein wurden in den letzten 2 Jahren von insg. ca. 200 Flüchtlingen besucht. Aktuell treffen sich dort zwischen 30 und 70 Personen. Es besteht eine enge Vernetzung mit den Wohlfahrtsverbänden und auch mit der Fachhochschule (Schmuckdesign). Zahlreiche Angebote werden gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfern durchgeführt (Betrieb Café, Hilfsangebote, s.o.).

Insgesamt kann das Café als Erfolgsgeschichte eingestuft werden. Hierüber sind einige persönliche Kontakte und Freundschaften entstanden. Für integrationswillige Menschen besteht hier eine sehr gute Anlaufstelle.

In Idar-Oberstein entsteht aktuell eine weitere Begegnungsstätte, welche auch für die Integrationsarbeit wertvoll sein wird. Die Stadt realisiert eine Bildungs- und Begegnungsstätte unter Einbindung u.a. der Stadtbücherei, eines Cafés sowie Räumlichkeiten für Veranstaltungen etc..

Rolle der Vereine

Nach breit getragener Auffassung leisten v.a. die Vereine einen sehr wertvollen und oftmals nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag für die Integration. Manche Experten bescheinigen den Vereinen sogar, dass ihre Aktivitäten die erfolgreichsten im gesamten Spektrum der Integrationsarbeit seien. Die Erfahrungen in der Region zeigen, dass bei Migranten, die in einem Verein aktiv sind, die Integration deutlich erleichtert wird.

Oft sind hier Sportvereine tätig, hinzu kommen aber auch Vereine anderer Sparten. Ein gutes Beispiel für gelungene Integrationsarbeit liefert z.B. der FC Hohl. In der Region wahrgenommen wurde der Fall eines jugendlichen Flüchtlings, der von Schalke 04 entdeckt wurde (seinerzeit im Trainingslager in Idar-Oberstein) und dessen Beispiel einen zusätzlichen Anreiz lieferte, in Vereinen aktiv zu werden.

Konflikte zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen

In den vergangenen Monaten beobachteten die in der Integrationsarbeit Aktiven verschiedene soziale Konflikte zwischen unterschiedlichen Gruppen von Migranten. Im Einzelnen wurden folgende Aspekte benannt:

- Streitigkeiten aufgrund der unterschiedlichen Einstufung hinsichtlich Aufenthalts-Status bzw. Bleiberecht
- Migranten aus EU-Ländern fühlen sich benachteiligt gegenüber Flüchtlingen (z.B. kein geförderter Besuch von Sprachkursen)
- Konflikte zwischen Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern aufgrund von religiösen oder kulturellen Unterschieden verbunden mit mangelnder Akzeptanz des Gegenübers

10.2 Zielsetzung

10.2.1 Die Teilhabe und das Miteinander in der Gesellschaft stärken

Die Zielrichtung im Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben lässt sich in einer zentralen Zielsetzung zusammen fassen. Es geht letztlich darum, eine Vereinsamung und Entkopplung der Menschen von der Gesellschaft zu vermeiden und die daraus resultierenden negativen Konsequenzen erst gar nicht auftreten zu lassen. Denn: Integrationsprobleme betreffen insbesondere diejenigen Menschen, die „unsichtbar“ bleiben und am sozialen Miteinander nicht teilhaben.

Diese Zielsetzung richtet sich, wie die meisten Ziele in diesem Konzept, nicht alleine an zugewanderte Menschen, sondern ausdrücklich an alle Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht den Weg in das Gemeinwesen hinein finden oder aus diesem „herausgefallen“ sind. Letztlich ist jeder dieser Menschen auch ein Spiegel für die Qualität und die Integrationsfähigkeit unseres Gemeinwesens an sich.

Viele der Experten betonten hierzu, dass die Sichtweise umgedreht werden müsse: Es sind nicht die Migranten oder andere zu integrierende Menschen, denen wir etwas Gutes tun, sondern es ist unser soziales Miteinander an sich und damit wir selbst, die von gelingender Integrationsarbeit profitieren.

10.2.2 Orte und Gelegenheiten für Begegnungen schaffen

Grundvoraussetzung und erster Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel ist das Sich-begegnen. Die notwendige Basis für Begegnungen sind Orte und Gelegenheiten, die wir bewusst entwerfen und herstellen müssen.

10.2.3 gemeinsame Angebote und Themen entwickeln

Ein wichtiger Aspekt bei der Begegnung ist das Erzeugen und Verfolgen von Themen und Anlässen, die von gemeinsamen Interesse sind. Dem liegt zu Grunde, dass Anlass-bezogene Kontakte weitaus einfacher herzustellen sind als Anlass-lose Kontakte.

Bei der Schaffung solcher thematischer Berührungspunkte, die die Menschen zusammenbringen sollen, ist es wichtig, dass nicht eine Seite der anderen „ein Angebot macht“, sondern dass alle Beteiligten zu aktiven Mitgestaltern werden. Dies gilt grundsätzlich für alle denkbaren Themen und Anlässe, z.B. bestimmte Feste, Essen, Handwerk, Ausflüge oder Spiele.

Hierfür gibt es in der Region etliche positive Beispiele, wie z.B. die durch den Beirat für Migration in Idar-Oberstein organisierten Feste.

10.3 Handlungsansätze

Für das Handlungsfeld Teilhabe am gesellschaftlichen Leben finden sich – neben den nachfolgend beschriebenen vier Handlungsansätzen - auch zahlreiche weitere Handlungsansätze in den anderen Handlungsfeldern wieder, die für die Fragestellungen der Begegnung und Teilhabe ebenso relevant sind:

- Schulungen für Fachakteure (Kap. 6.3.2)
Die Schulungen richten sich auch explizit an Erziehungs- und Lehrkräfte sowie Leitungen der Einrichtungen, die mit den Fragen der Integration betraut sind
- Schulungen für Migranten (Kap. 6.3.1)
Schulungen müssen über die Cafés mitbeworben werden und können ggf. auch im Café International stattfinden (insofern die Räumlichkeiten ausreichen)
- Internationaler Integrations-Workshop: „Erwartungen – Kulturelle Unterschiede – gemeinsame Zukunft“ (Kap. 6.3.4)
s.o. bei Schulungen
- Integrationsarbeit vor Ort: Stadtteilprojekte, Quartiersmanagement und Streetworking (Kap. 9.3.4)

Stadtteilprojekte und Streetworking finden in den betreffenden Stadtteilen statt, sollten aber immer an die bestehenden Einrichtungen (hier: die Cafés) angedockt sein

- **Frauentreffs und Frauen-Gesprächsrunden (Kap. 12.3.2)**
Es gilt die bestehenden Frauentreffs zu stärken
- **Aufsuchende und Präventive Integrationsarbeit (Kap. 13.3.1)**
Die Besucher der Cafés International können als Multiplikatoren und Kontaktbereiter für aufsuchende Integrationsarbeit fungieren
- **Aktive Vernetzung und Koordination der Integrationsarbeit / „Kordinierungsstelle Integration“ beim Landkreis (Kap. 13.3.4)**
Vereine und Cafés können über die mögliche neue Koordinierungsstelle besser eingebunden und besser mit Informationen ausgestattet werden

10.3.1 Begegnungsstätten fördern - Cafés International stärken

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Die Cafés International und Frauencafés sind erfolgreiche und hoch geschätzte Angebote der Integrationsarbeit. Teilweise bestehen Probleme aufgrund von Mangel an personellen Ressourcen, finanzieller Unterstützung oder Bekanntheit der Angebote. Nach breiter Einschätzung reichen die Angebote nicht aus, die Cafés sind zu selten geöffnet, es gibt zu wenige konkrete Hilfs- und Beratungsangebote zu den für die Migranten wichtigen Themen
Zielsetzung	Cafés International und Frauencafés als etablierte Einrichtungen der Begegnung sichern und ausbauen/stärken
Maßnahmen	1) Schaffung finanzieller Voraussetzungen 2) Schaffung einer offenen Begegnungsstätte in Birkenfeld für Flüchtlinge und Deutsche (bislang kein solches Angebot) 3) neues Gebäude für Café International in Oberstein (Wunsch Workshop Ehrenamt) 4) bessere Informationsaufnahme und –weitergabe. Verwaltungen und Jobcenter können stärker auf die Angebote in den Cafés hinweisen 5) freies Internet in den Cafés anbieten
Träger	Träger der Cafés (Diakonisches Werk) und ggf. anderer Begegnungsstätten
Akteure	Alle mit den Cafés und Begegnungsstätten kooperierenden und dort agierenden Institutionen und Ehrenamtliche
Kostenbausteine	Personalkosten Kosten für Infrastruktur, Räume Begleitende Kosten bei Veranstaltungen, Aktionen, etc.
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung gemeinsam mit den Trägern und Partnern

10.3.2 Gärten der Begegnung / Interkultureller Garten

Einstufung	- geplantes Projekt der AWO (Interkultureller Garten) in Idar-Oberstein - Projektidee der katholischen Kirche (Gärten der Begegnung) in Birkenfeld
Hintergrund	Gartenbau als verbindendes Thema zur Begegnung plus Vermittlung von weiteren Inhalten unabhängig vom Thema Gartenbau Hier bietet sich auch die Möglichkeit zur Begegnung von Spätaussiedlern (bewirtschaften oft Gärten) und Flüchtlingen
Zielsetzung	Die gemeinsame Bewirtschaftung von Gärten als Element des interkulturellen Austauschs und der Integrationsarbeit entwickeln Kombination mit verschiedenen weiteren Angeboten, Schulungen etc.
Maßnahmen	Umsetzung des Projektes „Interkultureller Garten“ der AWO in Idar-Oberstein (Standort der AWO, ehem. Gärtnerei) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kombination mit einem Begegnungszentrum, Einbindung versch. Aspekte (Frauen als Zielgruppe, Jugendliche, Schulungen, etc.) ▪ Nutzung des bestehenden Gartengeländes ▪ Kombination mit dem Projektansatz der Stadt „Garten des Gedenkens“ am Magnolienhain (gefördert über „Aktive Stadt“) Entwicklung der Projektidee in Birkenfeld, ggf. Kooperation der beiden Projekte
Träger	AWO Katholische Kirche Ggf. weitere Partner
Akteure	Auskunft über Projektträger
Kostenbausteine	dito
Nächste Schritte	dito

10.3.3 Unterstützung der Integrationsarbeit in den Vereinen

Einstufung	Zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	Vereine leisten einen nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag für die Integration. Erfahrungen in der Region zeigen, dass bei Migranten, die in einem Verein aktiv sind, die Integration deutlich erleichtert wird. Das Spektrum der aktiven Vereine ist groß, ein Schwerpunkt liegt aber bei den Sportvereinen. In der Vergangenheit wurde durch die Kreisverwaltung eine Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten über „Bildung und Teilhabe“ für Vereinsvertreter durchgeführt (gut besucht)
Zielsetzung	Die Vereine in der Integrationsarbeit unterstützen Eintrittsschwellen senken, Menschen „an die Hand nehmen“ und „abholen“
Maßnahmen	Verschiedene mögliche Maßnahmen in bzw. mit den Vereinen, u.a.: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsreihen zu versch. Themen wie z.B. Fördermöglichkeiten ▪ Projektansatz „Vereinsbegleiter“ ▪ Spezielle Angebote entwickeln, die ohne längere Bindung angenommen werden können, z.B. Lauftreff für Flüchtlinge und Deutsche ▪ Ggf. Gründung eines Fördervereines auf Kreisebene, der die Vereinsarbeit gezielt unterstützt (s. Idar-Oberstein)

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Workshop mit Vereinsvertretern zur Eruierung der konkreten Bedarfslage ▪ Bessere Einbindung und Information der Vereine durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration
Träger	Vereine Ggf. Unterstützung durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration (Landkreis)
Akteure	Vereine Landkreis, Kommunen und alle weitere Akteure in der Integrationsarbeit
Kostenbausteine	Personalkosten Kosten für Infrastruktur, Veranstaltungen, Übungseinheiten, Materialien, etc.
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung der einzelnen Maßnahmen im Zuge der Konzeptumsetzung

11 Handlungsfeld Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration

11.1 Ist Situation / Handlungsbedarfe

Grundlegende Rahmenbedingungen

Der größte Teil der Zugewanderten möchte nach eigenen Angaben möglichst schnell eine Arbeitstätigkeit aufnehmen. Entscheidend für die Realisierung dieses Wunsches sind i.d.R. folgende Voraussetzungen:

- Kenntnis der deutschen Sprache (s. hierzu eigenes Handlungsfeld Sprache, Kap. 7)
- Erhalt einer Arbeitserlaubnis (abhängig vom Bleibe-Status, wird erteilt durch die Ausländerbehörde, eine Vorrangprüfung wird von der Agentur für Arbeit aktuell nicht mehr vorgenommen)
- Berufliche Qualifikation und deren Übertragbarkeit auf das deutsche System sowie deren Bedarf auf dem Arbeitsmarkt vor Ort

Sind diese Bedingungen erfüllt, bieten sich den Migranten gute Möglichkeiten für einen Einstieg in die Arbeitswelt. Dies umso mehr, wenn die Migranten Qualifikationen in bzw. Interesse an jenen Branchen aufweisen, die unter Fachkräftemangel und Nachwuchsproblemen leiden. Dies gilt z.B. für einige Bereiche des Handwerks.

Leider fehlt es jedoch nicht selten an einer oder mehreren der genannten Voraussetzungen, weswegen eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration oftmals scheitert. Die Ursachen, aufgrund derer die Voraussetzungen nicht erfüllt werden, sind vielfältig. Ebenso vielfältig und an der individuellen Situation ausgerichtet, müssen die Ansätze sein, um diesem Defizit zu begegnen.

Zu den Motiven, möglichst schnell ein Arbeitsverhältnis aufzunehmen, zählt auch die (vermeintliche) Aussicht auf eine bessere Berücksichtigung im Falle der Wiedereinsetzung des Familiennachzuges.

Sprachkompetenz

Wichtigste Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt - sowie für die Integration insgesamt - stellt eine ausreichende Kompetenz der deutschen Sprache dar. Aufgrund der herausgehobenen Bedeutung für alle Facetten der Integration widmet vorliegendes Konzept diesem Punkt ein eigenes Handlungsfeld (s. Kap. 7).

Für die Arbeitsmarktintegration spielen die Anforderungen der Betriebe zur Kenntnis der deutschen Sprache die entscheidende Rolle. Je höher die Sprachkompetenz, desto größer die Chancen am Arbeitsmarkt. Selbst Tätigkeiten, welche eher geringe Anforderungen an sonstige Qualifikationen stellen, erfordern dennoch ein Mindestmaß an Sprachkompetenz (z.B. in Bezug auf Sicherheitsanweisungen etc.).

Dieser „einfache“ Zusammenhang ist im Bewusstsein vieler Migranten noch zu wenig verankert. Das Ziel „schnell in Arbeit zu kommen“ verhindert teilweise sogar das ausreichende Erlernen der Sprache, was wiederum die Chancen - v.a. für höher qualifizierte Stellen - verschlechtert. Handlungsbedarfe liegen hier v.a. in der Förderung der Vereinbarkeit von Arbeitstätigkeit und Spracherwerb.

Schließlich muss auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass die nach erfolgreichem Durchlaufen eines Integrationskurses erworbene Sprachkompetenz „auf dem Papier“ nicht immer die real vorhandene und vom Arbeitgeber erwartete Sprachkompetenz widerspiegelt.

Feststellung der beruflichen Qualifikation und Anerkennung von Qualifikationen

Eine große Herausforderung besteht zunächst in der Feststellung der Qualifikation der Migranten. Oftmals entsprechen Ausbildungen in den Heimatländern der Menschen nicht den Ausbildungen in Deutschland bzw. es existieren überhaupt keine Entsprechungen. Eine Ausbildung z.B. als Schweißer im deutschen Sinne ist im Ausland unbekannt. D.h. ein Flüchtling, der sich als Schweißer vorstellt, hat ggf. als solcher gearbeitet, kann dies aber nicht durch ein Zeugnis o.ä. nachweisen und wird dem entsprechend auch nicht anerkannt.

Das duale Ausbildungssystem ist im Ausland weitgehend unbekannt. Manche deutsche Ausbildungsgänge würden im Ausland als „Studium“ bezeichnet. Hier müssen die Beteiligten (Migranten und Betreuer) mit Mißverständnissen kämpfen, sowohl bezüglich vorliegender Qualifikationen als auch bezüglich angestrebter Ausbildung bzw. Studium.

Im gesamten Themenkomplex ruht ein großes Potenzial, da gerade das Erkennen von nicht belegbaren Qualifikationen für potenzielle Arbeitgeber sehr interessant sein kann.

Unstrittig ist, dass sehr niedrig qualifizierte Personen, denen es nicht gelingt, eine entsprechende Ausbildung zu absolvieren, auf dem hiesigen Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben.

Ebenso wie beim Thema Sprachkompetenz besteht beim Themenkomplex „Qualifikation für den Arbeitsmarkt“ die Problematik, dass den Menschen oftmals die Bedeutung einer Ausbildung nicht bewusst ist und ein „schnell in Arbeit kommen“ das vorrangige Ziel ist.

In Bezug auf die Anerkennung von Zeugnissen etc. wurden von einigen Experten auch Probleme genannt, die sich auf verwaltungsinterne (juristische) Vorgaben beziehen und dem Bereich „bürokratische Hürden“ zuzuordnen sind. Juristische Vorgaben stehen einer schnellen und unbürokratischen Umsetzung oft im Weg.

Qualifizierung für den Arbeitsmarkt: Berufliche Qualifizierung

Als Defizit des Landkreises wurde festgestellt, dass insgesamt zu wenige Träger und Angebote zur Arbeitsmarktqualifizierung existieren. Die Elisabeth-Stiftung ist aktuell der einzige Träger, der entsprechende Angebote im Landkreis anbietet. Die nächste Möglichkeit zur Qualifizierung ist bei der HWK in Bad Kreuznach angesiedelt. Der Anspruch, entsprechende Qualifikationen durch das Jobcenter durchzuführen bzw. zu ermöglichen und die tatsächlichen Möglichkeiten hierzu, klaffen auseinander.

Qualifizierung für den Arbeitsmarkt: Sonstige Anforderungen

Die grundlegenden und für Arbeitgeber oft entscheidenden Anforderungen an Arbeitnehmer und Auszubildende in der hiesigen Arbeitswelt sind den Migranten teilweise nicht bewusst. Hierzu gehören Aspekte wie Pünktlichkeit, Auftreten, äußere Erscheinung etc.. Teilweise aus Unwissenheit werden hier seitens der Menschen Fehler begangen, die sich negativ auf ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt auswirken. Von den Experten wird hier betont, dass v.a. eine ehrliche Beratung der Menschen wichtig ist, welche bei Bedarf auch unangenehme Dinge offen benennt.

Erwartungshaltung der Unternehmen

Von einigen Experten wird das Problem benannt, dass Unternehmen teilweise Migranten grundsätzlich ablehnen. Diese Problematik scheint jedoch im Landkreis eher die Ausnahme darzustellen.

Öfter als Problem benannt, wird die Tatsache, dass die Unternehmen meist zu „ungeduldig“ mit den Menschen sind, was das Erlernen der Sprache etc. angeht. Hier spielen die wirtschaftlichen Zwänge

der Unternehmen eine zentrale Rolle und erzeugen einen entsprechenden Handlungsbedarf für Begleitungen im Betrieb.

Unstrittig ist, dass von Beginn an eine hohe Erwartungshaltung in Bezug auf das eigene Bemühen hinsichtlich des Erlernens der Sprache, des Mitwirkens bei Abläufen, der Pünktlichkeit, der Akzeptanz der im Betrieb geltenden Regeln etc. angelegt werden darf und sollte. Falsch verstandene Nachsicht wirkt hier eher kontraproduktiv.

Frauen im Beruf

Von den Geflüchteten werden fast nur Männer an den Arbeitsmarkt vermittelt. Dieser nach westlichem Verständnis als absolutes Defizit zu benennende Aspekt wird von vielen Geflüchteten (Mann und Frau) völlig anders wahrgenommen. Viele Männer wollen bewusst vermeiden, dass ihre Frau arbeitet, da dies oft als Schwäche des Mannes ausgelegt wird („kann seine Familie nicht alleine ernähren“).

Handlungsbedarf besteht hier zunächst im Bereich der Bewusstseinsbildung für die hiesige Sichtweise, dass Männer und Frauen grundsätzlich gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt aktiv sein können (vgl. auch Kap. 12).

Arbeitsrechtliche Hürden

Als ein Hindernis in der Heranführung an den Arbeitsmarkt stellen sich oftmals starre arbeitsrechtliche Vorgaben dar. Zwar kann hier eine Verbesserung der Situation auf Ebene des Landkreises nicht kurzfristig erreicht werden, in den Analysen zu vorliegendem Konzept kristallisiert sich dieses Defizit jedoch als zentrales Problem heraus, welches viele gute Ansätze überlagert. Flexiblere Möglichkeiten für Arbeitgeber, Menschen eine Chance in ihrem Betrieb zu geben, wären hier zu begrüßen.

11.2 Zielsetzung

11.2.1 Menschen schnell in Arbeit bringen

Übergeordnete Zielsetzung im Handlungsfeld ist es, die Menschen möglichst schnell in Arbeit zu bringen. Dieses Ziel wird auch von der Mehrheit der Migranten selbst verfolgt. Stellt es doch aus verschiedenen Gründen (Stichworte: eigener Verdienst, Leistung für die Gesellschaft, Selbstwertgefühl, Respekt, Unabhängigkeit) eine der wichtigsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Integration dar.

11.2.2 Erlernen der Sprache, Aus- und Weiterbildung dabei nicht vernachlässigen

Bei der Verfolgung des ersten Ziels darf jedoch nicht aus dem Auge verloren werden (von den Migranten selbst, aber auch von den Hilfsstrukturen), dass eine sprachliche und fachliche (Weiter-)Qualifizierung wichtig für die langfristige Etablierung am hiesigen Arbeitsmarkt ist und zu dem Ziel „schnell in Arbeit zu kommen“ teilweise im Widerspruch steht. Die Vereinbarkeit von Arbeit und (Weiter-)Qualifikation ist noch nicht die Regel.

11.3 Handlungsansätze

Für das Handlungsfeld Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration finden sich – neben den nachfolgend beschriebenen Handlungsansätzen - noch weitere Handlungsansätze in den anderen Handlungsfeldern wieder, die für die Arbeitsmarktintegration ebenso relevant sind:

- Schulungen für Migranten (Kap. 6.3.1)
 - Teil der Schulungen: Information und Bewusstseinsbildung zum Bildungssystem und zur Bedeutung der Ausbildung / Arbeitsmarktqualifikation für das Leben in Deutschland.
 - Vermittlung von relevanten grundlegenden Fähigkeiten und Kenntnissen, die für den hiesigen Arbeitsmarkt bzw. Arbeitgeber von entscheidender Bedeutung sind
- Berufsbegleitender Spracherwerb (Kap. 7.3.2)
 - Neben der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit müssen Möglichkeiten geschaffen und genutzt werden, den Spracherwerb weiter verfolgen zu können
- stärkere Einzelbetreuung: persönliche Integrationsbegleiter oder Paten (Kap. 13.3.2)
 - Aufgaben einer Einzelbetreuung bzw. von Paten kann auch die Begleitung zu berufsberatenden Stellen, etc. sein

11.3.1 Kompetenzfeststellung

Einstufung	Verfahrens-Bestandteil der Agentur für Arbeit
Hintergrund	Im Oktober 2017 wurde ein neues Verfahren zur Kompetenzfeststellung bei der Agentur für Arbeit gestartet. Die Feststellung der nachweisbaren und nicht nachweisbaren Kompetenzen und ihre Einordnung sowie die Vernetzung mit potenziellen Arbeitgebern über die bisherigen Ansätze hinaus bietet große Potenziale.
Zielsetzung	Kompetenzen der Migranten besser feststellen – Arbeitskräfte gezielter fördern und vermitteln
Maßnahmen	Kompetenzfeststellung durch Agentur für Arbeit
Träger	Agentur für Arbeit
Akteure	Hauptamtliche und ehrenamtliche Integrationsarbeiter
Kostenbausteine	-
Nächste Schritte	Prüfung effizienter Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Zuge des neuen Verfahrens

11.3.2 Ausbau Qualifizierungsmöglichkeiten und Berufsvorbereitung

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	In vielen Fällen erfüllen die potenziellen Arbeitskräfte noch nicht oder nur zum Teil die Anforderungen der hiesigen Unternehmen. Passende Berufsvorbereitungen und Qualifizierungsmaßnahmen sind notwendig
Zielsetzung	Schaffung weiterer Qualifizierungsmöglichkeiten im Landkreis, sowohl zur Berufsvorbereitung als auch zur Weiterqualifikation
Maßnahmen	Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen verschiedener Ausprägung und Anbieter, u.a.: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Elisabeth-Stiftung plant Projekt mit chinesischen Pflegekräften/ ausländische Fachkräfte

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berufsvorbereitungskurse, v.a. mit Blick auf Minderjährige; sie sollten so lange in diesen Kursen verbleiben können, bis sie die Ausbildung antreten können (dient auch dazu „Beschäftigungslosigkeit“ sinnvoll zu vermeiden) ▪ Nutzung der Angebote Jobfux und Jugendscout (Bereich Übergang Schule – Beruf)
Träger	n.n. definiert <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundsätzlich alle Anbieter von entsprechenden Weiterbildungsangeboten
Akteure	-
Kostenbausteine	-
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Prüfung der möglichen Entwicklung neuer Angebote durch die Anbieter

11.3.3 Begleitperson / Pate im Betrieb

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Paten als Entlastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Möglichkeit der Heranführung an Aufgaben ohne den Druck, der ohne eine Begleitung bestehen würde. Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten, was vom Unternehmen im laufenden Betrieb nicht geleistet werden kann.
Zielsetzung	Unterstützung von zugewanderten Arbeitskräften in den Betrieben, v.a. in der Frühphase als Starthilfe
Maßnahmen	Einsatz von Begleitpersonen / Betreuern im Betrieb bei Praktikum, Ausbildung oder Berufseinstieg, z.B. als professionelle Begleiter (die zeitweise betreuen) oder Kollegen im Betrieb (die hierfür teilweise freigestellt werden) bereits laufende oder geplante Projekte, mit denen der Ansatz realisiert werden kann: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Projekt „Kommit“ (läuft wahrscheinlich in 2018 aus) ▪ Projekt „KommBer (ab 2018) ▪ Initiative IntegrAIDE
Träger	n.n. definiert
Akteure	Unternehmen, Arbeitskräfte, Betreuer, Agentur für Arbeit, Jobcenter
Kostenbausteine	Personalkosten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. (Teil-)Finanzierung über Zusammenschluss von Unternehmen
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

11.3.4 Plattformen zu Angebot und Nachfrage von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Praktika

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	Trotz bestehender Plattformen zur Information und Vermittlung von Angebot und Nachfrage bei Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Praktika (z.B. VitaminBIR, Angebote Agentur für Arbeit, Jobcenter) werden hier weiterhin Defizite gesehen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu komplizierte Bedienung, Verständlichkeit, zu wenig Informationen über die im Kreis / der Region möglichen Ausbildungsberufe und Berufsbilder allgemein

Zielsetzung	Bestehende Plattformen zur Vermittlung Angebot / Nachfrage stärker nutzen und verbessern
Maßnahmen	Erster Schritt: Konkretisierung der Verbesserungspotenziale
Träger	n.n. definierbar
Akteure	Unternehmen, Arbeitskräfte, Agentur für Arbeit , Jobcenter, weitere Fachakteure der Integrationsarbeit
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

11.3.5 Information der Unternehmen

Einstufung	Einzelmaßnahme
Hintergrund	Teilweise fehlen weiterhin Kenntnisse bei den Unternehmen zu den Rahmenbedingungen der Beschäftigung von Migranten, inkl. der vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten Dies führt dazu, dass Stellen nicht besetzt werden. Jobcenter unternimmt bereits aktive Ansprache der Arbeitgeber. Mit der IHK zusammen wurde eine „Werbetour“ unternommen: Arbeitgeber sind teilweise offen (v.a. die größeren Firmen). Knackpunkt ist i.d.R. die Sprache (Thema Unfallverhütung, Verstehen von Sicherheitsanweisungen)
Zielsetzung	Unternehmen zu Qualifikationen und Rahmenbedingungen der Beschäftigung von Migranten informieren Dadurch mehr Migranten in Beschäftigung bringen Bei Betrieben werben für mehr Praktika, Probebeschäftigungen, Schnupperwochen
Maßnahmen	Informationsveranstaltung(en) und Nutzung bestehender Formate <ul style="list-style-type: none"> ▪ u.a. Nutzung Arbeitskreis Unternehmen am 20.3.2018 (mit HWK)
Träger	Landkreis (Bildungskoordination)
Akteure	Unternehmen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, weitere Fachakteure der Integrationsarbeit
Kostenbausteine	Personalkosten Organisationskosten
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

11.3.6 Einfache Beschäftigungsmöglichkeiten

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Zahlreiche Migranten, v.a. unter den in den letzten Jahren zugewanderten Flüchtlingen leiden unter der Beschäftigungslosigkeit. Niederschwellige Arbeiten können den Menschen helfen, Erfahrungen zu sammeln und die Möglichkeit geben, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten
Zielsetzung	Migranten in Beschäftigung bringen
Maßnahmen	Eruierung der Möglichkeiten zur Schaffung von einfachen Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen Eruierung von vor Ort umsetzbaren Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einfache Tätigkeiten, z.B. Hilfe beim Baubetriebshof oder in den „grünen

Integrationsarbeit im Nationalparklandkreis Birkenfeld

	Berufen“, in der Land- und Forstwirtschaft, dem Gartenbau, im Bereich des Nationalparks
Träger	n.n. definierbar
Akteure	Unternehmen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Landkreis, weitere Fachakteure der Integrationsarbeit
Kostenbausteine	-
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

12 Handlungsfeld Familienleben und Gesundheit

12.1 Ist-Situation / Handlungsbedarfe

Frauen

Grundsätzlich sind Frauen-bezogene Aspekte in den meisten Handlungsfeldern dieses Konzeptes berücksichtigt. Nahezu alle Experten haben sich aber dahingehend geäußert, dass die Belange der Frauen unter den Flüchtlingen im vorliegenden Konzept explizit zu betrachten sind, um die zahlreichen Herausforderungen vor denen die Frauen stehen, deutlich aufzeigen zu können.

Die wichtigsten Aspekte in Stichworten:

- Die Wahrnehmung von Integrationsangeboten ist speziell für Frauen aus verschiedenen Gründen oft problematisch: Schwangerschaft, Betreuung von Kleinkindern, keine Unterstützung durch die Familie. Folge: Kurse speziell für Frauen sind wichtig, werden aber oft nur schwach frequentiert oder müssen ausfallen
- Aus der Gruppe der Frauen mit Kleinstkindern fallen die Meisten aus der Integrationsarbeit heraus; besonders problematisch bei Frauen mit mehreren aufeinander folgenden Geburten
- Die Problematik geht einher mit dem Mangel an ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten (KITA-Plätze, Wartezeiten)
- Großer Bedarf für Frauentreffs bzw. für Räume zur Begegnung von Frauen untereinander
- Bei vielen Frauen war bzw. ist die Erlangung von mehr Rechten eine Motivation zur Flucht. Da die Frauen i.d.R. in ihrer Familie und in ihren Rollen verbleiben, werden diese Erwartungen selten erfüllt

Eine große Herausforderung für die Integrationsarbeit, die mit den meisten vorgenannten Aspekten zusammenhängt, ist die Rolle der Frau in der muslimischen Familie bezogen auf Mitbestimmung, Berufstätigkeit, etc.. Hinzu kommen kulturell-religiöse Hürden, die einen direkten Zugang zu den Frauen – v.a. von männlichen Integrationsarbeitern oder auch Dolmetschern – sehr erschweren.

Kinder und Jugendliche

Mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen bilden die Einschätzungen der Experten ein vielfältiges Bild ab: Zum einen kommen Viele im neuen Lebensumfeld besser zurecht als Erwachsene, da Ihnen über die Schule und den intensiven Umgang mit sozialen Medien mehrere „Kanäle“ zur Kommunikation und damit auch Integration offen stehen.

Ein wichtiger Aspekt ist hierbei eine funktionierende und gut ausgestattete Kinder- und Jugendarbeit vor Ort in den Gemeinden, die mit ihren Aktivitäten eine Basis für eine gelingende Integration von Jugendlichen darstellen kann. Positive Beispiele der Integration sind z.B. Ferienprogramme mit umfassendem Angebot, die Kinder unterschiedlichster Herkunft integrieren. Hier zeigt sich, dass die Ebene der Kommunen per se an der Integrationsarbeit mit Kindern und Jugendlichen „näher dran“ ist. Dem Landkreis kommt hier eine unterstützende und koordinierende Tätigkeit zu.

Zu berücksichtigen ist, dass gerade Jugendliche sehr offen für gruppendynamische Prozesse sind. Häufig finden sich Gruppen von Jugendlichen gleicher Herkunftsländer zusammen, was für die Integration nicht immer von Vorteil ist und teilweise auch zu Konflikten mit Gruppen von Jugendlichen anderer Länder führen kann.

Im Workshop Ehrenamt wurde auf den Bedarf an Beschäftigung und Unterstützung gerade für männliche Jugendliche hingewiesen. Durch gezielte Angebote gilt es, negative Entwicklungen bzgl. der Integration entgegenzuwirken.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Bedürfnissen der zu uns geflüchteten unbegleiteten Kinder und Jugendlichen. Zu diesem Thema wurde ein Arbeitskreis „umA“ (unbegleitete minderjährige Ausländer) gegründet, an dem u.a. Internationaler Bund, Elisabeth-Stiftung, das Diakonische Werk und Landkreis zusammen kommen. Themen waren und sind die adäquate Unterbringung sowie in verstärktem Maße der Übergang in Ausbildungsverhältnisse.

Verschuldungen

Verschiedene Experten berichten, dass sich eine wachsende Anzahl von Flüchtlingsfamilien in kritische finanzielle Situationen hinein bewegt.

Ein Aspekt der hierzu beiträgt, wurde im Handlungsfeld Wohnen und Mobilität bereits angesprochen wurde und betrifft die Haushaltsführung, die sich in Deutschland oft komplett anders darstellt als in der alten Heimat. Ein zweiter Aspekt betrifft die Unkenntnis der Bedingungen zu finanziellen Unterstützungsleistungen wie bspw. bei vorrangigen Leistungen, die vor der Unterstützung durch das Jobcenter in Anspruch genommen werden müssen (z.B. Kindergeld). Durch unvermeidliche Rückzahlungen kann es dann in der Folge zu Verschuldungen kommen.

Ein weiterer Aspekt sind Verpflichtungserklärungen, die für Freunde oder Verwandte eingegangen wurden und die in der Folge eigentlich unbeteiligte Dritte in Verschuldungs-Situationen geführt haben.

Die Herausforderung besteht hier darin, dass durch entsprechende rechtzeitige, aktive Beratung möglichst kritische Situationen vermieden werden.

Gesundheit: Psychosoziale Probleme

Die oft unter schwierigsten Umständen nach Deutschland geflüchteten Menschen finden sich – einmal angekommen - entweder alleine oder mit ihren Familien in einer völlig anderen Umgebung wieder. Die Erlebnisse vor und während der Flucht, der Umgang mit den sozialen und kulturellen Unterschieden aber auch die oft lange währenden und mit vielen Unsicherheiten behafteten Anerkennungsverfahren verursachen bei vielen Menschen hohe persönliche Belastungen. Diese bleiben häufig nicht folgenlos mit Blick auf die individuelle Gesundheit und das Familienleben.

Einige Aspekte dieser Thematik sind:

- Psycho-soziale Probleme von Kindern, die in KITA oder Schule zu Tage treten (vgl. Kap. 8.3.3: Traumata-Bewältigung)
- Psycho-soziale Probleme von Frauen. Häufig fehlt generell der Zugang oder die Betreuungsmöglichkeit über die Frauen-Treffs. Traumatisierungen werden oft gar nicht oder nur schlecht aufgearbeitet. Notwendige Entlastungen finden nicht statt (Kinder werden nicht in die KITA gegeben, trotz Überlastung der Mütter)
- Psycho-soziale Probleme bei Ehemännern/Vätern, die ihre Familien nicht ernähren können (finden keine Arbeit) i.V.m. der fehlenden Perspektive (keine Veränderung der Situation absehbar). Die Tendenz ist hier steigend. In der Folge kommt es zu Fällen von Drogenkonsum
- Psycho-soziale Probleme durch die aktuell nicht mögliche Familienzusammenführung bei Personen mit subsidiärem Schutz. Häufige Situation von Männern, die nicht wissen, ob ihre Familien nachkommen dürfen (diese befinden sich oft in Flüchtlingslagern)

Außergewöhnliche (Not)Situationen

Wenn plötzlich große Probleme im Bereich der Integrationsarbeit auftauchen (z.B. sexueller Missbrauch oder Gewalt in der Familie) kommt es bei Ehrenamtlichen aber auch bei Hauptamtlichen zu großen Unsicherheiten: Was ich kann noch selbst tun, wer ist anzusprechen, wer informiert wen und was wird getan? Hierfür gibt es in der Region einen kompakten Notfallplan, der aber nicht allen Ehrenamtlichen bekannt ist. Im Zweifelsfall sollte in Notsituationen die Polizei verständigt werden, die dann weitere Schritte einleiten kann.

12.2 Zielsetzung

12.2.1 Einzelbetreuung ausbauen

Die ehrenamtlichen Integrationsbegleiter haben in den zurückliegenden Jahren einen nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag für eine gelingende Integration geleistet. Sie standen dabei immer in engem Kontakt mit den Menschen die sich ihnen auf der Suche nach Unterstützung anvertrauen. Diese Art von Einzelbetreuung muss weiter ausgebaut werden und sollte als Hilfe zur Selbsthilfe allen Migranten, die eine solche Begleitung wünschen, zur Verfügung stehen. Dazu müssen die bereits aktiven Ehrenamtlichen stärker unterstützt und neue Ehrenamtliche gewonnen werden.

12.2.2 Frauen bei allen Fragen der Integrationsarbeit speziell in den Blick nehmen

Aus verschiedenen Gründen, die in Kap. 12.1 erörtert wurden, sind Frauen für die Integrationsarbeit deutlich schwieriger zu erreichen als Männer. Darum lohnt es sich, bei allen Angeboten die Frage zu stellen, auf welche Weise Frauen besser einbezogen werden können als bisher. Dies ist umso wichtiger, da Frauen in vielen Bereichen spezifische Unterstützungsleistungen benötigen.

12.2.3 Vereinbarkeit von Familienleben mit Integration und Spracherwerb ermöglichen

Die Vereinbarkeit von Familienleben mit Integration und v.a. Spracherwerb betrifft wiederum im Schwerpunkt – aber keinesfalls ausschließlich – Frauen und hier insbesondere Mütter. Der Erwerb der deutschen Sprache ist fundamental für die weiteren Integrationsschritte. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass v.a. Betreuungssituationen in Familien nicht dazu führen dürfen, dass der Spracherwerb vernachlässigt wird.

12.3 Handlungsansätze

Für das Handlungsfeld Familienleben und Gesundheit finden sich – neben den nachfolgend beschriebenen Handlungsansätzen - noch weitere Handlungsansätze in den anderen Handlungsfeldern wieder, die gerade mit Blick auf das Familienleben ebenso relevant sind:

- Schulungen für Migranten (Kap. 6.3.1)
 - Teil der Schulungen sollten auch Informationen zu kulturellen Hintergründe, Unterschiede und Besonderheiten des hiesigen Familienleben sowie Geschlechter-Rollen und Gleichberechtigung sein
- Stärkere Einbeziehung der Eltern: gemeinsame Aktivitäten (Kap. 8.3.4)
 - Eltern oder einzelne Familienmitglieder können über Aktivitäten in KITA und Schule stärker integriert werden
- Aufsuchende und Präventive Integrationsarbeit (Kap. 13.3.1)
 - Mit professioneller Sozialarbeit Probleme früh aufgreifen und entsprechende Unterstützungen hinzuziehen, z.B. bei Suchtproblemen oder finanziellen Problemen
- stärkere Einzelbetreuung: persönliche Integrationsbegleiter oder Paten (Kap. 13.3.2)
 - Durch eine stärkere Begleitung der einzelnen Familien ist eine schnellere Reaktion bei Hilfe-Bedarfen möglich – bevor sich Probleme größeren Umfangs entwickeln

12.3.1 Schwangerenberatung und Integrationsarbeit

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Die Wahrnehmung von Integrationsangeboten ist speziell für Frauen aus verschiedenen Gründen (z.B. Mangel an ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten) oft problematisch. Aus der Gruppe der Frauen mit Kleinstkindern fallen Viele aus der Integrationsarbeit heraus. Die Vermeidung dieser Situation muss während der Schwangerschaft beginnen.
Zielsetzung	Schwangerenberatung für Flüchtlinge insg. stärken Hierüber Zugang zu den Frauen herstellen für weitergehende Integrationsarbeit
Maßnahmen	1. Vernetzung von Migrationsfachdienst, Schwangerenberatung und Frauenhaus <ul style="list-style-type: none"> ▪ z.B. als regelmäßige Arbeitstreffen 2. aktives Zugehen auf schwangere Frauen, Gewinnung für Integrationskurse, etc. <ul style="list-style-type: none"> ▪ z.B. Erstkontakt über aufsuchende Sozialarbeit oder Integrationsbegleiter (siehe Handlungsansätze in Kap. 13)
Träger	n.n. definiert, ggf. Landkreis <ul style="list-style-type: none"> ▪ als Vernetzende Stelle käme die „Koordiniierungsstelle Integration“ in Frage (s. Kap. 13.3.4)
Akteure	Migrationsfachdienst Schwangerenberatung Frauenhaus ehrenamtliche und hauptamtliche Integrationsarbeiter und ggf. weitere mit schwangeren Frauen in Kontakt stehende Institutionen Frauenärzte
Kostenbausteine	n.n. definiert

Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung
------------------	---

12.3.2 Frauentreffs und Frauen-Gesprächsrunden

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	<p>Es gibt einen großen Bedarf für Frauentreffs bzw. für Räume zur Begegnung von Frauen untereinander. Trotz phasenweise geringer Frequentierung sind diese Treffs wichtige Anlaufstellen</p> <p>Eine Auflistung der bestehenden Frauentreffs erfolgte in Kap. 10.1.</p> <p>Die Stadt Idar-Oberstein hat gemeinsam mit DRK aktuell ein neues Angebot eines Frauentreffs geschaffen (ab Januar 18)</p>
Zielsetzung	<p>Frauen die Möglichkeit geben, sich untereinander zu begegnen</p> <p>Bestehende Frauentreffs sichern und ausbauen bzw. neue einrichten</p>
Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. intensive Kommunikation / Bewerbung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutzung verschiedener Kanäle: KITAs, Schulen, Integrationsbegleiter, ... 2. Frauen-Gesprächsrunden in Heimatsprache anbieten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Als „Eisbrecher“, in der Folge in deutsche Sprache überleiten 3. psychosoziale Betreuung vorhalten bzw. auf diese verweisen können <ul style="list-style-type: none"> ▪ s. Beispiel Modell in Ingelheim, Verarbeitung von Traumata 4. Frauenhaus Idar-Oberstein als Partner in der Integrationsarbeit stärker mit ins Boot nehmen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Angebote des Vereins „Frauen helfen Frauen e.V.“ (Frauenhaus, Frauennotruf, proaktive Erstberatung) stärker kommunizieren (z.B. Vorstellung der Angebote in den Integrationskursen) ▪ Angebote des Frauenhauses könnten auch im Frauencafé stattfinden 5. Die Integrationsarbeit für Frauen als Schwerpunktthema durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration begleiten und „wach halten“
Träger	<p>Verschiedene Träger von Einzelmaßnahmen</p> <p>Ggf. notwendige Unterstützung und Koordination durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration</p>
Akteure	Verschiedene Akteure der Integrationsarbeit
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

12.3.3 Kleinkindbetreuung während Sprachkursen

Einstufung	Einzelmaßnahme(n)
Hintergrund	Mütter von Kleinkindern können oft nicht an Integrationskursen / Sprachkursen teilnehmen. Die Kinderbetreuung stellt hier häufig den limitierenden Faktor dar.
Zielsetzung	Mehr Müttern den Spracherwerb ermöglichen
Maßnahmen	Entwicklung von Integrationskursen/Sprachkursen inkl. Kleinkindbetreuung sowie Mutter-Kind-Gruppen
Träger	Anbieter von Integrationskursen in Kooperation mit Partnern, die die Kleinkindbetreuung übernehmen
Akteure	VHS, weitere Anbieter von Kursen

	Ehrenamtliche Betreuer, Tagesmütter
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft / Ressourceneinsatz

12.3.4 Integrationsarbeit in der Jugendarbeit

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Jugendarbeit der Kommunen ist oftmals wichtiger oder einziger Zugang zu Jugendlichen. V.a. nach Beendigung der Schule von hoher Bedeutung.
Zielsetzung	Jugendliche über gezielte Angebote der Integrationsarbeit ansprechen und integrieren Ressourcen der Jugendarbeit für Integrationsarbeit stärken
Maßnahmen	1. Sicherung und ggf. Erhöhung der Personalausstattung der kommunalen Jugendarbeit (Gemeinden, Landkreis) sowie der Schulsozialarbeit 2. bestehende Angebote sichern, ggf. neue schaffen 3. Jugendliche – auch als „Spätstarter“ – gezielt für Vereine gewinnen
Träger	Kommunen, Landkreis
Akteure	Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Begegnungsstätten, Vereine
Kosten	Personalkosten
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Ressourceneinsatz

13 Handlungsfeld Integrationsarbeit vor Ort - Akteurs- und Angebotslandschaft

In der Integrationsarbeit vor Ort sind hauptamtliche und ehrenamtliche Aktivitäten und Strukturen eng miteinander verzahnt. Insofern ist es kaum möglich und auch nicht sinnvoll, die Ehrenamtlichen bei der Betrachtung der Akteurs- und Angebotslandschaft in diesem Kapitel außen vor zu lassen.

Um in diesem Konzept aber auch einen expliziten Blick auf das Ehrenamt richten zu können, findet in Kapitel 14 noch einmal eine gesonderte Betrachtung hierzu statt.

13.1 Ist-Situation / Handlungsbedarfe

Rahmenbedingungen: Personal, Bundesvorgaben, Förderungen

Insgesamt werden die Rahmenbedingungen für die Integrationsarbeit von den Experten als schwierig eingeschätzt. Einige Aspekte, die vor Ort nicht oder kaum steuerbar sind:

- Teilweise keine verlässlichen politischen Rahmenbedingungen (Stichworte: Entwicklung Familiennachzug, fehlendes nationales Integrationskonzept bzw. Einwanderungsgesetz)
- Bestehende Förderangebote sind oft nicht passgenau auf die Anforderungen des ländlichen Raumes; Unterschiede zw. Stadt und Land in Bezug auf die untersch. Anforderungen an die Integrationsarbeit werden zu wenig gesehen
- Häufige Stellenstreichungen und zeitlich begrenzte Stellen erschweren kontinuierliche Arbeit
- Markt an Fachpersonal (Berater, Betreuer) ist „leergefegt“, die personelle Besetzung der Beratungs- und Betreuungsangebote nicht immer optimal

Ausrichtung der Hilfsangebote

Der Einsatz der Wohlfahrtsverbände sowie der Ehrenamtlichen wird von allen Seiten als tragende Struktur bewertet, ohne die die Integrationsarbeit v.a. in der besonderen Situationen der Jahre 2015 und 2016 nicht leistbar gewesen wäre und auch in Zukunft nicht möglich sein wird.

Die plötzliche intensive Bedarfslage und das spontan notwendige Handeln hat in der Angebotslandschaft jedoch unvermeidlich zu Defiziten in der Struktur und Ausrichtung der Hilfsangebote geführt. Viele der bestehenden Probleme resultieren aus der Tatsache, dass in 2015/2016 keine Zeit zur langfristigen Planung und zum konzeptionellen Aufbau von Strukturen vorhanden war. Es mussten zuvorderst „Brände gelöscht werden“ (Zitat eines Experten).

Die heute vorhandenen und von den Experten konkret genannten Defizite beziehen sich immer auf einen Teil der Angebote, der quantitativ schwierig zu fassen ist. Dennoch lassen sich aus den Nennungen klare Hinweise auf Verbesserungspotenziale erkennen:

- Teilweise werden Angebote der Institutionen nicht am Bedarf des jeweiligen Menschen ausgerichtet sondern am „eigenen Bedarf“ (z.B. offene Stellen in Kursen). Dies gilt sowohl für das grundsätzliche Angebot von Hilfsleistungen (bzw. die Angebotslandschaft) als auch für die individuelle Ausrichtung der jeweiligen Angebote
- Teilweise können Beratungs- und Hilfsangebote nur auf Hilfsgesuche bzw. auf die Anfragen der Menschen reagieren und kommen somit oft „zu spät“. Aufsuchende und präventive Arbeit findet sich noch in zu geringem Umfang

Zu wenig Aktivität und Beschäftigung

Viele Experten äußern sich dahingehend, dass ankommende Migranten zu sehr „verwaltet“ werden. So könnte der Zeitraum zwischen der Ankunft der Menschen und einer Entscheidung des BAMF effektiver für Aktivitäten genutzt werden, um lange Wartezeiten bzw. aufkommende Frustration zu vermeiden.

Mit den aktuellen Ressourcen können die notwendigen Mindestbedürfnisse (Unterkunft, Nahrung, etc.) in einem bestimmten Maße befriedigt werden. Letztlich werden dann aber die meisten Menschen in ihrer Situation alleine gelassen bzw. nicht sinnvoll beschäftigt.

Der Kontakt mit der neuen Umgebung erfolgt oft nur punktuell mit den Verwaltungen und weiteren Stellen. Ein aktives Kümmern im Sinne einer aufsuchenden Sozialarbeit fehlt und kann auch von Seiten des Ehrenamtes nicht in Gänze kompensiert werden.

Aktueller Gesamtüberblick / Transparenz der Angebote für Migranten

Insgesamt ist der Bereich der Integrationsarbeit durch eine sehr große Zahl an verschiedenen Akteuren und Angeboten gekennzeichnet. Die Angebote einzelner Anbieter ähneln sich teilweise stark bzw. sind deckungsgleich.

Häufig bleibt die Einordnung und Ausrichtung der einzelnen Angebote für den Zugewanderten unverständlich und ist nicht ohne Erläuterung nachzuvollziehen.

Von nahezu allen befragten Experten wurde angemerkt, dass ein aktueller Gesamtüberblick über alle Angebote, z.B. an zentraler Stelle, fehlt und vermisst wird. Es existieren i.d.R. nur „Schlaglichter“ von Informationen der einzelnen Anbieter über ihre Angebote. Hierzu zählt auch die Problematik, dass bestehende Informationsplattformen von den Institutionen nicht genutzt bzw. bedient werden (z.B. BAMF oder KursNet).

Gerade eine Bereitstellung auf Online-Plattformen würde - mit Blick auf die Migranten selbst - einen Fortschritt darstellen, da diese i.d.R. über Smartphones und sehr gute Medien-Kompetenz verfügen.

Konkurrierende Angebote

Ein Aspekt, der von mehreren Experten angesprochen wurde, ist die teilweise vorhandene Konkurrenz-Situation der Institutionen untereinander. Dies rührt zum einen aus der Ähnlichkeit der Angebote sowie aus dem Bestreben jeder Institution, die eigenen Angebote - auch aus wirtschaftlichen Gründen - auszulasten.

Dies führt in vielen Fällen dazu, dass Migranten nicht an dem für sie passenden Angebot teilnehmen.

Koordination der Leistungen

Von einer großen Zahl der Experten wird angemerkt, dass eine zentrale Koordination von Angeboten und ggf. auch ihrer Belegung sinnvoll wäre, um die zahlreich vorhandenen Aktivitäten transparenter zu machen und effektiver auszulasten.

Ein erster und wichtiger Schritt in diese Richtung stellt die Gründung der LIGA dar. Hierbei handelt es sich eine Kooperation der Wohlfahrtsverbände. Hilfeleistungen und Angebote sollen aufeinander abgestimmt sowie einzelne Fälle gemeinsam besprochen werden. Ein entsprechender Kooperationsvertrag ist in Arbeit.

Bei einer verstärkten Koordination geht es um die effektivere Nutzung und Vernetzung der bestehenden Strukturen. Trotz zahlreicher Treffen in der Vergangenheit besteht nach wie vor der Eindruck, dass konkrete vernetzende Maßnahmen oder Kooperationen die Ausnahme bilden bzw.

immer nur zwischen miteinander direkt vernetzten Einzelpersonen in den verschiedenen Institutionen effektiv funktionieren.

Weitgehend Einigkeit besteht in der Analyse, dass eine solche stärkere Koordination auf Ebene der öffentlichen Stellen angesiedelt sein sollte, um eine bestmögliche und neutrale Verzahnung zu erreichen.

In diesem Zusammenhang werden die Personalstellen des Kreises „Asylkoordination“ und „Bildungscoordination“ als unbedingt notwendig erachtet. Diese sollten in jedem Fall erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden.

Verständlichkeit der Verfahrensabläufe

Für die Mehrheit der Migranten und besonders der in den letzten Jahren zu uns Geflüchteten gilt: Die Zuständigkeiten im System der Integration (welche Stelle ist für welchen Aspekt zuständig) sind nur schwer nachvollziehbar. Die Antragsunterlagen sind oftmals unverständlich.

In der praktischen Integrationsarbeit sind es dann oft kleine Hürden, an denen wichtige Schritte der Integration scheitern, beispielsweise werden Anträge gar nicht oder nicht korrekt ausgefüllt oder an der falschen Stelle abgegeben. Häufig fehlt hier das Verständnis, Wichtiges von weniger Wichtigem zu unterscheiden.

Eine effektive Vereinfachung der Prozesse sowie der Unterlagen der behördlichen Antragstellungen kann allerdings nicht in einem Landkreis alleine bewerkstelligt werden, sondern müsste einheitlich auf nationaler Ebene erfolgen. Hierzu wäre ein grundsätzliches Umdenken notwendig.

13.2 Zielsetzung

13.2.1 Koordination der Leistungen und Hilfsangebote stärken

Bei einer verstärkten Koordination geht es darum, die bestehenden Strukturen und Angebote besser aufeinander abzustimmen. Die vorhandenen Bemühungen um eine bessere Koordination müssen noch ausgebaut werden. Hier sind alle Partner der Integrationsarbeit angesprochen, wobei dies nicht ohne zusätzliche Ressource zu leisten sein wird.

13.2.2 den einzelnen Menschen in den Fokus rücken

Bei der Ausgestaltung und Darstellung der Angebote gilt es, noch stärker als bisher, den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu rücken: Was hat dieser Mensch für Bedürfnisse? Wie kann für ihn das Hilfsangebot optimal vermittelt und umgesetzt werden?

Hierzu ist die individuelle Ermittlung der Bedarfe bei jedem einzelnen Menschen erforderlich. Angebote „nach Standard“ können dies nur zum Teil leisten. Dies erfordert eine stärkere Auseinandersetzung mit den einzelnen Migranten bzw. Migranten-Familien, die nicht erst auf konkrete Anlässe wartet, sondern frühzeitig den individuellen Kontakt auch zu jenen Menschen sucht, die nicht von sich aus den Kontakt zu den Stellen der Integrationsarbeit aufnehmen.

13.2.3 Migranten selbst in Verantwortung / Aktivität bringen

Eine Zielsetzung, die bisher nur in Einzelfällen verfolgt wird, ist es, die Migranten ab einem gewissen Zeitpunkt selbst in verantwortliche Rollen der Integrationsarbeit mit hineinzunehmen. Hierfür gibt es

bis dato nur wenige Beispiele, wie etwa die Flüchtlinge, die in Rhaunen bei den Möbeltransporten o.ä. Aktionen mit anpacken oder Migranten, die als Dolmetscher tätig werden. Dadurch werden Möglichkeiten geschaffen, sich frühzeitig für die Gemeinschaft einzubringen und zudem erfolgt eine Entlastung der Ehrenamtlichen Kräfte.

13.3 Handlungsansätze

Das Handlungsfeld Integrationsarbeit vor Ort - Akteurs- und Angebotslandschaft ist in vielfacher Weise mit den anderen Handlungsfeldern vernetzt, da sich die einzelnen Hilfsangebote in fast allen Themenbereichen wiederfinden. Darum gibt es – neben den nachfolgend beschriebenen Handlungsansätzen - weitere Handlungsansätze in den anderen Handlungsfeldern, die für die Integrationsarbeit ebenso relevant sind:

- Schulungen für Fachakteure (Kap. 6.3.2)
Die Rahmenbedingungen und Verfahrensabläufe unterliegen immer wieder Anpassungen. Ebenso ändert sich die Landschaft der Informations- und Hilfsangebote
- Information und Bewusstseinsbildung breite Bevölkerung: „Integration geht uns alle an“ (Kap. 6.3.3)
Wichtig für die Integrationsarbeit sind eine breite Akzeptanz der Bevölkerung und das Wissen um die Bedeutung der Maßnahmen
- Integrationsarbeit vor Ort: Stadtteilprojekte, Quartiersmanagement und Streetworking (Kap. 9.3.4)
Es ist sinnvoll die Integrationsarbeit vor Ort in gewissem Maße noch stärker dort stattfinden zu lassen, wo die Menschen wohnen und ihr Gemeinwesen ausbilden. Insofern verlangt dies eine mögliche räumliche Neu-Orientierung für die Tätigkeiten der Integrationsarbeit
- Begegnungsstätten fördern - Cafés International stärken (Kap. 10.3.1)
Die Begegnungsstätten sind entscheidende räumliche Ankerpunkte der Integrationsarbeit. Sie ermöglichen Kontakte und stellen zudem wichtige Orte der Informationsgewinnung und Informationsweitergabe dar

13.3.1 Aufsuchende und Präventive Integrationsarbeit

Einstufung	Zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	Bereits heute weisen einige Angebote und Unterstützungsleistungen für Migranten einen „aufsuchenden“ Charakter auf. Die Mehrheit der Experten fordert, dass dieser Ansatz deutlich gestärkt und ausgebaut werden muss, um Integrationsarbeit erfolgreich zu gestalten und mögliche Probleme bereits präventiv zu vermeiden, z.B. Hinweise auf Suchtberatung geben.
Zielsetzung	die aufsuchende Integrationsarbeit stärken
Maßnahmen	1. Allgemeine Umorientierung bei der Ansprache der Migranten: „Nicht warten bis ein Problem auftritt, sondern aktiv auf die Menschen zugehen und deren Eigeninitiative wecken“ 2. Konsequente Ausstattung der aufsuchenden Stellen/Personen mit den notwendigen Ressourcen
Träger	jeweilige Träger der Sozialarbeit
Akteure	Landkreis, Kommunen, Ehrenamtliche Integrationsbegleiter <ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine Schlüsselrolle kommt den Kommunen zu. Sie haben den direkten

	Überblick über alle in ihrem Gemeindegebiet wohnhaften Migranten und können entweder direkt über die Sozialämter und die Jugendpflege oder indirekt über die ehrenamtlichen Integrationsbegleiter auf die Menschen zugehen
Kostenbausteine	Personalkosten
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Projektumsetzung Klärungen Ressourceneinsatz

13.3.2 stärkere Einzelbetreuung: persönliche Integrationsbegleiter oder Paten

Einstufung	Zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	<p>Ein Ansatz der mit dem Vorgenannten in enger Verbindung steht und bereits von vielen Aktiven im Kreis verfolgt wird, ist die stärkere Einzelbetreuung der Migranten.</p> <p>Die Bedarfslage hierzu speist sich aus verschiedenen Aspekten, die in unterschiedlichen Handlungsfeldern beschrieben wurden (Hilfe bei Wohnungsführung, Mobilität, Übersetzungen, Unterstützung bei Behördengängen, Behandlung von Traumata, etc.) sowie aus der Tatsache, dass die Bedarfe der Menschen sehr individuell sind und ein „zuständiger“ Ansprechpartner für eine bestimmte Fragestellung nicht immer direkt auffindbar ist.</p> <p>Wichtig ist: Eine stärkere Einzelbetreuung darf nicht zu einer Abkehr des „Hilfe-zur-Selbsthilfe“-Prinzips führen oder als solche missdeutet werden. In jedem Fall gilt, dass eine Einzelbetreuung gerade die Eigeninitiative und Verselbstständigung fördern soll, indem sie diesen Prozess aktiv begleitet.</p> <p>Aktuell gibt es auf Ebene der Kommune bereits in der Verbandsgemeinde Rhaunen positive Erfahrungen mit einer starken Einzelbetreuung der Migranten. Für jede Flüchtlingsfamilie ist jeweils mindestens eine Betreuungsperson als fester Begleiter benannt. Die Koordination übernimmt die Ortsgemeinde in Abstimmung mit der Verbandsgemeinde. Dieser Ansatz ermöglicht eine aktive und regelmäßig aufsuchende Integrationsarbeit vor Ort, mit der mögliche Bedarfe der Menschen im Ansatz erkannt und aufgegriffen werden können, bevor sie zum Problem werden.</p> <p>Der Ansatz findet in Rhaunen u.a. auch deshalb erfolgreich Anwendung, da es sich um eine überschaubare Anzahl an Flüchtlingen mit ähnlichen Familienstrukturen handelt.</p> <p>Eine Anwendung einer ähnlichen Struktur bspw. in Birkenfeld oder Idar-Oberstein bedingt u.a. eine stärkere koordinative Rolle der Kommunen (ggf. auch der einzelnen Ortsteile) in Bezug auf „ihre“ Migranten und die in ihrem Gemeindegebiet aktiven Begleiter.</p> <p>Hier stellt sich zum einen die Frage der notwendigen Ressourcen auf Seiten der Kommune, um eine solche Koordination durchführen zu können. Zum Zweiten müssten hierzu auch die entsprechenden Informationen der Integrationsbegleiter wie der Verbände weitergegeben und miteinander abgestimmt werden: „Wer betreut welche Menschen?“.</p>
Zielsetzung	<p>stärkere Einzelbetreuung der Migranten</p> <p>aktive Begleitung ohne Vernachlässigung des Hilfe-zur-Selbsthilfe-Prinzips</p>
Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Einrichtung eines Pools von ehrenamtlichen Integrationsbegleitern <ul style="list-style-type: none"> ▪ Führung durch Wohlfahrtsverband oder Kommune 2. klare persönliche Zuteilung zu einzelnen Familien / Personen 3. häufiger Austausch und regelmäßige Treffen der Integrationsbegleiter: Erfahrungsaustausch, gegenseitige Unterstützung 4. Anwerbung von neuen ehrenamtlichen Kräften
Träger	Die Umsetzung kann bei einer Größenordnung von Rhaunen auf Ebene der Gemeinde erfolgen.

	Bei größeren Kommunen wie der Stadt Idar-Oberstein, wäre hier ggf. eine Koordination auf Stadtteil- Ebene, z.B. im Sinne eines Quartiers- oder Nachbarschaftsmanagements, sinnvoll.
Akteure	Kommune Wohlfahrtsverbände Ehrenamtliche Integrationsbegleiter
Kostenbausteine	n.n. bezifferbar
Nächste Schritte	Im nächsten Schritt sollten die Kommunen prüfen, ob und wenn ja in welcher Form, eine solche stärkere Einzelbetreuung und die damit verbundene kommunale Koordinationsarbeit für sie sinnvoll umsetzbar und leistbar sein kann. Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

13.3.3 Zentrale Informationsplattform des Kreises

Einstufung	Zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	Das Informationsangebot zu den Angeboten im Bereich der Integrationsarbeit ist ebenso groß wie schwierig überschaubar. Oft sind die einzelnen Informationsplattformen nicht auf dem aktuellen Stand. Es fehlt eine zentrale Übersicht zu den allen Angeboten
Zielsetzung	Bessere Bereitstellung von Informationen
Maßnahmen	<p>Zentrale Informationsplattform des Kreises zu den bestehenden Angeboten, aktiv gepflegt durch die Anbieter plus zentrale Ansprechperson beim Kreis zur Koordination der Angebote und aktiven Vernetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsbereitstellung über neue Medien ▪ Plattform kann und sollte weitere Funktionen übernehmen wie z.B. Darstellung „Angebot-Nachfrage“ bei ehrenamtlichen Hilfsangeboten, gespendete Gegenstände, o.ä. ▪ Bessere Information über bestehende Angebote der örtlichen Vereine und weiterer (Freizeit-)Angebote ▪ Hinweis: die Kreisverwaltung denkt aktuell über den Aufbau eines webbasierten Informationssystems (Wegweiser/Datenbank) zu sozialen Diensten nach ▪ Ggf. Möglichkeit der Nutzung für alle Angebote der Integrationsarbeit? Ein Vortreffen der Träger der Angebote hat bereits stattgefunden ▪ Angebot MUSS von den Trägern selbst gespeist werden. Die Aktualität ist nur so zu gewährleisten <p>Ergänzend dazu: Einstellung und Aktualisierung aller Angebote der versch. Institutionen im Kreis in die bestehenden Datenbanken:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auskunftssystem des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (http://webgis.bamf.de/BAMF/control) zu bestehenden Kontakt- und Beratungsstellen der Integrationsarbeit ▪ Datenbank für Bildungsangebote der Agentur für Arbeit „KursNet“ (http://www.kursnet.arbeitsagentur.de) nutzen
Träger	Koordination durch mögliche neue „Kordinierungsstelle Integration“ des Landkreises
Akteure	Wohlfahrtsverbände und alle weiteren Anbieter von Leistungen der Integrationsarbeit
Kostenbausteine	n.n. bezifferbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

	Klärung Akzeptanz der Anbieter / Ressourceneinsatz
--	--

13.3.4 Aktive Vernetzung und Koordination der Integrationsarbeit / „Kordinierungsstelle Integration“ beim Landkreis

Einstufung	Zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	<p>Das enorme Angebots-Portfolio in der Integrationsarbeit ist selbst von Experten kaum im Blick zu behalten. In der Praxis kommt es immer wieder zu Überschneidungen, Doppelangeboten und auch zu Konkurrenzsituationen. Ein Mehr an Koordination ist notwendig und wird auch von den Anbietern der Leistungen begrüßt. Als geeignete Position für eine solche koordinierende Stelle wird die Kreis-Ebene gesehen.</p> <p>Um die notwendige Wirksamkeit einer solchen Stelle zu erreichen, könnte diese als Fachbereichs-übergreifende Koordinierungsstelle angesiedelt sein, die mit den weiteren berührten Stellen zusammenarbeitet und diese vernetzt (Ausländerwesen, Jugendamt, Sozialamt, Bildungskoordination, ...)</p> <p>Neben der Koordinierungsarbeit sollte diese Stelle auch weitere Aufgaben übernehmen, die eine zentrale Steuerung erfordern.</p> <p>Die Koordinierungsstelle setzt an den Tätigkeiten der Asylkoordination an – mit dem Unterschied der fachübergreifenden Stellung und einem größeren Personalbudget.</p> <p>Mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle erhält die Integrationsarbeit im Landkreis die strategische Bedeutung, die sie benötigt, um die Integration erfolgreich zu gestalten.</p> <p>Im Zuge der Erarbeitung des Konzeptes wurde von der Mehrzahl der Experten die Ansiedlung einer solchen Koordinierungsstelle beim Landkreis als übergreifender Instanz befürwortet. Einige Experten sprachen sich für eine stärkere koordinierende Funktion des Jobcenters aus</p>
Zielsetzung	Die Angebotslandschaft der Integrationsarbeit auf Kreisebene aktiv vernetzen und koordinieren; Mittel effektiver einsetzen, direkter einwirken auf Angebote
Maßnahmen	<p>Ansatz: zentrale Stelle für die Integrationsarbeit als Koordinierungsstelle beim Landkreis. Mögliches Aufgabenspektrum / je nach weiterer Abstimmung und Ressourcen-Ausstattung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stärkere Vernetzung der Institutionen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbindung der Verbände in aktuelle Projekte. Weitergabe von Informationen an alle Akteure im Thema ▪ Wichtig: Notwendige Treffen „dosiert“ einsetzen, um die Zeit der Akteure nicht überzustrapazieren 2. übergeordnete Steuerungs- und Koordinierungsstelle der Angebote (und Nachfrage) im Kreis <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufgabe: Koordination von Angeboten und Leistungen der einzelnen Verbände, auch um Ressourcen zu sparen und die Angebote effektiv, zielgerichtet und räumlich passgenau bereitstellen zu können ▪ Zu 1 und 2 gehört die Frage, ob die aktuelle Landschaft an Arbeitskreisen und Gremien reformiert werden sollte und stärker an die neue Stelle zu binden ist 3. Bessere Bereitstellung von Informationen für alle Akteure im Landkreis im Bereich der Integration <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktive Weitergabe von Informationen der einzelnen Anbieter an alle Akteure (z.B. über Gesamtemailverteiler sowie die geplante Informationsplattform, s. HA 13.3.3) 4. Bewusstseinsbildung in der Region für die Bedeutung einer gelingenden Integration und für die Notwendigkeit der Integrationsarbeit 5. „Lotsen“-Funktion für Ehrenamtliche (und auch Hauptamtliche)

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vgl. Handlungsansatz Regionale und lokale Netzwerke Ehrenamt (Kap. 14.3.2) 6. Etablierung von Best-Practice-Bsp. bzw. Leuchtturmprojekten 7. Koordination und Organisation von Schulungen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vgl. Handlungsansätze 6.3.1 und 6.3.4 8. Kontakt- und Anlaufstelle für Fragen von Migranten, Fachakteuren, Ehrenamtlichen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entw. direkte Beantwortung oder Weiterleitung
Träger	Landkreis
Akteure	Kommunen alle in der Integrationsarbeit aktiven Verbände und Institutionen
Kostenbausteine	n.n. bezifferbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung Klärung Trägerschaft durch Landkreis / Ressourceneinsatz

14 Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit

Das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit ist methodisch kaum als eigenes Handlungsfeld abgrenzbar, es reicht in praktisch alle vorab beschriebenen Handlungsfelder hinein und findet dort statt. Entsprechend wurden einige der nachfolgend aufgearbeiteten Aspekte auch schon in den vorherigen Kapiteln aufgeführt – sollen hier aber bewusst aus dem Blickwinkel des Ehrenamtes noch einmal zusammengefasst thematisiert werden.

In dieses Kapitel flossen sowohl die Ergebnisse des Workshops mit Ehrenamtlichen am 10.10.2017 als auch zahlreiche Hinweise von hauptamtlichen Experten zum Ehrenamt ein.

14.1 Ist-Situation / Handlungsbedarfe

Einordnung

Die Integrationsarbeit funktioniert grundsätzlich zu einem großen Teil über ehrenamtliche Helfer. Diese sind entweder über die Wohlfahrtsverbände oder die örtlichen Vereine organisiert. Eine Minderheit agiert frei und selbstständig als Privatpersonen, wobei deren Hilfen und Angebote zumeist punktueller und temporärer Natur sind.

Ehrenamtliche Tätigkeit findet sich u.a. an folgenden Stellen:

- individuelle Flüchtlingsbegleitung: Behördengänge, Fahrten, Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen, ...
- Vereinsbezogene Flüchtlingsarbeit: Training, Ausflüge, Aktionen, ...
- Unterstützung in den Cafés International

Praktische Handlungsbedarfe

Der mit den Ehrenamtlichen durchgeführte Workshop diente v.a. dazu, die speziellen Handlungsbedarfe aus Sicht der Ehrenamtlichen herauszuarbeiten. Dabei handelt es sich zum einen um grundsätzliche Aspekte, aber auch um Fragen der praktischen Umsetzung von Integrationsarbeit. Die wichtigsten Nennungen waren:

- Jede fachliche Unterstützung für die Ehrenamtlichen ist sehr erwünscht: Zugriff auf fachliche Beratung in komplizierten Situationen, regelmäßige Weiterbildungsangebote, Unterstützung durch die hauptamtlichen Strukturen, Entlastung von Bürokratie
- Oft fehlen Räume zur Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten, z.B. für zusätzlichen Sprachunterricht auf freiwilliger Basis („Ehrenamtliche sind da – Räume nicht“)
- Ein aktueller Informationsüberblick fehlt: Liste aller professionellen Einrichtungen, aller Ansprechpartner und Angebote
- Finanzielle Unterstützung: Geld für Freizeitaktivitäten oder Unterstützung bei Umzug oder andere kleinere Maßnahmen. Hier muss i.d.R. eigenes privates Geld eingesetzt werden
- teilweise mangelnde Wertschätzung der Tätigkeit, fehlendes Gehör bei Politikern
- Vernetzung mit anderen ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleitern: aktiver Austausch, Statusgespräche

Nachhaltiges Wirken / Selbstschutz

Ein wichtiges Thema, das auch auf dem Workshop kritisch und offen diskutiert wurde, ist die Frage, wie weit das Ehrenamt reichen kann und sollte. Viele Ehrenamtliche berichten hier von kritischen Erfahrungen bzgl. des Zeiteinsatzes und der starken persönlichen Belastung.

Ein möglicher Weg wäre, über einen stärkeren Austausch zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die Grenzen des eigenen Handelns besser einschätzen zu können auch um die eigene Tätigkeit langfristig zu sichern und sich selbst vor Überlastung zu schützen.

14.2 Zielsetzung

14.2.1 Bedeutung und Funktion des Ehrenamtes verdeutlichen, stärken und schützen

Wie in diesem Konzept mehrfach ausgeführt, wäre eine gelingende Integrationsarbeit ohne die Beiträge der Ehrenamtlichen nicht vorstellbar. Erst dieses Engagement ermöglicht überhaupt die Kontaktaufnahme zu vielen Menschen sowie deren Begleitung auf dem Weg zu selbständigem Agieren in der neuen Umgebung. Dieses Engagement gilt es, zu sichern, zu stärken und auch vor Überforderung zu schützen, da die Integrationsarbeit auch in Zukunft maßgeblich vom Ehrenamt abhängig sein wird.

14.3 Handlungsansätze

14.3.1 Wertschätzung Ehrenamt

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Im Workshop mit den Ehrenamtlichen wurde deutlich, dass neben praktischen Hilfen, Fortbildungen und einem guten Informationsfluss v.a. auch die Wertschätzung für das Engagement für die Ehrenamtlichen eine große Rolle spielt. Diese Wertschätzung kann über verschiedene mögliche Maßnahmen erfolgen.
Zielsetzung	Die ehrenamtlich in der Integrationsarbeit Tätigen und deren Engagement wertschätzen
Maßnahmen	<p>Verschiedene mögliche Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Veranstaltung für die ehrenamtlich tätigen Personen, die zur „Honorierung“ der Leistungen bzw. zur Signalisierung der entgegengebrachten Wertschätzung dient (Einladung/Teilnahme Landrat) ▪ Hinweis: Verschiedene Formate wurden durch die Stelle der Asylkoordination beim Kreis bereits durchgeführt (z.B. Frühstück für die ehrenamtlich Tätigen) ▪ Wertschätzung über die Kommunikation von (nachgewiesenen) Erfolgen wie z.B. eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration ▪ Einbindung der Ehrenamtlichen in die Umsetzung des Integrationskonzeptes ▪ Besuche bei der täglichen praktischen Arbeit, z.B. in Vereinen, Café International, Frauenhaus, etc.
Träger	<p>Landkreis und alle Verbände/Institutionen mit „angedockten“ Ehrenamtlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ggf. Organisation über mögliche neue Koordinierungsstelle Integration
Akteure	Ehrenamtliche Integrationsarbeiter

	Landkreis, Kommunen, Verbände
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

14.3.2 Regionale und lokale Netzwerke Ehrenamt

Einstufung	zentraler Handlungsansatz
Hintergrund	<p>Hintergrund: Teilweise ist die psychische Belastung der Helfer hoch, da diese grundsätzlich mit allen Fragen rund um die Familiensituation sowie mit den Erfahrungen und Traumata der Flucht direkt konfrontiert werden.</p> <p>Mit einer stärkeren Einbindung in kommunale und regionale Netzwerke kann die Integrationsarbeit besser geleistet werden. Überlastungen und Situation, in denen sich die Ehrenamtlichen überfordert fühlen, können eher vermieden werden.</p>
Zielsetzung	Ehrenamtliche besser untereinander und mit den Hauptamtlichen, dem Landkreis und den Kommunen vernetzen
Maßnahmen	<p>Netzwerke für die Ehrenamtlichen auf verschiedenen Ebenen</p> <p>1 Regionales Netzwerk (Landkreis)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Plattform für Schulungen und Fortbildung ▪ Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen im Kreis über Supervision, moderierte Gespräche und/oder Coaching ▪ gute Beispiele in anderen Kommunen / Regionen besichtigen: Von anderen Lernen ▪ Ansatz ist verknüpft mit Handlungsansatz 6.3.2 „Schulungen für Fachakteure“, siehe dort dargestellte Themenbereiche ▪ Organisiert durch mögliche neue Koordinierungsstelle Integration. Personalstelle zur Begleitung der Ehrenamtlichen wird von vielen Seiten als notwendig erachtet <p>2. Lokales Netzwerk (Kommunen)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Siehe Beispiel Rhaunen, regelmäßige Treffen der im Ort tätigen Ehrenamtlichen ▪ v.a. Austausch zu einzelnen Betreuungsfragen und -fällen, gegenseitige Entlastung und Unterstützung
Träger	Landkreis, Kommunen, Verbände und Institutionen mit „angedockten“ Ehrenamtlichen
Akteure	Ehrenamtliche
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	<p>Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung</p> <p>Klärung Trägerschaft und Ressourceneinsatz</p>

14.3.3 Akquise von neuen Ehrenamtlichen

Einstufung	Maßnahmenbündel
Hintergrund	Viele Menschen möchten gerne helfen, wissen aber nicht wie oder in welcher Form
Zielsetzung	neue Ehrenamtliche für die Integrationsarbeit gewinnen und aufzeigen, wie man helfen kann
Maßnahmen	<p>Werbung und Informationsarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Seminare und Veranstaltungen

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationen in den Kommunen vor Ort ▪ Explizit auch Migranten als Zielgruppe bzw. Helfer für die Akquise-Tätigkeiten in den Blick nehmen (z.B. Werbung in den Integrationskursen) ▪ Ggf. Verknüpft mit Kap. 14.3.2 „Regionale und lokale Netzwerke Ehrenamt“ als Aufgabe des regionalen Netzwerkes
Träger	ggf. Koordination über die mögliche neue Koordinierungsstelle Integration
Akteure	
Kostenbausteine	n.n. definierbar
Nächste Schritte	Weitere Ausarbeitung im Zuge der Konzeptumsetzung

15 Zentrale Erkenntnisse und Fragestellungen

15.1 Vieles ist gut – aber Veränderungen sind notwendig

Im Zuge der Erarbeitung des vorliegenden Integrationskonzeptes konnten zahlreiche Erfahrungswerte der Experten gebündelt werden. Dazu wurden zum ersten Mal wichtige Grundlagen zu allen Themenbereichen der Integration im Landkreis in kompakter Form dargestellt.

Die Vielzahl der erkannten Handlungsbedarfe und auch die zahlreichen möglichen Handlungsansätze zeigen ganz grundsätzlich, dass in der Integrationsarbeit in ihrer heutigen Aufstellung Veränderungen notwendig sind.

Vieles ist in den letzten Jahren mit großem Engagement und Professionalität angegangen und erreicht worden. Nichts desto trotz wurden im Integrationskonzept auch deutliche Verbesserungspotenziale identifiziert, die in den Zielsetzungen und Handlungsansätzen des Konzeptes zum Ausdruck kommen.

Das Vorhandensein dieser Potenziale und die nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung der Integrationsarbeit für eine gelingende Integration verlangen eine intensive Auseinandersetzung mit den hier dargestellten Inhalten und deren Berücksichtigung in der weiteren politischen und administrativen Arbeit der folgenden Monate und Jahre.

Für zahlreiche Erkenntnisse und Ansätze dieses Konzeptes gibt es keine schnellen und einfachen Lösungen. Dies darf keineswegs dazu führen, weiter in den gewohnten Bahnen zu agieren. Die im Konzept aufgezeigten Handlungsansätze müssen weiter konkretisiert und deren Umsetzung voran getrieben werden.

Es ist im Interesse aller Partner der Integrationsarbeit, dass die erforderlichen Schritte für die Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzeptes gegangen und auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.

15.2 Chancen-orientierte Sichtweise

Auch wenn im Integrationskonzept teilweise die Handlungsbedarfe stärker betont werden als die Bereiche, in denen bereits alles in bester Weise funktioniert – so darf dies nicht dazu führen, die Integrationsarbeit allein über die mit ihr einhergehenden Probleme und Herausforderungen zu definieren.

Es geht in der weiteren Umsetzung des Konzeptes wie auch in der Integrationsarbeit allgemein darum, die Chancen zu verdeutlichen und zu ergreifen, die in einer gelingenden Integration liegen. Um nur einige Aspekte zu nennen:

- Das wechselseitige Kennenlernen anderer kultureller Hintergründe und Denkweisen
- Damit verbunden das „voneinander lernen“, gerade indem eigene (festgefahrene) Denk- und Verhaltensmuster im Kontrast zu anderen erscheinen
- Die positive Beeinflussung der Bevölkerungsstruktur – gerade mit Blick auf einen demografisch unter Druck stehenden ländlichen Raum wie den Landkreis Birkenfeld

15.3 Erwartungshaltungen kennen und respektieren

Neben aller praktischen Integrationsarbeit, die sich um Spracherwerb, Arbeitssaufnahme, Bildung und Betreuung von Kindern oder die Haushaltsführung drehen, dürfen die grundlegenden Fragen nicht außer Acht gelassen werden. Am Beginn aller Integrationsarbeit sollte immer die klare Formulierung und wechselseitige Kenntnis der unterschiedlichen Erwartungshaltungen stehen.

Hier ist es sicher unmöglich, von DEN Erwartungshaltungen der Migranten bzw. DEN Erwartungshaltungen der integrierenden Gesellschaft zu sprechen. Persönliche Bedürfnisse, Einschätzungen und Meinungen spielen hierbei eine sehr große Rolle.

Dennoch gibt es häufige und grundsätzliche Erwartungen, die sich formulieren lassen und die auch ausgesprochen werden sollten, um Missverständnisse und Enttäuschungen über das Verhalten des Gegenübers erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Erwartungshaltungen von Migranten

Die Bandbreite der Erwartungen der Migranten ist groß. Sie beginnt bei elementaren Bedürfnissen wie Schutz vor Verfolgung oder Kriegsfolgen und reicht bis zum Wunsch, sich in Deutschland eine neue Existenz aufbauen zu wollen.

Ganz unterschiedlich wiederum ist die spezifische Erwartungshaltung an das deutsche Hilfesystem. Während viele Migranten sehr schnell selbst aktiv werden möchten, gibt es andererseits auch zahlreiche Menschen, die einen sehr hohen Anspruch an die Unterstützungsleistungen des aufnehmenden Landes haben, was auch auf dem Workshop mit den Ehrenamtlichen noch einmal hervorgehoben wurde.

Gerade mit diesem Punkt gilt es, offen umzugehen. Falsche Vorstellungen kann es geben, diese sollten aber beizeiten thematisiert werden. Konkrete Beispiele und Hinweise auf die gängige herrschende Praxis helfen hierbei. So kann z.B. der Vergleich herangezogen werden, welche Unterstützungen ein Sozialhilfe-Empfänger in Deutschland erhält.

Erwartungshaltungen an die Migranten

Ebenso wichtig wie eine gute Kenntniss der Erwartungshaltung der Migranten ist eine deutliche Vermittlung der Erwartungshaltung der aufnehmenden Gesellschaft an die nach Deutschland kommenden Menschen. Viele Aspekte dieser Erwartungshaltung sind naturgemäß weiterhin in der Diskussion und werden im Zuge der Erfahrungen auch unterschiedlich beurteilt. Darüber hinaus gibt es aber auch eine Anzahl von Erwartungen, von denen die drei nachfolgenden von einer breiten Mehrheit der Experten so bestätigt wurden:

- Der Willen zum Erwerb der deutschen Sprache soll erkennbar sein, die entsprechenden Angebote müssen wahrgenommen werden. Ist dieser Wille erkennbar, sollen die Menschen die notwendige Zeit und Unterstützung erhalten, um die Sprache und weitere Qualifikationen in gutem Maße erlernen zu können
- Unterstützungsleistungen dürfen nicht als „Rund-um-Sorglos-Paket“ sondern sollen als „Hilfe zur Selbsthilfe“ verstanden werden: Migranten sollen Eigeninitiative zeigen bzw. zeigen dürfen (teilweise sind die Bedingungen hierfür noch zu schaffen). Eine besondere Bedeutung kommt hier den Übersetzungen/Dolmetschern zu, die einerseits wichtige Türöffner sind, andererseits aber nicht zu Abhängigkeiten führen dürfen
- Die Respektierung der Grundwerte der deutschen Verfassung – kodifiziert im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes (Art. 1 bis 19 GG) sowie die Erlangung von Grundkenntnissen unserer Geschichte und unseres Staatsaufbaus. Hierbei geht es besonders

um die Bedeutung der freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands, des Parteiensystems, der Sozialstaatlichkeit, der Gleichberechtigung sowie der Toleranz und der Religionsfreiheit

Die Verbesserung der Kenntnis und des Respekts der gegenseitigen Erwartungshaltungen sollte ein wichtiger Teil einer erfolgreichen Integrationsarbeit sein. Dieser Aspekt kommt aber bei der Vielzahl von weiteren Aufgaben häufig zu kurz. Deshalb wurden hierzu in diesem Konzept mit den Schulungen für Migranten, Fachakteure und Ehrenamtliche konkrete Handlungsansätze formuliert, in denen auch die Erwartungshaltungen thematisiert werden sollen.

15.4 Integration – aber richtig!

Eine gelungene Integration neuer Mitbürger stellt insgesamt einen wichtigen Chancenbereich für unser Gemeinwesen dar.

Neue Mitbürger, die über eine gelungene Integration ein wertvoller neuer Bestandteil unserer Gesellschaft werden sind das Zielbild, das es zu erreichen gilt. Widmen wir uns der Integration nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und mit zu geringen Ressourcen, so riskieren wir das gegenteilige Szenario: Menschen, die keinen Bezug zu unserem Gemeinwesen aufbauen konnten und Gruppen, die Parallelgesellschaften entwickeln.

Das Gelingen der Integration ist ursächlich davon abhängig, mit welcher Einstellung und Intensität die Integration als aktiver Prozess betrieben wird. Integration funktioniert nur in Ausnahmefällen „von alleine“ bzw. „nebenbei“. In der Regel erfordert Integration entsprechende Integrationsarbeit, damit sie gelingen kann. Das bedeutet, dass eine notwendige Ausstattung an **Personal und finanziellen Mitteln** an den Schlüsselstellen der Integrationsarbeit vorhanden sein muss.

Entscheidende Stellen der Integrationsarbeit, die zumindest finanziell gesichert, ggf. aber entlang der erkennbaren Aufgaben (Handlungsansätze in diesem Integrationskonzept) gestärkt werden sollten sind v.a.:

- (Kommunale) Jugendarbeit
- Schulsozialarbeit, Streetworking, aufsuchende Sozialarbeit, Projektbezogene Sozialarbeit
- Volkshochschule
- Wohlfahrtsverbände bzw. deren Angebote
- Asylkoordination, Bildungskoordination
- Begegnungsstätten
- Migrationsfachdienst
- Elternberatungsstelle
- Schulpsychologischer Dienst
- Agentur für Arbeit, Jobcenter
- Beratungsstellen KITAS und Schulen
- Suchtberatung

Nach breiter Meinung der Experten im Landkreis kann ein Sparen an der heutigen Integrationsarbeit zu einer Vervielfachung der Kosten in der Zukunft führen. Die Chance besteht in der Gegenwart, die Integration „richtig“ zu machen und damit für die Gemeinschaft der Zukunft vorzusorgen.

15.5 Zentrale Handlungsansätze – entscheidend für gelingende Integration

Im Sinne des in Kap. 1.4.4 als Prämisse für das Konzept geforderte Herausarbeitens von Schwerpunkten der Umsetzung wurden acht „zentrale Handlungsansätze“ definiert. Diese zeichnen sich durch ihren themen-übergreifenden Charakter und/oder durch ihre grundlegende und hohe Bedeutung für die weitere erfolgreiche Integrationsarbeit aus.

Die zentralen Handlungsansätze im Einzelnen:

- Schulungen für Migranten (Kap. 6.3.1)
- Schulungen für Fachakteure (Kap. 6.3.2)
- Integrationsarbeit vor Ort: Stadtteilprojekte, Quartiersmanagement und Streetworking (Kap. 9.3.4)
- Unterstützung der Integrationsarbeit in den Vereinen (Kap. 10.3.3)
- Aufsuchende und Präventive Integrationsarbeit (Kap. 13.3.1)
- stärkere Einzelbetreuung: persönliche Integrationsbegleiter oder Paten (Kap. 13.3.2)
- Zentrale Informationsplattform des Kreises (Kap. 13.3.3)
- Aktive Vernetzung und Koordination der Integrationsarbeit / „Kordinierungsstelle Integration“ beim Landkreis (Kap. 13.3.4)

15.6 Sortierungsarbeit für Landkreis, Kommunen und Verbände / Klärung Trägerschaften

Die verschiedenen Aufgaben der Integrationsarbeit sind unter den einzelnen Partnern nach Zuständigkeiten aufgeteilt. Im Integrationskonzept wurden Bedarfe und Handlungsansätze herausgearbeitet, die zu zusätzlichen Aufgaben bzw. zu einer stärkeren Koordination der bestehenden Aufgaben führen.

Hier stellen sich grundsätzliche Fragen:

- wem sollten die Aufgaben aus fachlicher Sicht am besten zufallen? Hierzu wurden in den Handlungsansätzen des Konzeptes in den Zeilen „Träger“ und „Akteure“ bereits erste Vorschläge gemacht.
- wie kann die Finanzierung der Aufgaben und der dazu notwendigen Personalstellen sichergestellt werden, v.a. mit Blick auf die insg. knapp bemessenen Finanzmittel der öffentlichen Haushalte

Im Zuge der Umsetzung des Konzeptes ist hierüber eine intensive Abstimmung von Landkreis, Kommunen und Verbänden notwendig.

Sehr deutlich wurde, dass der Landkreis in einigen Aufgabenfeldern eine stärkere Koordinationsfunktion einnehmen soll. Diese Funktion drückt sich zuallererst über den Handlungsansatz aus, der im Konzept als neue „Kordinierungsstelle Integration“ benannt wird (vgl. Kap. 13.3.5).

Darüber hinaus wäre auch eine noch stärker bündelnde Aufstellung denkbar – sowohl räumlich als auch Personal-bezogen. Ggf. könnten eine Vielzahl von Aufgaben und auch Leistungsangebote in einem „Haus der Integration“ oder auch als „(Inter-)Kommunales Integrationszentrum“ gebündelt werden.

15.7 Der Prozess ist ebenso wichtig wie das Konzept

Im Zuge der Erarbeitung des Integrationskonzeptes hat sich gezeigt, dass das konzeptionelle Festhalten von Bedarfen und Handlungsansätzen nur EINEN Baustein auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integrationsarbeit darstellt. Der zweite – mindestens ebenso wichtige - Baustein ist die sukzessive Umsetzung gemeinsam mit den Akteuren. Hierzu gehören ein prozessualer Austausch und Vernetzungsarbeit, die in der Vergangenheit noch zu selten bzw. noch nicht im Sinne einer intensiven gemeinsamen Koordination stattgefunden haben.

Dieser Prozess muss deutlich mehr in den Vordergrund gerückt werden. Das Integrationskonzept ist der Einstieg in diesen Prozess. In diesem Sinne stellt der Bericht zum Integrationskonzept keineswegs den Abschluss der Erarbeitung, sondern vielmehr den Start einer neuen Qualität der Zusammenarbeit dar.

Viele der Experten haben in den zurückliegenden Wochen darauf hingewiesen, dass aus ihrer Sicht der Prozess letztlich sogar wichtiger ist als das Konzept: „Der Weg ist wichtiger als die einzelnen Zwischenziele“.

15.8 Integrationsarbeit als Bestandteil der Regionalentwicklung begreifen

Der Landkreis Birkenfeld gehört zu den ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz, die sich bereits seit etlichen Jahren mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen auseinander setzen müssen. Die drei Hauptentwicklungen des demografischen Wandels - „weniger“, „älter“ und „bunter“ – finden sich in den Kommunen des Landkreises in unterschiedlicher Ausprägung alle wieder.

Die Abnahme der Gesamtbevölkerung durch die niedrige Geburtenrate und das negative Wanderungssaldo (das „weniger“) sowie die Verschiebung der Verteilung auf die Altersgruppen (das „älter“) sind in Politik, Verwaltung und auch in der breiten Bevölkerung schon sehr präsent.

Die verschiedenen Aspekte des „bunter“, z.B. die zunehmende Individualisierung oder die Zunahme „nicht-klassischer“ Familienformate wurden in den letzten Jahren noch eher weniger beachtet. Die Zuwanderung allgemein und v.a. die verstärkte Zuwanderung der letzten Jahre lenkt den Fokus nun deutlich stärker auf diesen Teilbereich des demografischen Wandels.

Eine intensivere Auseinandersetzung mit den Chancen und Herausforderungen, die sich durch die Zuwanderung gerade mit Blick auf die Regionalentwicklung ergeben, ist geboten. Eine direkte Auswirkung ist die Abminderung der Bevölkerungsabnahme und der Altersgruppen-Verschiebung durch den Zuzug v.a. jüngerer Menschen. Mit den Menschen wandern auch neue Kulturen in die Region, die als Bereicherung wahrgenommen werden sollten.

Ein entscheidender Baustein dafür, dass sich die Zuwanderung tatsächlich auch positiv auswirken kann, ist es, die Menschen dafür zu gewinnen eine Bindung zur Region und den Menschen im Landkreis aufzubauen. Oft fällt bei freier Wohnortwahl die Entscheidung für den Lebensmittelpunkt zu Gunsten der größeren Städte. Das größere Arbeitsplatzangebot ist hierfür jedoch nur ein Faktor. Ein weiterer Faktor ist, dass die Chancen und Vorteile des Lebens in einer ländlichen Region oft gar nicht gesehen werden. Hierzu gehören z.B. die engeren sozialen Kontakte zu den Mitbürgern im ländlichen Gemeinwesen.

Das Herstellen dieser Bindung hat v.a. bei Kindern und Jugendlichen die größten Erfolgsaussichten, da sie über KITA und Schule direkte soziale Kontakte aufbauen können.

Der Grad der Bindung an die Region ist durch alle Formen der gelungenen Integrationsarbeit positiv beeinflussbar – ganz gleich ob durch ehrenamtliche Begleiter, durch Vereins-Erfahrungen oder andere Kontakte im Sozialraum. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn die Menschen sich in unser

Gemeinwesen integriert fühlen und positive zwischenmenschliche Erfahrungen machen können, wird die Bereitschaft wachsen, in der Region zu bleiben und sich selbst als Teil dieses Gemeinwesens zu betrachten.

15.9 Langfristigkeit des Ansatzes anerkennen

Integrationsarbeit erfordert eine ernsthafte Beschäftigung und die langfristige Verfolgung der Ziele. Im Zuge der Integration verändern Menschen grundlegend ihre gewohnten Lebensweisen. Auch die integrierende Gesellschaft erfährt Veränderungen und braucht Zeit und Bereitschaft diese Veränderungen anzunehmen.

Dies alles lässt sich nicht auf einer kurzen Zeitachse bewerkstelligen, oft sind Jahre und Jahrzehnte notwendig, damit Menschen sich integriert (heimisch) fühlen können und auf der anderen Seite die Gesellschaft diese Menschen als vollständige Elemente des Gemeinwesens akzeptiert. Die Beispiele hierfür sind zahlreich – so haben u.a. die Erfahrungen mit den Spätaussiedlern gezeigt, dass Integration nicht „von heute auf morgen“ zu leisten ist.

Der Anerkennung der Langfristigkeit der Integrationsarbeit kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu. Schnelle Erfolge sind selten. Dafür lohnen sich die Bemühungen mit Blick auf die Zukunft umso mehr, denn eine gelungene Integration vermeidet zahlreiche potenzielle Folgeprobleme.

Im Sinne des notwendigen langfristigen Blicks auf die Integrationsarbeit ist es notwendig, die heute schon möglichen Verbesserungen direkt anzugehen, in den Bemühungen dann aber nicht nachzulassen und auch die mittel- bis langfristigen Handlungsbedarfe nicht aus den Augen zu verlieren.

16 Ausblick und nächste Schritte

16.1 Konzept umsetzen - Handlungsansätze weiterentwickeln und realisieren

Der jetzt erreichte Stand des Integrationskonzeptes zeigt an vielen Stellen die notwendigen nächsten Schritte des weiteren Umsetzungsprozesses auf. Es wird dabei sehr deutlich, dass das komplexe und für unsere gesamte Gesellschaft bedeutungsvolle Themenfeld der Integration eine weitergehende und intensive Beschäftigung verlangt. Eine Umsetzung „von alleine“ wird nicht stattfinden bzw. die erwünschten Erfolge erzielen, vielmehr ist ein aktiver Umsetzungsprozess notwendig (vgl. Kap. 15.3).

Im Einzelnen bedeutet dies folgende inhaltliche und prozessuale Arbeitsschritte:

Konkretisierung der Handlungsbedarfe sowie Weiterentwicklung der Handlungsansätze und Projekte mit den einzelnen Partnern

Während der Erarbeitung des vorliegenden Konzeptes war es möglich, mit den meisten der Akteure im Bereich der Integrationsarbeit EIN Expertengespräch zu führen (vgl. Kap. 2.2). Die Komplexität der Thematik erfordert sowohl zur Konkretisierung der Bedarfe als auch zur Weiterentwicklung der Handlungsansätze und Projekte weitere konzeptionelle Arbeitsschritte. Diese können in Form von weiteren bilateralen Expertengesprächen und verstärkt auch als Arbeitskreise stattfinden.

Anstoßen von konkreten Umsetzungsprojekten, u.a. durch Erschließung von finanziellen Mitteln

Teilweise sind die Handlungsansätze soweit vorgearbeitet, dass im nächsten Schritt die konkrete Umsetzung eingeleitet werden kann. Hier steht die Erschließung entsprechender finanzieller Mittel und die politische Abstimmungsarbeit im Vordergrund. Bei den Projekten der einzelnen Partner sind hierfür die Träger selbst zuständig. Im Falle des Landkreises fällt diese Aufgabe der Asylkoordination und den weiteren berührten Abteilungen zu.

Notwendige Formate im Umsetzungsprozess

Zur inhaltlichen Weiterbearbeitung der Handlungsansätze in den einzelnen Handlungsfeldern ist es im Zuge der Umsetzung notwendig, in intensiver Form mit den einzelnen Partnern (weiter) zu arbeiten. Mögliche Formate und Bausteine hierzu sind:

- Expertengespräche und Arbeitskreise, mindestens zur Umsetzung der zentralen Handlungsansätze, ggf. auch weiterer Handlungsansätze
- Fachliche Steuerung der Umsetzung, z.B. durch einen „Beirat“ aus Fachakteuren aller Partnergruppen (Verbände, JobCenter, Agentur für Arbeit, Vereine, ..)
- Politische Steuerung der Umsetzung durch eine „Steuerungsgruppe“ mit Vertretern aller Fraktionen sowie ggf. der Kommunen und Fachakteuren (Fortführung der bestehenden Steuerungsgruppe der Konzepterarbeitung). Vorbereitung von politischen Beschlüssen, Erörterungen und Beschlussvorbereitung zu Personalausstattungs- und Finanzierungsfragen
- Fachliche Ausarbeitungen zu den einzelnen Handlungsansätzen und Projekten. Vorbereitung von Projektanträgen, insb. zur Fördermitteleerschließung
- Erstellung von Zwischenberichten zum Stand der Umsetzung der einzelnen Handlungsansätze und zu den Fortschritten bei der Weiterentwicklung der Integrationsarbeit (zurückgehend auf Prämisse in Kap. 1.4.5 „lebendes Konzept“)

Die Durchführung der moderativen und konzeptionellen Arbeiten der Umsetzung erscheint ohne zusätzliche Unterstützung nicht möglich. Eine Begleitung der Umsetzung des Konzeptes alleine durch die Asylkoordination des Landkreises würde deren Kapazitäten deutlich übersteigen und die laufende Integrationsarbeit schwächen.

Sollte eine „Koordinierungsstelle Integration“ zügig eingerichtet werden, könnte diese erhebliche – wenn auch nicht alle - Bausteine der Konzeptumsetzung übernehmen.

Zentrale Handlungsansätze umsetzen

Erste Schwerpunkte der Konzeptumsetzung sollten bei den erarbeiteten zentralen Handlungsansätzen liegen. Dies auch, da mit diesen Ansätzen zum Teil strukturelle Voraussetzungen erst geschaffen werden, die für die weitere Integrationsarbeit und auch die Konzeptumsetzung wichtig sind.

Dies gilt insb. für den Handlungsansatz „Aktive Vernetzung und Koordination der Integrationsarbeit / „Koordinierungsstelle Integration“ beim Landkreis“ (Kap. 13.3.4), da an diese neue Aufstellung und Ressourcen-Ausstattung viele weitere Aufgaben angehängt und dadurch realisiert werden können.

Implementierung

Neben den Überlegungen zu einer „Koordinierungsstelle Integration“ sind auch weitere Abteilungen der Kreisverwaltung und natürlich auch der Kommunen von den dargestellten Handlungsansätzen betroffen.

Dies erfordert – unter Voraussetzung der jeweiligen positive Beschlüsse der Gremien - eine notwendige Implementierung in die Arbeitsabläufe der Handelnden und eine Rückkopplung der Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Umsetzung und täglichen Integrationsarbeit.

16.2 Mit den Akteuren weiter arbeiten

Wie in Kap. 15.7 noch einmal als zentrale Erkenntnis herausgestellt wurden, muss der begonnene Prozess der gemeinsamen Verbesserung der Integrationsarbeit als mindestens ebenso bedeutend eingestuft werden wie das Konzept als solches.

Hier gilt es den intensiver als zuvor zu den festgehaltenen Themen aufgenommenen Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen sondern langfristig zu etablieren. Die in Kap. 16.1 beschriebene Umsetzung des Konzeptes kann hierzu den thematischen Einstieg und das Gerüst liefern.

16.3 Ressourcen bereitstellen und erschließen

Die Intensivierung der Integrationsarbeit in den nächsten Jahren entlang den in diesem Konzept beschriebenen Handlungsansätzen wird auch ein Mehr an finanziellen Mitteln erfordern. Zwar sind auch etliche der Maßnahmen durch eine bessere Koordination und Vernetzung und/oder mit den vorhandenen Ressourcen umsetzbar.

Das Gros der notwendigen Maßnahmen erfordert jedoch eine nachhaltige Sicherung bzw. eine Erhöhung der eingesetzten finanziellen Ressourcen.

Integrationsmittel

Dazu können und müssen zum einen die von der Bundes- und Landesebene zur Verfügung gestellten Integrationsmittel eingesetzt werden. Gerade wenn diese Mittel nach Erfüllung der vordringlichsten Maßnahmen (Wohnung, Nahrung, etc.) noch nicht in Gänze ausgeschöpft sein sollten, ist eine Nutzung für andere Zwecke als für die Integrationsarbeit unbedingt zu vermeiden.

Personalressourcen

Darüber hinaus wird es auf der Kreisebene nötig sein, Personalressourcen der Integrationsarbeit zu sichern bzw. Neue aufzubauen (vgl. auch Kap. 15.3 und 15.6) sowie ggf. eigene Mittel für Eigenanteile von Projekten in den Kreishaushalt einzustellen.

Eine genaue Bezifferung der notwendigen Finanzmittel kann hier noch nicht erfolgen. Für den Landkreis empfiehlt sich – bei einer positiven Entscheidung zur Einrichtung einer „Kordinierungsstelle Integration“ - in jedem Fall eine starke Ausstattung derselben als leistungsfähiges Team.

Förderprojekte

Neben den Integrationsmitteln und den eigenen Mitteln soll das Konzept dazu genutzt werden, über die zahlreichen Programme zur Integration weitere Fördermittel (u.a. LEADER, Städtebauförderung) für Projekte zu erschließen, die die Zielsetzungen und Handlungsansätze aufgreifen bzw. sich an diesen orientieren.

17 Zusammenfassung

Warum Konzept zur Integrationsarbeit?

In den Jahren 2015 und 2016 wurde der Landkreis Birkenfeld, ebenso wie die meisten Regionen in Deutschland, mit einem historischen Höchststand an schutzsuchenden Menschen konfrontiert. Für den Landkreis war dies Anlass, das Thema Integration nach der Phase der „reinen Nothilfe“ in 2015 und 2016 und mit Stabilisierung der Situation in 2017 strategisch und konzeptionell umfassend anzugehen.

Der Kreistag fasste im Frühjahr 2017 den Beschluss zur Erarbeitung einer Konzeption, die grundsätzlich die Integration aller Migranten in den Blick nehmen sollte. Ein Schwerpunkt sollte auf die aktuelle Situation rund um die Integration der in den letzten Jahren zu uns geflüchteten Menschen gesetzt werden.

Entscheidendes Kriterium für die Erarbeitung war die Einbeziehung von möglichst vielen im Thema aktiven Experten. Nur auf diese Weise konnten die vorhandenen Bedarfe im Landkreis erfasst werden und die hierzu passgenauen Handlungsansätze bestmöglich in das Konzept einfließen.

Der Landkreis Birkenfeld orientiert sich in diesem Konzept an den vom Bundesministerium des Innern formulierten Grundsätzen der Integration und stellt sich mit seinen Aktivitäten und dem jetzt ausgearbeiteten Konzept der Fragestellung, in welcher Weise die Integration vor Ort in den Nachbarschaften und Gemeinden bestmöglich gelingen kann.

Das gemeinsame Bestreben und die damit einhergehenden Tätigkeiten, die das Ziel verfolgen, die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, werden im Konzept als „Integrationsarbeit“ bezeichnet, womit ausgedrückt werden soll, dass man Integration aktiv und Ressourcen-gestützt betreiben muss, wenn die Ziele erreicht werden sollen.

Funktionen und Prämissen des Konzeptes

Das Integrationskonzept des Landkreises erfüllt folgende Funktionen:

- Orientierung für das Handeln des Landkreises und für weitere handelnde Akteure
- Informationen und Signale transportieren
- Fördergrundlage für Umsetzungsprojekte
- Steuerung der Integrationsmittel des Kreises
- Vorbereitung auf künftige Entwicklungen und verstärkten Zuzug

Zwei wichtige Punkte sind mit Blick auf die im Konzept betrachteten Zielgruppen zu beachten: Die größten Herausforderungen liegen bei jenen Menschen, die die zahlreichen Integrationsangebote NICHT in Anspruch nehmen oder nehmen können. Und: Die Fragestellungen sind zwar zunächst auf Migranten ausgerichtet, können aber in vielen Fällen auch auf Einheimische angewendet werden bzw. gilt es, letztere dabei nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Vorliegendes Konzept stellt einen analytisch-konzeptionellen Zwischenschritt in einem fortlaufenden Prozess dar. Eine tatsächliche Wirkung auf die Integrationsarbeit entfaltet das Konzept nur über seine Umsetzung. Deshalb ist das Konzept auch nicht als statisches Papier zu verstehen. Sich wandelnde Anforderungen müssen immer neu erfasst und in einem aktiven Umsetzungsprozess berücksichtigt werden.

Vieles ist gut – aber Veränderungen sind notwendig

Im Zuge der Erarbeitung des Integrationskonzeptes wurden zum ersten Mal wichtige Grundlagen zu allen Themenbereichen der Integration im Landkreis in kompakter Form dargestellt. Dabei wurde deutlich: Vieles ist in den letzten Jahren mit großem Engagement und Professionalität angegangen und erreicht worden. Die Vielzahl der erkannten Handlungsbedarfe und auch die zahlreichen möglichen Handlungsansätze zeigen aber ganz grundsätzlich, dass in der Integrationsarbeit in ihrer heutigen Aufstellung Veränderungen notwendig sind.

Für die meisten Erkenntnisse und Ansätze dieses Konzeptes gibt es keine schnellen und einfachen Lösungen. Dies darf keineswegs dazu führen, weiter in den gewohnten Bahnen zu agieren. Die im Konzept aufgezeigten Handlungsansätze müssen weiter konkretisiert und deren Umsetzung voran getrieben werden.

Integration – aber richtig!

Neue Mitbürger, die über eine gelungene Integration ein wertvoller neuer Bestandteil unserer Gesellschaft werden sind das Zielbild, das es zu erreichen gilt. Widmen wir uns der Integration nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und mit zu geringen Ressourcen, riskieren wir das gegenteilige Szenario: Menschen, die keinen Bezug zu unserem Gemeinwesen aufbauen konnten und Gruppen, die Parallelgesellschaften entwickeln.

Das Gelingen der Integration ist ursächlich davon abhängig, mit welcher Einstellung und Intensität die Integration als aktiver Prozess betrieben wird. Integration funktioniert nur in Ausnahmefällen „von alleine“ bzw. „nebenbei“. In der Regel erfordert Integration aber Integrationsarbeit, damit sie gelingen kann. Das bedeutet, dass eine notwendige Ausstattung an **Personal und finanziellen Mitteln** an den Schlüsselstellen der Integrationsarbeit vorhanden sein muss.

Nach breiter Meinung der Experten im Landkreis kann ein Sparen an der heutigen Integrationsarbeit zu einer Vervielfachung der Kosten in der Zukunft führen. Die Chance besteht in der Gegenwart, die Integration „richtig“ zu machen und damit für die Gemeinschaft der Zukunft vorzusorgen.

Integrationsarbeit ist ein langfristiger Prozess

Das konzeptionelle Erarbeiten eines Konzeptes stellt nur EINEN Baustein auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integrationsarbeit dar. Der zweite – mindestens ebenso wichtige - Baustein ist die schrittweise Umsetzung gemeinsam mit den Akteuren. Hierzu gehören ein prozessualer Austausch und Vernetzungsarbeit, die in der Vergangenheit noch zu selten bzw. noch nicht im Sinne einer intensiven gemeinsamen Koordination stattgefunden haben.

In diesem Sinne stellt der Bericht zum Integrationskonzept keineswegs den Abschluss der Erarbeitung, sondern vielmehr den Start einer neuen Qualität der Zusammenarbeit dar. Viele der Experten haben darauf hingewiesen, dass aus ihrer Sicht der Prozess letztlich sogar wichtiger ist als das Konzept: „Der Weg ist wichtiger als die einzelnen Zwischenziele“.

Erfolgreiche Integrationsarbeit lässt sich nicht auf einer kurzen Zeitachse bewerkstelligen, oft sind Jahre und Jahrzehnte notwendig, damit Menschen sich integriert (heimisch) fühlen können und auf der anderen Seite die Gesellschaft diese Menschen als vollständige Elemente des Gemeinwesens akzeptiert. Der Anerkennung der Langfristigkeit der Integrationsarbeit kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu. Schnelle Erfolge sind selten. Dafür lohnen sich die Bemühungen mit Blick auf die Zukunft umso mehr, denn eine gelungene Integration vermeidet zahlreiche potenzielle Folgeprobleme.

Konzept umsetzen - Handlungsansätze weiterentwickeln und realisieren

Der jetzt erreichte Stand des Integrationskonzeptes zeigt an vielen Stellen die notwendigen nächsten Schritte des weiteren Umsetzungsprozesses auf. Es wird dabei sehr deutlich, dass das komplexe und für unsere gesamte Gesellschaft bedeutungsvolle Themenfeld der Integration eine weitergehende und intensive Beschäftigung verlangt. Ein aktiver Umsetzungsprozess ist notwendig. Im Einzelnen bedeutet dies folgende inhaltliche und prozessuale Arbeitsschritte:

- Konkretisierung der Handlungsbedarfe sowie Weiterentwicklung der Handlungsansätze und Projekte mit den einzelnen Partnern
- Anstoßen von konkreten Umsetzungsprojekten, fachliche Ausarbeitungen, Erschließung von finanziellen Mitteln
- Politische Steuerung der Umsetzung durch eine „Steuerungsgruppe“ mit Vertretern aller Fraktionen sowie ggf. der Kommunen und Fachakteuren (analog der Konzepterarbeitung). Vorbereitung von politischen Beschlüssen, Erörterungen und Beschlussvorbereitung zu Personalausstattungs- und Finanzierungsfragen

Die Durchführung der moderativen und konzeptionellen Arbeiten der Umsetzung erscheint ohne zusätzliche Unterstützung nicht möglich. Eine Begleitung der Umsetzung des Konzeptes alleine durch die Asylkoordination des Landkreises würde deren Kapazitäten deutlich übersteigen und die laufende Integrationsarbeit schwächen. Sollte eine „Kordinierungsstelle Integration“ (s.u.) zügig eingerichtet werden, könnte diese erhebliche Bausteine der Konzeptumsetzung übernehmen.

Zentrale Handlungsansätze umsetzen – starke Koordinierungsstelle einrichten

Erste Schwerpunkte der Konzeptumsetzung sollten bei den erarbeiteten „zentralen Handlungsansätzen“ liegen. Im Konzept wurden acht solcher Maßnahmen definiert, die sich durch ihren themen-übergreifenden Charakter sowie durch ihre grundlegende und hohe Bedeutung für die weitere erfolgreiche Integrationsarbeit auszeichnen. Hierzu gehören Schulungen für Migranten und Fachakteure, die Stärkung der Integrationsarbeit vor Ort (z.B. durch Stadtteilprojekt und Streetworking), die Unterstützung der Integrationsarbeit in den Vereinen sowie eine Zentrale Informationsplattform des Kreises.

Ein entscheidender Handlungsansatz ist dabei die deutlich aktivere Vernetzung und Koordination der Integrationsarbeit über eine beim Landkreis neu einzurichtende „Kordinierungsstelle Integration“. Von der Einrichtung einer starken Koordinierungsstelle hängt die Umsetzbarkeit zahlreicher weiterer dargestellter Maßnahmen ab. Ihre Einrichtung und starke Ausstattung als leistungsfähiges Team ist deshalb vordringlich.

Ressourcen bereitstellen und erschließen

Das Gros der notwendigen Maßnahmen erfordert eine nachhaltige Sicherung bzw. eine Erhöhung der für die Integrationsarbeit eingesetzten finanziellen Ressourcen.

Dazu können und müssen zum einen die von der Bundes- und Landesebene zur Verfügung gestellten Integrationsmittel eingesetzt werden. Gerade wenn diese Mittel nach Erfüllung der vordringlichsten Maßnahmen (Wohnung, Verpflegung, etc.) noch nicht in Gänze ausgeschöpft sein sollten, ist eine Nutzung für andere Zwecke als für die Integrationsarbeit unbedingt zu vermeiden.

Darüber hinaus wird es auf der Kreisebene nötig sein, auch die weiteren Personalressourcen, die mit der Integrationsarbeit befasst sind, zu sichern bzw. Neue aufzubauen.

18 Eingeflossene Informationsquellen und Materialien

Materialien und Ergebnisse aus dem Landkreis

- Ergebnisvermerke zu den Expertengesprächen
- Ergebnisvermerk zum Workshop Ehrenamt
- Ergebnisvermerke zur Steuerungsgruppe sowie zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe Konzepterarbeitung (s. Kap. 2.6)
- Ergebnisse des Strategie-WS zur Bildungskoordination: Beitrag der Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Rheinland-Pfalz – Saarland zum Integrationskonzept des Landkreises Birkenfeld, 2017
- Dokumentation zur Regionalanalyse im Landkreis Birkenfeld, Akademie Junges Land e.V. (Hrsg.), Bad Honnef-Rhöndorf, 2017.
- Informationen zum Netzwerk Flucht/Asyl im Landkreis Birkenfeld, Listung der Partner
- Ergebnisse Arbeitstreffen Schulen im November 2017 (Austausch mit Bildungskoordination, Fr. Brenner)

Materialien anderer Regionen sowie der Bundes- und Landesebene

- Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen. Strategische Leitlinien und Best Practices. Deutscher Landkreistag
- Integration im ländlichen Raum beschleunigen - Koordinierung der Sprachförderung auf Landkreisebene ermöglichen. Deutscher Landkreistag
- Gemeinsam für Chancengleichheit, Weltoffenheit und Akzeptanz. Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz 2017
- Integration auf dem Land. Erfahrungen, Infos, Methoden, Katholische Landjugendbewegung Bayern, 2016
- Einheit in Vielfalt - Interkulturelle Öffnung von Kommunen, Wirtschaft und Institutionen, von Schulen, Verbänden und Vereinen - Integration vor Ort im Landkreis Kaiserslautern
- Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum. Expertise zu den Chancen und Handlungsansätzen für eine erfolgreiche Integration von Neueinwanderern in die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins 2017
- Fördern und Fordern. Handlungskonzept für den Umgang mit geflüchteten Menschen im Kreis Warendorf